

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

www.asg-goe.de



**Internationales Jahr
des Reises**



**Europäischer
Dorferneuerungspreis**



ASG-Herbsttagung

H 20781

55. Jahrgang Nr. 06, November/Dezember 2004

Erscheint in Kürze

Standortbestimmung

nach der EU-Agrarreform

Vorträge der ASG-Herbsttagung vom 18./19. November 2004

◆ **Einführung**

StS. a.D. Dr. Hans-Hermann BENTRUP

◆ **FESTVORTRAG:**

Mangel an „Mütterlichkeit“ in der vereinten deutschen Gesellschaft

Dr. med. Hans-Joachim MAAZ, Chefarzt der Psychotherapeutischen Klinik im Evangelischen Diakoniewerk Halle

◆ **Reform der EU-Agrarpolitik**

... Auswirkungen und Herausforderungen für die Landwirtschaft

Prof. Dr. Stefan TANGERMANN, Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei, OECD, Paris

... Auswirkungen und Herausforderungen für die Milchwirtschaft

Peter CORNELIUS, Vorsitzender der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e.V., Oldenburg

... Welche Chancen ergeben sich für die ländliche Entwicklung?

Ignaz KNÖBL, Abteilungsleiter, Lebensministerium, Sektion II, Wien/Österreich

... Finanzpolitische Betrachtungen

MinR Andreas HERMES, Bundesministerium der Finanzen, Referat Finanzfragen der EU-Agrarpolitik, Berlin

◆ **Forum 1: Agrarsoziale Sicherungssysteme**

Iris COMDÜHR, Stellvertretende Bundesvorsitzende Bund der Deutschen Landjugend, Berlin
MR Klaus LEHLE, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Berlin

◆ **Forum 2: Die polnische Landwirtschaft; ein neuer Markt oder eine neue Konkurrenz? Ergebnisse einer ASG-Fachtagung in Polen**

Michael BUSCH, Thomas KÖNIG, Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Inhalt

ASG	2	ASG-Herbsttagung 2004: Standortbestimmung nach der EU-Agrarreform
	18	Neues aus Vorstand und Kuratorium
	20	Internationale Grüne Woche Berlin: Land-Schau-Programm 2005
Agrarpolitik	25	Neues von der agrarpolitischen Bühne
	27	ELER – der neue Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
Landwirtschaft	29	Hof Oegens: Porträt einer nicht ganz typischen Werkstatt für behinderte Menschen
	33	Kinder sicher und gesund auf dem Bauernhof
Wald	34	Forstwirtschaft Osteuropa
Ländlicher Raum	36	EUREGIA 2004
	38	Europäischer Dorferneuerungspreis – Sieger 2004: Ummendorf
Welternährung	41	Ernährung als Menschenrecht – Leitlinien von FAO verabschiedet
	43	Internationales Reis-Jahr 2004
Termine	45	Wissenschaftstagung ökologischer Landbau
Personalien	45	Mariann Fischer Boel neue EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
	46	Stanislaw Tillich neuer Staatssekretär für Umwelt und Landwirtschaft in Sachsen
Für Sie gelesen	46	Medienpaket Direktvermarktung
	47	„...es soll nicht aufhören Saat und Ernte“ (Gen 8,22)
	48	Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung
	48	Die erstaunlichen Abenteuer der Kuh Frieda

ASG-Herbsttagung 2004:

Standortbestimmung nach der EU-Agrarreform



Foto: M. Busch

Ein Jahr nach den Luxemburger Reformbeschlüssen der EU-Agrarminister habe die ASG-Herbsttagung zum Ziel, eine Standortbestimmung für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume vorzunehmen, so Dr. Hans-Hermann BENTRUP, Vorstandsvorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Das zukünftige System der Agrarförderung in Deutschland stehe fest: Prämienzahlungen an die Landwirte würden ab 2005 von der Produktion entkoppelt und an Auflagen in den Bereichen Umwelt, Tierschutz, Lebensmittel- und Futtermittelsi-

cherheit geknüpft, ein Teil der Prämien werde für Zwecke der ländlichen Entwicklung (Modulation) einbehalten.

Diese neuen agrarpolitischen Rahmenbedingungen stellten die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung vor neue Herausforderungen. Marktbedingungen würden zukünftig stärker auf die Produktion und die Landnutzung einwirken. In der ländlichen Entwicklung müsse die Förderpolitik den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Neue Herausforderungen stellten sich für die Landwirtschaft auch in der Agrarsozialpolitik: Der Strukturwandel in der Landwirtschaft und steigende öffentliche Ausgaben für die agrarsozialen Sicherungssysteme verstärkten hier den Reformdruck.

Ungewiss sei, ob es gelinge, mit dieser Reform das agrarpolitische Leitbild in Europa – die multifunktionale Landwirtschaft – abzusichern, d. h. eine Landwirtschaft, die nicht nur gesunde Nahrungsmittel in ausreichender Menge und Qualität produziere, sondern außerdem vielfältige Funktionen für Naturhaushalt und Erholungswert einer Landschaft erfülle. Franz FISCHLER, der scheidende Agrarkommissar, habe im September 2004 vor dem Landwirtschaftsaus-

schuss des Europäischen Parlaments festgestellt, dass die Gemeinsame Agrarpolitik in den letzten zehn Jahren stärker modernisiert worden sei als dies in den 30 Jahren davor der Fall gewesen sei. Im Oktober 2004 habe Fischer vor der deutschen Agrarministerkonferenz u. a. darauf hingewiesen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik Anfang der 90er Jahre noch von einer starren, produktionsorientierten Subventionspolitik geprägt gewesen sei, die mit Fleisch- und Getreidebergen zu kämpfen gehabt habe. Heute dagegen entspreche sie einem marktorientierten, umweltfreundlichen und leistungsbezogenen Fördersystem.

In den Jahren 2004 bis 2006 stünden weitere wichtige Entscheidungen an, beispielsweise sei zwar die Finanzierung der neuen Agrarpolitik in der Abteilung Garantie bis 2013 beschlossen, über die Mittel für die ländliche Entwicklung werde aber erst 2006 entschieden. Auch die Zuckermarktordnung werde noch weiter reformiert werden müssen. Letztlich werde die Umsetzung der Agrarreform in den Mitgliedsstaaten zeigen, ob in der EU nach 2006 noch von einer Gemeinsamen Agrarpolitik gesprochen werden könne.

“Es sind Zweifel angebracht, ob sich die EU-Agrarpolitik im Einklang mit den Erwartungen der Gesellschaft entwickelt, also in Richtung verbesserter Qualität der europäischen Lebensmittel, garantierter Lebensmittelsicherheit, Schutz der Umwelt für die nachfolgenden Generationen, verbesserter Bedingungen für die Gesundheit und den Schutz der Tiere – und dies alles zu minimalen Kosten für das EU-Budget.“

Reform der EU-Agrarpolitik:

... Auswirkungen und Herausforderungen für die Landwirtschaft

Die sogenannte Fischler-Reform bewirke tiefgreifende Veränderungen und eine wirkliche Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik, so Prof. Dr. Stefan TANGERMANN, der in seiner Position als OECD-Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei die gemeinsame Sicht der 30 OECD-Mitgliedsländer vertrat. Durch die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion werde die unternehmerische Entscheidungsfreiheit auf betrieblicher Ebene wieder stärker ermöglicht, aber auch gefordert werden; es werde nicht mehr erforderlich sein, eine Produktion fortzusetzen, die mit Verlusten aus Markterlösen einhergehe, um in den Genuss der Prämie zu kommen.

Die Einkommenswirksamkeit von preisstützenden Zahlungen müsse Tangermann zufolge kritisch betrachtet werden: Von einem zusätzlichen Euro als Preisstützung kämen den Landwirten/-innen nur 25 Cent zugute. Bei entkoppelten Direktzahlungen profitierten sie immerhin von knapp 50 Cent je Euro, weil die Kosten für den Mehraufwand, die durch eine Erhöhung der Produktionsmenge entstünden, erheblich geringer ausfielen, wenn die Prämien nicht unmittelbar zu Produktionsveränderungen führten.

Allerdings begünstigten an Flächen gebundene Prämien auch weiterhin in hohem Maße die Verpächter/-innen.

Insgesamt würden sich die Auswirkungen der Reform auf die Produktion innerhalb der EU in Grenzen halten. Die absehbaren Mengenänderungen bei Getreide, Ölsaaten, Rindfleisch und Milchprodukten lägen unter 2 %, mit nachlassender Tendenz. Zu erwarten sei eine Ausweitung der Grünlandbewirtschaftung sowie eine Verschiebung zur flächenbasierten Mast.

Die Reform aus der Sicht der OECD und der WTO

Abgesehen von den bereits genannten positiven Effekten der Reform auf die landwirtschaftlichen Betriebe bestätigten die Analysen der OECD beträchtliche Fortschritte bei der Marktorientierung und Beseitigung von Verzerrungen im internationalen Handel. Dennoch sei das Niveau der agrarpolitischen Stützung unvermindert hoch und trotz Strukturverbesserungen von umfangreicher Preisstützung geprägt. Letztere bezeichnete Tangermann als den problematischen Teil der Stützung, da sie nicht zielgerichtet sei und Märkte weiterhin verzerre. Noch

nicht ganz ausreichend sei die Reform auch in Bezug auf die Erwartungen der Verhandlungspartner in der WTO. Diese würden voraussichtlich die Abschaffung der Exportsubventionen sowie die Erleichterung des Marktzugangs innerhalb der EU mittels Zollsenkungen betreffen. Kritische Stimmen, insbesondere aus den Entwicklungsländern, bemängelten auch, dass die Reform lediglich aus sog. box shifting bestehe. Tangermann zufolge werde sich die Situation für Entwicklungsländer allerdings verbessern. Hinsichtlich der heimischen Stützung reiche die Reform nach Tangermanns Ansicht voraussichtlich aus. Im Großen und Ganzen befände sich die EU durch die Reform in einer günstigeren Verhandlungsposition.

Wie geht es weiter?

Als nächster Reformschritt in der EU stehe die Umgestaltung der EU-Zuckerpolitik bevor. Um fal-



Foto: M. Busch

“Die Fischler-Reform ist sicherlich ein ganz großer Schritt vorwärts gewesen in der europäischen Agrarpolitik, eine tatsächliche Neu-Orientierung, die erste fundamentale Neu-Orientierung, die die europäische Agrarpolitik erfahren hat, aber ich denke, das wird nicht das Ende der Fahnenstange sein.“

sche Anreize zu verhindern, sollten entstandene Ungleichgewichte künftig, besonders im Hinblick auf die EU-Osterweiterung, beseitigt werden. Zudem wäre eine Verringerung des Gesamtstützungsniveaus wünschenswert.

Nach Ansicht von Tangermann stelle auch die Entkopplung kein Endziel dar, sondern spiegele die Preisstützung der Vergangenheit, nicht jedoch die agrarpolitischen Ziele der Zukunft wider. Geeignet wären gezielte Zahlungen für kon-

krete, von der Gesellschaft nachgefragte Leistungen anstelle der entkoppelten Zahlungen. Dabei könne das Instrument Cross-Compliance nur in begrenztem Maße als Bindeglied eingesetzt werden, während die weitere Umschichtung der Zahlungen in die 2. Säule richtungsweisend sei. Wenn es der EU gelänge, weitere Reformschritte durchzuführen, hätte sie gute Chancen an der Spitze der internationalen Agrarpolitik voranzugehen.

... Auswirkungen und Herausforderungen für die Milchwirtschaft



Foto: M. Busch

Peter CORNELIUS, Vorsitzender der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e.V., wies darauf hin, dass die Beschlüsse zur Milchmarktreform u. a. eine Quotenaufstockung innerhalb der EU vorsähen. Über Ausgleichszahlungen solle die schrittweise Senkung der Interventionspreise für Magermilchpulver und Butter um 15 bzw. 25 % abgedeckt werden. Die Absenkungen des Interventionsniveaus betrafen sowohl den Preis als auch die Menge und würden zu einer drastischen Senkung der Erzeugerpreise führen. Cornelius halte

es für sinnvoll, die Intervention abzuschaffen und die eingesparten Mittel für Erstattungen und Beihilfen zu verwenden.

Unerwartet hohe Preise bei Milchprodukten

Bei Betrachtung der wesentlichen Milchmärkte sei festzustellen, dass die aktuelle Marktlage besser als erwartet sei, so Cornelius. Dies läge daran, dass die Senkung der Interventionspreise zum 1.4.2004 bislang ohne Wirkung geblieben sei, sich EU-weit – bedingt durch Betriebsaufgaben – weniger Milch auf dem Markt befände, die EU-Osterweiterung ohne die befürchteten Probleme für den Milchmarkt vonstatten gegangen sei und sich der Export gut entwickelt habe.

Am Käsemarkt würden gute Preise erzielt, und auch die Prognosen für den künftigen Verbrauch seien positiv. Dennoch müsse mehr getan werden, um die Verbraucher/-innen zu einem stärkeren Verzehr von Milchprodukten zu animieren.

Für den Frischebereich erwarte Cornelius im nächsten Frühjahr

einen Anstieg der Preise. Dies läge nicht an den Protesten der Milchbauern, sondern an den dann geringeren Rohstoffmengen. Auch im Butter- und Magermilchpulversegment geht er trotz gesenkter Beihilfen und Erstattungen zzt. von einer Stabilisierung der Preise aus. Der hohe Eurokurs habe eine bremsende Wirkung, insbesondere im Hinblick auf den Export. Aufgrund der immer noch vorhandenen Überschüsse sieht Cornelius Chancen vor allem im internationalen Geschäft, nur dort könne die Wertschöpfung im Milchbereich realisiert werden. Im „Land der Discounter“ sei das langfristig nicht möglich.

Höhere Verbraucherpreise für Milchprodukte könnten einer britischen Studie zufolge nicht immer gleich an die Landwirte weitergegeben werden: Dies hänge mit den hohen Kosten für Transporte, Verpackungsmaterial und anderen vom Rohölmarkt abhängigen Prozessen zusammen. Die Milchauszahlungspreise in Deutschland hätten mit durchschnittlich 28,5 Cent pro kg 2004 bei gestiegenen Kosten wieder das Niveau von 1999 erreicht. Untersuchungen der

Landwirtschaftskammern und Beratungsringe hätten ergeben, dass 50 % der niedersächsischen Milchviehbetriebe rote Zahlen schrieben, vor allem diejenigen, die investiert hätten. Bei Vollkostenrechnung lägen die Erzeugerkosten bei ca. 32 Cent pro kg. Die Milcherzeugerpreise in den osteuropäischen Beitrittsländern werden sich Cornelius zufolge rasch an das westeuropäische Niveau anpassen, so dass sich der Import unter Einbeziehung der Transportkosten nicht lohnen werde.

Wie sich der Milchpreis über den Herbst 2005 hinaus entwickeln werde, hänge davon ab, wie die GAP-Reform sich auf die Milchviehbetriebe auswirke und ob die Betriebe sich für eine Beibehaltung der Produktion entschieden. In Bezug auf die begleitenden Instrumente Intervention und Erstattung gehe er davon aus, dass die EU an einem baldigen Ausstieg interessiert sein werde.

Diskussion

Stützung bleibt springender Punkt

Auf die Frage, was den Preisstützungseffekt ausmachen werde, wenn die Entkopplung gegriffen habe, wies Prof. Tangermann darauf hin, dass es nach wie vor erhebliche preisstützende Effekte v. a. in Form von Exporterstattungen sowie (Import-)Zöllen z. B. im Milch- und Rindfleischbereich geben werde. Diese Instrumente könnten allerdings weder die Einkommensprobleme der Landwirte/-innen bereinigen noch setzten sie gezielte Anreize zu Leistungen für die Gesellschaft. Deutlich wurde, dass es sich bei der Zusammensetzung der Stützungen für die Landwirtschaft um ein äußerst komplexes System handelt, bei dem nicht immer eindeutig sei, aus welcher Säule beispielsweise eine Maßnahme gefördert werden könne.

Die regionalisierte Betriebsprämie in Zusammenhang mit der GAP-Reform werde Cornelius zufolge Prämienverluste vor allem für Bullen- und Kälbermastbetriebe bringen, aber auch für Milchviehbetriebe mit hoher Leistung auf der Fläche und auf Silomaisbasis. Prämien Gewinne könnten zukünftig z. B. Grünlandstandorte verzeichnen, die bislang nicht prämienerberechtigt gewesen seien.

Milch- und Rindfleischmärkte weiterhin problematisch

Für die Zukunft rechnet Cornelius mit einem weiteren Strukturwandel, aber auch mit mehr Spielraum für Unternehmer. Die Grünlandnutzung könne zum Problem werden; als weitere Nutzungsmöglichkeiten kämen hier Brache, extensive Tierhaltungsformen oder die Produktion alternativer Energien in Frage. In Kombination mit

Cross-Compliance fielen die Grenzstandorte wahrscheinlich nicht durchgängig brach, sondern würden vielfach extensiv bewirtschaftet. Durch die unterschiedlichen Vorgehensweisen der EU-Mitgliedsstaaten bei der Entkopplung könnten beispielsweise die Märkte für Milch und Rindfleisch problematisch bleiben.

“Das Bild der Landwirtschaft wird sich ändern, aber die Landwirtschaft bleibt.“

Von der Politik forderte Cornelius Planungssicherheit anzustreben, auch im Zusammenhang mit den Prämienrechten. Auf den Midterm Review 2009 müsse man sich rechtzeitig vorbereiten, spätestens dann würde die Frage gestellt, ob die Prämien auch zielgerichtet seien.

Landwirtschaft oder Naturschutz?

Die von Cornelius in Erwägung gezogene räumliche Trennung von intensiver Landwirtschaft und Natur, wurde von Klaus Peter BRUNS, Minister a. D., kritisch beleuchtet. Viele Regionen seien auf die Koexistenz von Landwirtschaft und Tourismus angewiesen. Sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Bevölkerung wäre es dienlich, wenn die Bedeutung von Landschaftspflegemaßnahmen als zusätzliches Standbein für Landwirte/-innen weiter zunähme. Hierzu erläuterte Cornelius, dass eine Kombination von intensiv bewirtschaftetem Ackerland und Naturschutzflächen innerhalb eines Betriebes praktiziert werden könne.

In diesem Zusammenhang äußerte Johann BIENER, Bayerische Jungbauernschaft, Thalmas-

sing-Wolkering, Bedenken, dass Zusatzleistungen für die Landwirtschaft im Zuge der Haushaltsdisziplin dezimiert werden könnten, weil sie im Unterschied zur Nahrungsmittelproduktion nicht zur Befriedigung von Grundbedürfnissen beitragen. Diese Bedenken teilte Tangermann nicht: Heute müsse die Gesellschaft nur noch einen kleinen Teil ihres Einkommens zur Deckung der Grundbedürfnisse aufwenden und könne verstärkt Leistungen wie z. B. die Verbesserung der Umwelt oder den Erhalt der Kulturlandschaft nachfragen. Die Bereitstellung sog. öffentlicher Güter erfolge i. d. R. über den Umweg der staatlichen Politik. Zahlungen an Landwirte/-innen, die diese Leistungen erbringen, werde es somit auch in Zukunft geben.

Was machen die USA?

Die Diskussion des agrarpolitischen Kurses der USA und der Wettbewerbsfähigkeit der nordamerikanischen Milchwirtschaft wurde durch Dr. Theodor WEBER, Ltd. MR, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten, München, angeregt. Nach Einschätzung Tangermanns werde von den USA mit großer Wahrscheinlichkeit ein politischer Weg beschritten, der sich stärker am WTO-Rahmen orientiere und eine deutliche Verminderung der Innenstützung sowie der Zölle impliziere. In der Milchwirtschaft der USA und Kanadas, so Cornelius, seien sowohl die Kosten als auch die Qualität ähnlich wie in der EU. Bei Käse sah er geringe Vorteile der EU gegenüber den USA und

Kanada, da in Nordamerika hauptsächlich Industrieware produziert werde.

Mit Bezugnahme auf den von Dr. Günter BRACK, Rauenthal, angesprochenen Trend zur „mediterranen“ Ernährung, bei welcher die Butter weitgehend durch Olivenöl ersetzt werde, drückte sich Cornelius besorgt über die zukünftige Entwicklung im Fettbereich aus. Weil es zu Überhängen kommen könne, sollten die Stützungsmaßnahmen z. B. bei Bäckerbutter beibehalten und über neue Verwertungsmöglichkeiten, z. B. die Erzeugung von Biogas aus Butterfett, nachgedacht werden.

... Welche Chancen ergeben sich für die ländliche Entwicklung?



Foto: M. Busch

Der Begriff „Ländliche Entwicklung“ habe sich erst mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gebildet - so Ignaz KNÖBL, Abteilungsleiter für ländliche Entwick-

lung im österreichischen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. In der europäischen Politik habe ab 1957 zunächst die Organisation des Agrarmarktes im Vordergrund gestanden, die in den 60er Jahren durch die Förderung der Agrarstruktur ergänzt worden sei. Erst seit den 80er Jahren werde versucht mit der Kohäsionspolitik Standortgegebenheiten auszugleichen. Der EAGFL-Ausrichtungsfonds habe sich entsprechend zu einem Strukturfonds entwickelt. Die Agrarreform von 1992 habe „flankierende Maßnahmen“ vorgesehen, die zwar aus dem EAGFL-Garantiefonds kofinanziert worden, aber als Teil der ländlichen Entwicklung anzusehen seien. Der Begriff „ländliche Entwicklung“ habe zu dieser Zeit erstmals Eingang in den Sprachgebrauch der Generaldirektion Landwirtschaft in der EU gefunden, allerdings nicht

in den Sprachgebrauch der Generaldirektion Regionalpolitik, die eigentlich für die wirtschaftliche Förderung der Regionen zuständig sei.

Europäisches Agrarmodell erkennt Multifunktionalität der Landwirtschaft an

Mit der Agenda 2000, die bereits deutlich von dem österreichischen EU-Kommissar Fischler geprägt worden sei, sei das Europäische Agrarmodell (1997) entwickelt worden. Es habe anerkannt, dass Landwirtschaft über die Produktion von Nahrungsmitteln hinausginge und multifunktional, nachhaltig sowie wettbewerbsfähig sein müsse. In ihrer landschaftspflegerischen und naturräumlichen Funktion solle sie sich ohne Beschränkung auf produktionsstarke Gebiete über den gesamten Raum verteilen und den Anforde-

rungen der Verbraucher/-innen gerecht werden. Dabei leiste sie einen wesentlichen Beitrag zur Vitalität des ländlichen Raums. Die beiden letztgenannten Aspekte hielt Knöbl aus österreichischer Sicht für eine entscheidende Politikfestlegung auf europäischer Ebene, die zuvor nicht so deutlich formuliert worden sei.

In der Agenda 2000 sei die ländliche Entwicklung noch einmal gestärkt worden, indem sie als 2. Säule der GAP deklariert worden sei. Die Finanzierungsteilung zwischen Struktur- und Garantiefonds sei beibehalten worden, wobei die Agrarreform von 2003 jetzt die Umschichtung von Mitteln aus der 1. in die 2. Säule vorsehe – die sog. Modulation. Allerdings erfordere die 2. Säule im Gegensatz zur 1. eine nationale Kofinanzierung und somit eine zusätzliche Investitionsbereitschaft der Mitgliedsländer.

Die Schwierigkeiten im Rahmen der GAP eine umfassende ländliche Entwicklungsförderung umzusetzen lägen laut Knöbl darin, dass das horizontale Ziel der GAP die Einkommenssicherung der Landwirte/-innen in Europa sei und entsprechende Maßnahmen dieses Ziel stets berücksichtigen müssten. Die Kohäsionspolitik der EU hingegen strebe den Abbau von nationalen und regionalen Disparitäten an und sei daher nicht für die Begründung eines horizontalen Politikfeldes geeignet.

Österreich spielte wichtige Rolle bei der Entwicklung der 2. Säule

Durch einen sehr hohen Prozentsatz benachteiligter Gebiete in den Alpen, einen hohen Anteil bewaldeter Flächen und der Dominanz von Viehhaltung und Grünlandwirtschaft sei in Österreich bezogen auf die gesamte land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche, die knapp 90 % der Gesamtfläche ausmache, nur ein geringer Produktionsoutput zu verzeich-

nen. Die 2. Säule der GAP habe daher mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 eine deutliche Stärkung erfahren. Bereits in den Beitrittsverhandlungen habe Österreich auf die Teilnahme an der Strukturförderung gedrungen. Durch eine hohe Bereitschaft des Landes zur Kofinanzierung, deren Anteil deutlich über die von der EU geforderte Mindestbeteiligung hinausging, wurden die Möglichkeiten der EU-Förderpolitik, beispielsweise durch Agrarumweltprogramme oder die 1994-1999 vorgenommene Strukturpolitik nach Ziel 5a bzw. 5b, ausgiebig genutzt. Insbesondere der integrierte Entwicklungsansatz nach LEADER werde in Österreich stark gefördert.

Für die Jahre 2000 bis 2006 habe Österreich ein Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums formuliert, das strategisch eine nachhaltige und multifunktionale Land- und Forstwirtschaft in einem vitalen ländlichen Raum verfolge und dafür 6,8 Mio. € zur Verfügung stelle. Teilziele seien die Abgeltung gesellschaftlicher Leistungen der Landwirtschaft, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Substanzsicherung im ländlichen Raum zur Struktur- und -förderung. Besonders Agrarumweltprogramme seien in Österreich sehr verbreitet. Für die Anpassung und Entwicklung ländlicher Gebiete nehme zudem die Diversifizierung als eigenes Fördergebiet eine wichtige Rolle ein.

Neuer Verordnungsvorschlag zur Entwicklung des ländlichen Raums vereinbart alte und neue Aspekte

Der Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission – der noch unter Agrarkommissar Franz Fischler vorgelegt worden sei – sehe in der Förderperiode ab 2007 drei Schwerpunktachsen vor (Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, Umweltschutz und Landmanage-

“Die Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums wurde nicht als eigene, den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit betreffende Politik konzipiert, sondern war und ist ein Bestandteil der Gemeinsamen Agrarpolitik.“

ment sowie Verbesserung der Lebensqualität und Diversifizierungsmaßnahmen). Sie basierten auf einer einheitlichen Programmplanung und einem eigenen Fonds – dem neu einzurichtenden Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (s. a. Seite 27 f.). Die Dotierung dieses Fonds solle nicht aus der EU-Haushaltsrubrik für Strukturförderung gewährleistet werden, sondern aus einer neuen Haushaltsrubrik, welche die Bezeichnung „nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen“ trage. Damit werde die Politik für die Entwicklung ländlicher Räume weiterhin eng mit der 1. Säule der GAP verflochten, wie es auch die Kommission in ihrer Begründung vorgesehen habe. Darüber hinaus solle der LEADER-Ansatz gleichsam als vierte und verbindende Achse dienen.

GAP-Reform wirkt positiv auf nachhaltige Landentwicklung

Die GAP-Reform von 2003 beurteilte Knöbl als positiv für die ländliche Entwicklung, weil diese Maßnahmen auf eine höhere gesellschaftliche Wertschöpfung abzielten und international leichter zu verteidigen seien. Eine wirklich nachhaltige Land- und Forstwirtschaft solle damit gestärkt werden. So werde die Landbewirtschaftung gesichert und damit die Basis für eine Entwicklung im ländlichen Raum gelegt. Zudem werde – wenn auch in engen Grenzen – die außerlandwirtschaftliche Entwicklung gefördert. Fraglich sei allerdings, wie die Finanzierung der ländlichen Entwicklung nach 2007 aussehen könnte.

... Finanzpolitische Betrachtungen



MinR. Andreas HERMES, Bundesministerium der Finanzen, Ref. Finanzfragen der EU-Agrarpolitik, Berlin, erläuterte, dass die Finanzierung des EU-Haushalts und damit auch der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nicht unabhängig von der Haushaltssituation auf Bundesebene zu betrachten sei. So machten in diesem Jahr massive Steuerausfälle die Aufstellung eines Nachtragshaushalts mit einer Erhöhung der ursprünglich geplanten Nettokreditaufnahme in Höhe von 29,3 Mrd. € auf nunmehr 43,5 Mrd. € notwendig. Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen sei dringend geboten, um angesichts der sich aus der zunehmenden Verschuldung ergebenden Zinslasten sowie den aus der demographischen Entwicklung resultierenden, steigenden Ausgaben für die soziale Sicherung den notwendigen Spielraum zur Finanzierung von Zukunftspolitiken zu gewährleisten. Darüber hinaus sei die Bundesregierung bemüht, das Defizitkriterium des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts im kommenden Jahr wieder einzuhalten.

Deutschland zahlt höchsten Beitrag zur Gemeinsamen Agrarpolitik

Während die am Bruttonationaleinkommen (BNE) gemessenen Beiträge der Mitgliedsstaaten

mittlerweile die wichtigste Finanzierungsquelle des EU-Haushalts seien, nehme die relative Bedeutung der traditionellen Eigenmittel wie Zölle, Agrarzölle und die Zuckerabgabe ab. So habe sich beispielsweise der Eigenfinanzierungsanteil der GAP von ohnehin eher geringen 6 % im Jahr 1992 auf knapp 3 % im Jahr 2002 reduziert. Die Agrarpolitik sei jedoch nach wie vor der ausgabenstärkste Politikbereich. Mehr als 50 % der Gesamtausgaben der EU seien 2003 in den EAGFL geflossen. Zwar habe der Anteil des EAGFL am EU-Haushalt von 90 % im Jahr 1970 auf etwa 50 % in den letzten Jahren abgenommen. Dieser relative Rückgang resultiere aber nicht aus einer Verringerung der Agrarausgaben, die vielmehr seit 1970 ständig gestiegen seien, sondern aus dem Hinzukommen neuer Ausgabenbereiche, insbesondere der Strukturfonds.

Die Finanzierung des EU-Haushalts durch die Mitgliedsstaaten hinge vor allem von deren Wirtschaftskraft ab, während die Rückflüsse aus der GAP von der Ausprägung des jeweiligen Agrarsektors bestimmt würden. Entsprechend ergäben sich teilweise erhebliche Finanztransfers zwischen den Mitgliedsstaaten. Hermes wies darauf hin, dass z. B. Österreich von der 2. Säule der GAP profitiere und dies seine Nettzahlung im Bereich der 1. Säule wettmache. Der österreichische Enthusiasmus für die Entwicklungsförderung im ländlichen Raum sei insofern nachvollziehbar. Deutschland zahle hingegen derzeit jährlich rund 4 Mrd. € mehr in die GAP ein als aus dieser zurückfließen. Deutschland sei damit in absoluten Zahlen der mit Abstand größte Nettzahler der GAP. Mit diesen Nettzahlungen beliefen sich die Ausgaben des Bundes für den deutschen Agrarsektor im Jahr

2003 ohne Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Sozialpolitik auf mehr als 12 Mrd. €

EU-Kommission will Ausgaben ab 2007 deutlich steigern

Die Kommission sehe für die Finanzierungsperiode 2007 bis 2013 eine deutliche Steigerung des EU-Haushalts auf 158 Mrd. € (in Preisen von 2004) im Jahr 2013 vor. Dies entspräche einer Zunahme um 31 % gegenüber 2006. An der Höhe der Agrarausgaben solle sich nach den Vorstellungen der Kommission auch in der künftigen Finanzperiode wenig ändern. Letztlich sinke deren Anteil am EU-Haushalt nur durch eine deutliche Ausweitung der Haushaltsmittel für andere Politikbereiche.

Für die neue Finanzielle Vorausschau sehe die Europäische Kommission damit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,26 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) aller Mitgliedsstaaten vor. Die jährlichen EU-Beiträge Deutschlands würden dadurch von ca. 22 Mrd. € im Jahr 2005 auf bis zu 40 Mrd. € im Jahr 2013 ansteigen. Da solche Summen aus dem Bundeshaushalt nicht zu leisten seien, setze sich die Bundesregierung mit fünf weiteren Nettzahlern für die Begrenzung des EU-Haushalts auf maximal 1 % des BNE ein. Selbst in einem solchen Szenario würden die deutschen Abführungen nach Brüssel auf 32 Mrd. € in 2013 ansteigen.

Ländliche Entwicklung klarer definieren

Zur Erreichung des 1%-Ziels seien die Mittelansätze der Kommission für alle Ausgabenbereiche abzusenken – so auch für die GAP – und klare Prioritäten zu

setzen. Da die Ausgabenentwicklung in der 1. Säule der GAP durch den Brüsseler Kompromiss weitgehend vorgegeben sei, werde es in erster Linie zu einer deutlichen Absenkung des von der Kommission vorgeschlagenen Plafonds für die ländliche Entwicklung kommen müssen. Aus finanzpolitischer Sicht würde auf Dauer jedoch kein Weg daran vorbei führen, auch Funktion und Legitimation der Direktzahlungen in der 1. Säule zu klären. Eine flächendeckende Subventionierung der Landwirt-

schaft auf hohem Niveau in der 1. Säule und eine zusätzliche Förderung multifunktionaler Leistungen in der 2. Säule erscheinen Hermes in jedem Fall nicht überzeugend. Da die Direktzahlungen infolge der Entkopplung ihre unmittelbare Wirkung auf das Marktgeschehen verlieren würden, wäre auch deren gemeinschaftliche Finanzierung kritisch zu hinterfragen. Im Rahmen der 2. Säule sollten nur Maßnahmen auf gemeinschaftlicher Ebene durchgeführt bzw. finanziert werden, wenn sie

einen Bezug zum gemeinsamen Agrarmarkt haben bzw. deren Umsetzung im gemeinsamen europäischen Interesse liegt. Unter diesem Aspekt ließe die Ausgestaltung der 2. Säule bislang klare Konturen vermissen.

„Bei einer notwendigen Begrenzung des EU-Haushalts wird der Druck auch auf die 1. Säule der GAP zunehmen, um Spielräume für prioritäre Politikbereiche zu schaffen.“

Diskussion

Knöbl stellte in der anschließenden Diskussion heraus, dass er die 2. Säule der GAP nicht als konturenlos empfinde. Vielmehr stelle sie ein klares Produkt der 1992er Reform dar, dessen Hauptbestandteil es sei, die Landwirtschaft nicht für die Produktion, sondern vielmehr für ihre gesellschaftlichen Leistungen zu bezahlen. Die Formulierung der ländlichen Entwicklungspolitik müsse jedoch noch besser werden. Zudem sei die EU-Kommission bisher eine klar definierte Strategie schuldig geblieben.

Peter HEMME, Landwirt im Raum Celle, begrüßte die Benennung des österreichischen Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als „Lebensministerium“. Während in Österreich der

Fördergedanke im Vordergrund stünde, seien es hierzulande Überwachungs- und Kontrollfunktionen. Er bedauerte, dass die deutsche Politik die Förderung von Gunstandorten unterstütze anstatt sich wie in Österreich um die besonders schwachen zu kümmern.

Dr. Wilhelm PRIESMEIER, MdB, unterstrich die Bedeutung einer Zielorientierung in der Förderung. Programme müssten evaluiert und den Haushalten angepasst werden. Angesichts mangelnder Möglichkeiten der Kofinanzierung müsse zudem untersucht werden, ob die Betriebe nicht einen Teil der Kofinanzierung selbst aufbringen könnten.

Dr. Bentrup ergänzte, dass die 2. Säule auch psychologisch von

Bedeutung sei, allerdings könne sie nicht als Existenzgrundlage für Betriebe gelten. Zu klären wäre, ob das Ministerium für Finanzen nicht ohne Umweg über die EU direkt Beihilfen an die Landwirte/-innen zahlen könne.

Hermes erwiderte, dass es gerade für Deutschland als Nettozahler von großem Interesse sei, die Förderung im Rahmen der 2. Säule der GAP auf Maßnahmen zur Flankierung der Reform in der 1. Säule und mit klarem europäischen Mehrwert zu fokussieren. Zu den Zielen der Agrarpolitik sowie deren Umsetzung und Finanzierung auf nationaler Ebene müssten sich die agrarpolitischen Akteure einer breiten parlamentarischen Debatte stellen.

Forum 1: Agrarsoziale Sicherungssysteme

Ein Bundesträger für LSV, Einschnitte bei LUV

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft habe dazu beigetragen, dass sich die Zahl der aktiven Beitragszahler/-innen drastisch reduziert habe und ein Ungleichgewicht im Verhältnis zu den Beitragsemp-

fängern/-innen bestehe. Der Bund der Deutschen Landjugend (BDL), vertreten durch seine stellvertretende Vorsitzende, Iris COMDÜHR, setze sich für eine Entlastung der jungen Generation ein, die aktiv ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft verdient. Er engagiere sich für den Erhalt des ei-

genständigen agrarsozialen Sicherungssystems der Landwirtschaft mit den vier Säulen landwirtschaftliche Unfallversicherung (LUV), Alterssicherung der Landwirte (AdL), landwirtschaftliche Krankenversicherung (LKV) und landwirtschaftliche Pflegeversicherung (LPfIV). Die Finanzierung



Foto: I. Fainning

“Weitere Kürzungen der Bundesregierung im Agrarsozialbereich verstärken die Problematik der hohen Beitraglast für junge Landwirte/-innen.“

dieser Aufgabe sei von gesamtgesellschaftlichem Interesse und der Bund müsse in die Pflicht genommen werden, so Iris Comdühr. Dabei sei es unerheblich, ob die Landwirtschaft ein eigenständiges oder ein integriertes Sozialversicherungssystem habe.

Gewisse Einschnitte in das Leistungsspektrum, besonders der LUV, betrachte auch der BDL als notwendig, damit die Beiträge für die aktiven Landwirte/-innen gesenkt werden können. So sollten beispielsweise Unfallrenten nicht mehr an Personen ausgezahlt werden, die Altersrenten beziehen, und die Unfallrenten für im Erwerbsleben aufgetretene Unfälle mit einer Minderung der Erwerbstätigkeit unter 30 % im Rentenalter pauschal um 50 % ge-

kürzt werden. Die Einführung eines Bonus-Malus-Systems sowie eine stärkere Ausrichtung der Beiträge am Unfallrisiko sollten dazu beitragen, die Unfallvorsorge in den Betrieben zu verstärken.

Im Zusammenhang mit der LKV sehe der BDL den Fortbestand der Defizitübernahme bei den Aufwendungen für die Altenteiler durch den Bund als notwendig an.

Zudem fordere der BDL die Sozialversicherungsträger dazu auf, ihre Organisationsstrukturen zu optimieren und Wirtschaftlichkeitsreserven auszuschöpfen, auch indem die Landwirtschaftliche Sozialversicherung (LSV) auf einen bundesweiten Träger reduziert werde.



Foto: I. Fainning

Verwaltungskosten optimieren, LUV reformieren

MR Klaus LEHLE, Referatsleiter im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, kritisierte die teilweise sehr hohen Verwaltungskosten einiger LSV-Träger, die auch durch Fusionen nicht optimiert werden könnten. Er rief dazu auf, Synergieeffekte weiter zu nutzen, die durch das Gesetz zur Organisationsreform in der LSV aus

dem Jahr 2001 geschaffen worden seien. Je besser dies gelänge, „desto leistungsfähiger, zukunftsfester und unangreifbarer“ würden die landwirtschaftlichen Sozialversicherungssysteme werden. LSV-Träger, die zielorientiert und effizient arbeiteten, seien „die besten Garanten für den Fortbestand eines eigenständigen Systems.“

Als erfolgreich wertete Lehle die 1995 beschlossene Reform der AdL. Sie sei heute ein modernes, leistungsfähiges und attraktives Teilsicherungssystem für landwirtschaftliche Unternehmer/-innen. 1995 seien die Voraussetzungen geschaffen worden, die Defizitdeckung durch den Bund in diesem System zu rechtfertigen und einzuführen. Die Bundesmittel stellten die Funktionsfähigkeit dieses politisch gewollten Sondersystems sicher. Damit erfülle der Staat seine „Einstandspflicht“.

Die LUV gerate immer wieder in politische Diskussionen, ausgelöst vor allem durch Verhandlungen

über die Notwendigkeit und Höhe von Bundesmitteln. Erhebliche Anpassungen seien nur im Rahmen einer größeren Reform des allgemeinen Unfallversicherungsrechts möglich. In Kürze werde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der Reform der gesetzlichen Unfallversicherung beschäftigen werde. Ein zustimmungsfähiger Gesetzesentwurf solle möglichst bis Mitte der kommenden Legislaturperiode vorgelegt werden. In diese Reform müsse auch die LUV mit einbezogen werden. Kürzungen der LUV-Bundesmittel würden im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung notwendig. Möglicherweise würden von den vorgesehenen 200 Mio. € nur 150 Mio. € fließen. Die restlichen 50 Mio. € unterlägen einer globalen Minderausgabe und kämen zunächst nicht zur Auszahlung.

Mit der Reduzierung der Bundesmittel in der LKV durch das Haushaltsbegleitgesetz 2005 sei eine Mehrbelastung der Landwirte/

-innen verbunden. Diese werde, gemessen an den vergleichbaren Belastungen anderer Bevölkerungsgruppen von einer Mehrheit in der Politik als sozialpolitisch vertretbar angesehen. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund, dass nach Schätzungen die Beitragssätze der LKV möglicherweise unter denen der gesetzlichen Krankenkassen lä-

gen. Weitere Modelle, wie sie zzt. diskutiert würden, beispielsweise die Einbeziehung der LKV in eine „Bürgerversicherung“ oder eine „Gesundheitsprämie“ hält Lehle für möglich, auch wenn die dafür notwendige Einkommensermittlung schwierig sei. Die konkreten Elemente der Ausgestaltung seien allerdings noch nicht detailliert festgelegt.

“Die agrarsozialen Sicherungssysteme werden dann fortbestehen, wenn sie ihre Aufgaben besser, versichertennäher und kostengünstiger als andere Systeme erfüllen.“

Diskussion

Pro und Kontra Hofabgabeklausel

In der Diskussion unter Leitung von Rainer MÜNCH, Agrarjournalist Berlin, setzten sich Vertreter der Landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger (LSV), u. a. Leo BLUM, Vorstandsvorsitzender der Bundesverbände der LSV-Träger, und Karl GROENEN, alternierender Vorsitzender der Bundesverbände der LSV-Träger, dafür ein, an der Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte (AdL) festzuhalten. Diese habe sich in den letzten Jahrzehnten gerade in strukturschwachen Regionen Deutschlands bewährt und sei weiterhin notwendig, wenn nicht nur extensive Landbewirtschaftung betrieben werden, sondern Landwirtschaft auch als Wertschöpfungsfaktor angesehen werden solle. Zudem sei im Hinblick auf die GAP-Beschlüsse und die nationalen Durchführungsverordnungen damit zu rechnen, dass verstärkt von Betriebsaufgaben bei Erreichen des Rentenalters Abstand genommen werde, um Prämien in Anspruch zu nehmen.

Dr. Peter MEHL, Institut für ländliche Räume, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), stellte eine Lockerung der Hofabgabeklausel zur Debatte. Einerseits gäbe es die gesellschaftliche Forderung nach einer längeren Lebensar-

beitszeit, andererseits gäbe es in der Landwirtschaft Menschen, die gern länger arbeiten würden, durch die Hofabgabeklausel jedoch daran gehindert würden. Früher sei die Hofabgabeklausel auch deshalb gerechtfertigt gewesen, weil das Beitrags-/Leistungsverhältnis günstiger als in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) gewesen sei. Heute sei es an die GRV angepasst und von Landwirten werde trotzdem noch verlangt, dass sie ihre Betriebe abgäben.

LSV auf dem Prüfstand

Mit der Schaffung der LKV von 1972 sei der Konsens erreicht worden, dass die Gesellschaft den Strukturwandel in der Landwirtschaft finanziere, so Dr. Wilhelm PRIESMEIER, MdB. Heute müsse man diese Transferleistungen hinterfragen. Die Landwirtschaft müsse sich dem Wettbewerb stellen und dieser würde den Strukturwandel nach sich ziehen. Seiner Ansicht nach sei es selbstverständlich, dass der demographische Wandel innerhalb einer Bevölkerungsgruppe von den Versicherten selbst zu finanzieren sei.

Dr. Harald DEISLER, Hauptgeschäftsführer der LSV-Spitzenverbände, wies darauf hin, dass die gesamte Sozialversicherung in Deutschland Transferleistungen empfangt. Die LKV sei jedoch die einzige schuldenfreie Krankenkasse. Sie habe je Versichertem 20 % weniger Leistungsausgaben als die

übrigen Krankenversicherungen.

Zu den geforderten Einsparungen bei den Verwaltungskosten wurde angemerkt, dass diese im Vergleich zu den Leistungsausgaben marginal seien und auch durch die Reduzierung auf einen Bundesträger die Beitragslast für die Betriebe kaum vermindert würde. Wilhelm KINS, Hauptgeschäftsführer Landwirtschaftliche Sozialversicherung Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (LBG HRS), hielt es wegen der Mitgliederrückgänge für eine betriebswirtschaftliche Verpflichtung, ständig Anpassungen vorzunehmen.

Angeichts der Tatsache, dass über 70 % des Bundesagrarhaushaltes für die LSV verwendet werden, wurde die Frage diskutiert, ob das agrarsoziale Sicherungssystem im Landwirtschaftsministerium noch richtig angesiedelt sei. Dies wollte Klaus Lehle nicht beurteilen. Er wies auf die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft hin, die in Zusammenhang mit dem Gesundheitsstrukturreformgesetz geschaffen worden sei, um über die Form des Risikostrukturausgleichs nachzudenken. Hier gebe es eine einhellige Ablehnung des Bundes und aller Länder, die LSV aufzunehmen. Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziales (BMGS) vertrete ebenfalls die Auffassung, dass die LSV nicht dort angesiedelt werden sollte und dass die LSV nicht von Einsparauflagen verschont bleiben könne.

Münch wies auf die erheblichen Unterschiede innerhalb der LSV hinsichtlich der allgemeinen Belastungshöhe einzelner Betriebe hin. Die Frage sei, ob diese Unterschiede auf Dauer zu rechtfertigen oder ob sie abzubauen seien. Dazu bemerkte Deisler, der Großteil der Beiträge komme aus den „Normalbetrieben“, die allerdings regional und strukturell sehr verschieden seien. Sonja KREITMAIER, AG Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, SPD-Fraktion, forderte als Maßstab für die Beitragsbemessung nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Betriebsgröße,

sondern das Einkommen zu Grunde zu legen.

Günter WEGGE, StS. a. D., Bonn, betonte, dass die Beiträge, die Nichtlandwirte für ihre Sicherung zu zahlen hätten, deutlich höher lägen als die der Landwirte. Dies werde von der Politik ähnlich gesehen, so Lehle. Regelungsbedarf bestünde derzeit nicht. Problematisch ist Deisler zufolge nicht die Höhe der Beiträge, sondern dass die Einkommen zu niedrig seien.

Die von Iris Comdühr vorgestellten Thesen zur Verringerung des Leistungsangebots bei der LUV

wurden teilweise als Grundlage für die Diskussion über die Finanzierbarkeit des Systems gesehen. Andererseits müsse dann mit unzumutbaren sozialen Härten gerechnet werden, z. B. bei Landwirten, die in ihrem Erwerbsleben einen Unfall gehabt hätten und nun mit einer geringen Rente auskommen müssten.

An die ASG wurde appelliert, die LSV weiter zu thematisieren, mit zu gestalten und damit auch ein Stück weit zu ihren Wurzeln zurückzukehren.

Resolution: Bundesmittelkürzungen ungerechtfertigt und unsozial

Während ihrer Jahrestagungen am 24. und 25. November 2004 in Freiburg übten Vertreter der LSV-Spitzenverbände und der neun regionalen Träger scharfe Kritik an den finanziellen Einschnitten in die Landwirtschaftliche Sozialversicherung (LSV). Die zusätzlichen Belastungen infolge der Haushaltskürzungen im kommenden Jahr bezifferte der Vorsitzende der LSV-Spitzenverbände Leo BLUM auf durchschnittlich 450 € je aktiven Beitragszahler, hauptsächlich resultierend aus den Änderungen der Landwirtschaftlichen Krankenversicherung (LKV). Dabei würden die Landwirte im Südwesten Deutschlands stärker belastet als im Norden und Osten. Einen Solidarausgleich werde es gleichwohl nicht geben, weil darüber kein Einvernehmen zwischen den Trägern habe erzielt werden können. Ein Ausgleich würde zudem nicht das Grundproblem lösen, dass sich der Bund zunehmend aus der Verantwortung zurückziehe. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe bedingt eine Mitfinanzierung des agrarsozialen Sicherungssystems durch den Bund. Die steigenden sozialen Lasten, insbesondere der Altenteiler, können von der kleiner werdenden Zahl aktiver Landwirte nicht mehr getragen werden. Die massiven Einschnitte im Bundeshaushalt 2005 im Bereich der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der Krankenversicherung der Landwirte werden die Beitragszahler über die Schmerzgrenze hinaus belasten. Das stellen die Selbstverwaltungsgremien der Spitzenverbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung auf ihren Jahrestagungen am 25. November 2004 in Freiburg fest.

In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ist eine Rückführung der Bundesmittel um weitere 40 % vorgesehen, nachdem bereits in den vergangenen fünf Jahren die Bundesmittel kontinuierlich abgesenkt worden sind. Das Haushaltsbegleitgesetz 2005 bürdet den aktiven Landwirten zusätzlich Millionenlasten in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung auf. Beginnend mit 82 Mio. € im Jahr 2005 soll die Belastung auf insgesamt 91 Mio. € im Jahr 2008 steigen. Dies führt zu einem durchschnittlichen Beitragsanstieg von über 14 %, der dem erklärten Willen der Bundesregierung, die Soziallasten zu senken, diametral entgegensteht.

Die durch die vorgesehenen Maßnahmen bedingten extrem hohen Beitragssteigerungen bedrohen viele Betriebe in ihrer Existenz. Die agrarsoziale Selbstverwaltung auf Bundesebene fordert deshalb nachdrücklich den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), auf, die massiven Kürzungen zurückzunehmen und damit die Finanzierung des berufsbezogenen Sicherungssystems der Land-, Forstwirtschaft und des Gartenbaus nachhaltig zu gewährleisten. Im Hinblick auf die seit Jahren andauernde Bundesmitteldiskussion stellt sich die Frage, ob die landwirtschaftliche Sozialversicherung im BMVEL richtig aufgehoben ist.

Forum 2: Die polnische Landwirtschaft – ein neuer Markt oder eine neue Konkurrenz?

Anhand von Fotos, Betriebs- spiegeln und Graphiken stellten Michael BUSCH und Thomas KÖNIG (beide ASG) Eindrücke und Erfahrungen einer deutsch-polnischen Fachtagung vor, die vom 6.- 8. Oktober 2004 mit Förderung der EU in Kalisz stattgefunden hatte (s. Ländlicher Raum 5/04, S. 5 - 7). Ziel der Veranstaltung am 18. November 2004 in Göttingen war es, gemeinsam mit Experten/-innen die Ergebnisse dieser Fachtagung auszuwerten. Dadurch wurde weiteren Multiplikatoren/-innen der deutsch-polnische Diskussionsstand zur GAP zugänglich gemacht. Ausgehend von Thesen zur Landwirtschaft und zur Regionalentwicklung in Polen entwickelte sich eine intensive Diskussion.



Foto: M. Busch

Reichhaltiges Angebot auf einem lokalen Markt in Kalisz

Heterogene Betriebsstruktur der polnischen Landwirtschaft

Die Betriebsstruktur in der polnischen Landwirtschaft sei landesweit durch eine große Heterogenität gekennzeichnet. Dies wurde während der Fachtagung in Kalisz mehrfach betont und auch von den Diskussionsteilnehmenden in Göttingen bestätigt. „Bei 16 Mio. ha LN und einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 7 - 9 ha können Sie sich ausrechnen, wie viele Betriebe es gibt“ beschrieb ein Teilnehmer die Situation. Diese Strukturen sind schon alt und nicht erst mit dem Politikwechsel Anfang der 90er Jahre entstanden, deshalb ist die Ausgangslage nicht mit der in den fünf neuen Bundesländern zu vergleichen. Dort waren und sind großflächige Agrarstrukturen vorhanden. Die neuen Bundesländer hätten in den vergangenen Jahren

eine erhebliche Unterstützung bekommen, die in Polen in dem Umfang nicht fließen werde, unterstrich ein weiterer Teilnehmer in Göttingen.

Die polnische Agrarstatistik weist neben wettbewerbsfähigen Betrieben von 30 - 50 ha einige ehemalige Staatsbetriebe mit mehreren hundert ha LN sowie eine Vielzahl von Kleinbetrieben mit einer Fläche von nur wenigen ha aus. Die in Polen besuchten Betriebe gehören zu der ersten Betriebsgruppe, sie sind spezialisiert und gut auf einen europäischen Markt eingestellt. Das Hauptaugenmerk der Diskussion lag auf der Frage, wie sich die schätzungsweise 90 % Kleinbetriebe entwickeln werden. Die Einschätzung, dass die Instrumente der EU-Agrarpolitik dazu dienen werden, die vorhandene vielfältige Betriebsstruktur in Polen über die nächsten Jahre zu

halten, fand allgemeine Zustimmung.

Kooperation und Erwerbskombination bieten Chancen für Kleinbetriebe

Die Teilnehmer/-innen des Forums waren sich ebenfalls in der Einschätzung einig, dass die Zukunft der polnischen Kleinbetriebe voraussichtlich nicht im Vollerwerb liege. Dass sich die polnischen Bauern zwecks Vermarktung größerer Produktmengen zusammenschließen, hatte die Exkursion in Kalisz bereits gezeigt. Eine fachliche Beratung hierfür wird auf Kreisebene angeboten. Eine genossenschaftliche Organisation z. B. zum Einkauf von Betriebsmitteln sei nicht verbreitet. Dies hänge möglicherweise mit den schlechten Erfahrungen vieler polnischer Landwirte mit genossenschaftlichen Modellen in der Vergangenheit zusammen.

Markt oder Konkurrenz?

Eine starke Konkurrenz durch landwirtschaftliche Produkte aus Polen wurde von den Forums-Teilnehmern/-innen für den deutschen Markt nicht gesehen. Auch wenn polnische Produkte ihren Platz in den Regalen hiesiger Lebensmittelgeschäfte hätten, sei dieses Angebot doch begrenzt. Die Eindrücke aus Kalisz zeigten aber auch, dass die wettbewerbsorientierten Betriebe den deutschen Markt ins Visier genommen hätten. Insbesondere in den grenznahen Regionen fände schon seit langem ein reger Warenaustausch in beide Richtungen statt. Im Bereich der landwirtschaftlichen Vorleistungen bleibe der polnische Markt mittelfristig für deutsche Anbieter interessant.

Weiterhin wurden die Möglichkeiten von Erwerbskombinationen zur Existenzsicherung kleiner Betriebe diskutiert. Die landwirtschaftliche Saisonarbeit in den alten EU-Staaten spiele in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Die polnischen Saisonarbeitskräfte transferierten mehr

Geld in ländliche Gebiete Polens, als alle europäischen und nationalen Förderprogramme für den ländlichen Raum innerhalb eines Jahres zur Verfügung stellten. Weitere Chancen für Erwerbskombinationen sahen mehrere Teilnehmer/-innen durch ein verstärktes Engagement der ländlichen Bevölkerung in der Regionalentwicklung. Agrartouristische Angebote, Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder landschaftspflegerische Dienstleistungen könnten Bestandteil eines regionalen Entwicklungskonzeptes sein.

Regionen sollten gestärkt werden

Die Bedeutung der 2. Säule der Agrarpolitik wird in Polen von vielen als wichtig erachtet. Dies betonten Vertreter/-innen aus Politik und Verwaltung während der Fachtagung in Kalisz. Die gemeinsame Erklärung eines nationalen Netzwerkes von Landwirtschafts- und Entwicklungsorganisationen schließt sich dieser Einschätzung an. Damit die Förderung ländlicher

Räume über die 2. Säule greifen kann, sind zum einen lokale Akteure notwendig. In diesem Zusammenhang wurde der Eindruck wieder gegeben, dass „die Leute oft noch gar nicht wissen, dass sie selbst als Akteure für die ländliche Entwicklung gemeint sind“. Zum anderen ist eine Voraussetzung, dass Regionen selbst, z. B. Wojewodschaften, über eigene Entwicklungsziele und deren Umsetzung entscheiden dürfen. Die vorhandenen Entscheidungsstrukturen sehen aber vor, dass Entwicklungsziele zentral in Warschau festgelegt werden und damit für alle Wojewodschaften gleichermaßen gelten sollen. Nach Einschätzung vieler Teilnehmer/-innen fehle ein nationaler Rahmen für die 2. Säule, der genügend Entscheidungsspielräume für die einzelnen Wojewodschaften lasse, um regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen zu können. Das Fazit der Forums-Teilnehmer/-innen in Göttingen lautete, dass die Regionen gestärkt werden müssten, damit die Gestaltungsmöglichkeiten für eine ländliche Regionalentwicklung genutzt werden könnten.

Exkursion zum Rittergut Besenhausen – historisches Ensemble mit moderner Nutzung

Gebäudeumnutzung als zweites Standbein

Im Dreiländereck von Niedersachsen, Thüringen und Hessen, direkt an der Leine, liegt das Rittergut Besenhausen. Das historische Ensemble von Gebäuden mit einem Herrenhaus aus dem Jahr 1690 ist Herzstück eines 150 ha großen landwirtschaftlichen Betriebes, der seit 700 Jahren im Besitz der Familie FLECHTNER ist. Heute steht allerdings nur noch ein eigener Schlepper in der

Scheune – Nachbarn erledigen mit ihren Maschinen die Arbeit in der Außenwirtschaft.

Der „Themenpfad Wasser“ zur Expo 2000 in Hannover gab den Anstoß für eine bis heute innovative Umnutzung der großen Gebäude des Gutes. In dem zum Veranstaltungsraum umgebauten Schafstall finden jährlich Ausstellungen statt. Kulturhistorische Themenausstellungen – in diesem Jahr zur Geschichte der Zuckerrübe und des Zuckers – wechseln

sich mit Kunstausstellungen ab. „Die Veranstaltungen und das gut besuchte Hofcafé sind heute ein zusätzliches finanzielles Standbein für unseren Betrieb“ sagt Moritz Flechtner. Mit dem Expo-Projekt entstanden außerdem eine Fischtreppe für Kleinstlebewesen und ein neuer Auenwald.

Als die Handweberei Rosenwinkel im Frühjahr 2004 in die ehemalige Zuckerfabrik des Gutes einzog, erreichte das Besucheraufkommen eine neue Dimension.

15 000 Besucher/-innen genossen während des Sommerhalbjahres das kulturelle und kunsthandwerkliche Angebot auf dem Guts Gelände.

Modernes Energie- und Abwasserkonzept

Der Komplex Besenhausen ist in seiner Wasserver- und -entsorgung autark. Zur eigenen Quelle ist eine Schilfkläranlage hinzugekommen, die die Abwässer der 30 Einwohner/-innen und des Webereibetriebs mit eigener Färberei reinigt.

Im Energiebereich beschreitet das Gut alte und neue Wege gleichermaßen. Die alte Wassermühle mit einer Turbine von 1924 liefert im Jahr etwa soviel Strom, wie die Besenhäuser/-innen verbrauchen. Überhänge werden ins öffentliche Netz gespeist. Eine moderne Holzschmelzeheizung versorgt sowohl die vier Haushalte des Wohnhauses als auch die Handweberei mit Wärme. So können insgesamt 40 000 Liter Heizöl im Jahr eingespart werden, erklärt Flechtner. Das Holz für die Heizung kommt aus dem 30 ha großen eigenen Forst. Bei dieser Art der Wärmeerzeugung kostet die kWh 1,2 Cent. Die Anlage kann auch mit anderen Materialien wie Getreide oder Raps befeuert werden. „Wir haben das ausprobiert,“ so Flechtner „aber Getreide einfach zu verbrennen macht uns doch Probleme.“

Handweberei Rosenwinkel in der Zuckerfabrik von 1836

Das Gebäude der ehemaligen Zuckerfabrik von 1836 war schon stark beschädigt, als glückliche Umstände zusammentrafen, die zu seinem Erhalt und einer angemessenen Nutzung führten. Die Handweberei Rosenwinkel, die 1992 als sozialer Betrieb in Trägerschaft eines gemeinnützigen Vereins in einem Nachbarort gegründet worden war, suchte dringend neue Räumlichkeiten für Pro-



Foto: M. Busch

Historisches Gebäudeensemble Besenhausen

duktion und Verkauf. In enger Zusammenarbeit planten Eigentümer und zukünftige Mieter den Umbau des Gebäudes zu einer Schauwerkstatt mit Ladengalerie. Dieser wurde zu 70 % aus EU-Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie aus Mitteln der Dorferneuerung realisiert. 30 % der Finanzierung übernahm die „Aktion Mensch“, so dass der Umbau bis ins Detail behindertengerecht gelungen ist.

Heute arbeiten in der Weberei 28 Personen aus sieben Nationen, davon zwei Männer. Die Weberei beschäftigt 40 % Mitarbeiter/-innen mit Behinderung, zu denen Menschen mit Down-Syndrom, Taube und andere physisch oder psychisch beeinträchtigte Menschen gehören. Bevorzugt werden außerdem Frauen eingestellt, die aufgrund von schlechten Deutschkenntnissen nur geringe Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt haben. So erklärt sich der hohe Frauenanteil im Haus. In Zusammenarbeit mit der Berufsfachschule Göttingen wird im Betrieb die Ausbildung zum/-r Weber/-in angeboten.

Dass die Umnutzung auch architektonisch gelungen ist, zeigte die Verleihung des Preises für Denkmalpflege der Niedersächsischen Sparkassenstiftung im Oktober 2004. Im Gebäude bilden die alte Bausubstanz, die Balken, Decken und das historische Holztreppehaus einen optimalen Zusammenklang mit der modernen Metallgalerie im Verkaufsbereich.

Alt und Neu gehen Hand in Hand

Alt und Neu gehen auch in der Produktion Hand in Hand. Moderne Designs haben auf den Webstühlen genauso ihren Platz wie alte Muster. Die Produktpalette reicht von klassischen Produkten der Weberei, wie Teppichen, Schals und Wolldecken über Wohnaccessoires bis hin zu Taschen aus innovativem Material in hochmodernem Design. Cornelia FEYLL, Designerin der Weberei, hat für ihre Stoffe schon zahlreiche Auszeichnungen erhalten, darunter für ihren Filzbandteppich den „iF design award“, den internationalen Designpreis, der auf der CeBit in Hannover verliehen wird.



Foto: E. Wegeler

Eine Mitarbeiterin webt den Filzstoff

Eine gute Platzierung auf dem Markt ist besonders wichtig für den stetig wachsenden Betrieb,

denn auch wenn Zuschüsse nötig sind, 40 % der Einnahmen kommen heute aus dem Verkauf der Produkte. „Natürlich sind wir auf vielen Messen vertreten“ sagt Eline VAN DEN HEUVEL, die den Bereich Marketing betreut. Eine große Hilfe ist dabei der Deutsche Bundesverband Kunsthandwerk. Er schickt Produkte aus der Weberei nach New York und nach Japan und hilft so, auch den internationalen Markt zu erschließen. Nicht zuletzt ist auch die Designerin der Weberei eine Garantin dafür, dass sich die Produkte auf Messen in Deutschland, Großbritannien, USA und Japan sowie über das Internet gut verkaufen lassen. Ihre Aufgabe ist es außerdem, all die unterschiedlichen Fähigkeiten der Mitarbeiter/-innen bei der Produktion zu bedenken und zu integrieren: Die Wolle wird selbst gefärbt, Filz wird zu Streifen geschnitten, Spulen werden vorbereitet, Karten werden für den Verkauf textil gestaltet. Näharbei-

ten führt eine Schneiderei im thüringischen Heiligenstadt aus, ebenfalls eine Werkstatt mit Behinderten.

Die Besichtigung der Weberei ist für Besucher/-innen jederzeit möglich – das gehört mit zum Konzept und die Mitarbeiter/-innen erklären gerne ihre Arbeit selbst. Weben heißt nicht nur, das Schiffchen hin und her zu schießen. Viel Beinarbeit und Koordination sind erforderlich und das Einrichten eines Webstuhls, das Bäumen mit 40 bis 50 Metern Kettfäden, kann schon einmal ein bis zwei Tage in Anspruch nehmen und bedarf mehrerer tatkräftiger Helfer/-innen.

Prof. Dr. Heide INHETVEEN, Universität Göttingen, regte an, die Nebennutzung landwirtschaftlicher Betriebe als Beispiel für ländliche Entwicklungsmöglichkeiten in die modernen landwirtschaftlichen Studiengänge zu integrieren.

Festvortrag: Mangel an „Mütterlichkeit“ in der vereinten deutschen Gesellschaft



Foto: M. Busch

Bei der Suche nach Erklärungen für gesellschaftliche Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland sei er auf den Aspekt der „Mütterlichkeit“ als Wert in der Gesellschaft gekommen, erläuterte Dr. Hans-Joachim MAAZ, Chefarzt der Psychotherapeutischen Klinik im Evangelischen Diakoniewerk Halle. Ausgehend von der Beziehung des Kleinkindes zu seinen Eltern wies Maaz auf die Bedeutung mütterlicher Werte für die gesunde Entwicklung des Kindes hin. Unter Mütterlichkeit verstehe er die Grundeigenschaften des Lebens von gebären, nähren/geben und gewähren (gegenüber den „väterlichen“ Grundeigenschaften von zeugen, fordern/nehmen und begrenzen). Aus den mütterlichen Eigenschaften er-

wüchsen menschlich-soziale Haltungen und Einstellungen von lieben, versorgen, einfühlen, verstehen, verbinden und integrieren. Mütterlichkeit sei nicht an ein Geschlecht gebunden, stellte Maaz klar, sondern transportiere wesentliche menschliche Werte, die von Frauen und Männern verkörpert werden könnten. Danach könnten Frauen mütterlich und väterlich sein, ebenso wie Männer väterlich und mütterlich sein könnten, so Maaz.

Passive Fürsorgementalität trifft auf aktive Machermentalität

Bezogen auf die deutsche Gesellschaft machte Maaz in beiden deutschen Gesellschaftssysteme-

men „Frühstörungen“ als weit verbreitete Grundstörungen bei vielen Menschen aus. Diese würden je nach politischen und ökonomischen Verhältnissen unterschiedlich kompensiert oder verleugnet. Während im Osten durch die repressiv-sozialen Verhältnisse ein übermäßiger Hang zu Disziplin, Gehorsam und angepasstem Leben („Untertanensyndrom“) zu beobachten sei, hätten die Menschen im Westen v. a. durch die Anpassung an die Marktgesetze Eigenschaften wie Leistungsdenken, Konkurrenz, Individualisierung sowie eine oftmals überschätzte Selbstdarstellung ausgebildet („mehr Schein als Sein“). Frühstörungen seien in der DDR am wenigsten bei den Mitläufern zu erkennen gewesen. In der Bundesrepublik würden sie v. a. durch Geld und Konsum kompensiert werden.

Nach der Wende hätten sich die Menschen im Osten an ein System der individuellen Durchsetzungsfähigkeit anpassen müssen, für das sie schlecht ausgerüstet gewesen wären. Maaz unterstrich, dass das subjektive Lebensgefühl v. a. den erlebten zwischenmenschlichen Beziehungen folge. Die Ostdeutschen seien nach der Wende häufig erschrocken gewesen über die emotionale Kälte unter den Westdeutschen. Gleichzeitig habe die äußere Freiheit ihre innere Unfreiheit erst richtig spürbar werden lassen.

Die Vereinigungskonflikte seien nach Maaz als Zusammenspiel ostdeutscher und westdeutscher psychosozialer Abwehrsysteme zu verstehen. Während westdeutsche Dominanzansprüche mit ostdeutscher Unterwerfungsbereitschaft korrespondiert hätten, hätte die ostdeutsche passive Fürsorgementalität die westdeutsche aktive Machermentalität provoziert.

Als gemeinsame Quelle aller Frühstörungen zog Maaz den Mangel an Mütterlichkeit in der Gesellschaft heran. Für den ein-

zelnen Menschen bedeute dies die Frage nach dem individuellen Umgang der jeweiligen Mutter mit dem Kind. Bezogen auf die Gesellschaft bedeute es, wie mütterlich-weibliche Werte in der Gesellschaft bewertet und akzeptiert würden.

Vor allem Ostdeutsche wurden nach der Wende Opfer mangelnder Mütterlichkeit

Unabhängig von der Übertragbarkeit mütterlicher Werte auf den Vater, sei die Mutter in den ersten drei Jahren des Kindes nicht wirklich zu ersetzen, betonte Maaz, und machte deutlich, wie sehr sich das Verhalten und Empfinden der Mutter dem Kind gegenüber in diesem frühen Stadium positiv oder negativ auswirken könne. Mangelnde Mütterlichkeit lasse Menschen entstehen, die mit ihren Selbstwertstörungen die Gesellschaftsentwicklung pervertieren könnten. Alle Formen von Süchten seien angetrieben von dem Bedürfnis doch noch das zu bekommen, was einen befriedigen könnte. Diese Menschen fühlten sich häufig angesprochen von radikalen Ideologien und einfachen Lösungsvorschlägen. Vereinfachtes Denken, ausgesperrte Kritik und aufgeblähte Feindbilder verhinderten die bittere Erkenntnis der eigenen Bedürftigkeit, schützten vor seelischem Schmerz des erlittenen Liebesmangels und der Verlassenheit und würden dabei helfen, anderen die Schuld zuzuschieben.

Die Anwendung der Mütterlichkeitsstörungen auf den deutschen Vereinigungsprozess mache deutlich, dass gegenseitiges Zuhören und Verstehen wollen der Deutschen, das Einfühlen in die jeweils andere Seite nur für eine kurze Zeit nach der Wende vorhanden gewesen seien. Beide Seiten hätten damit ihre Selbstwertproblematik gezeigt. Im Osten habe die Mehrheit aus Abhängigkeit und Bedürftigkeit gehandelt, im Wes-

ten aus Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und unter Abwertung der ostdeutschen Erfahrungen, Leistungen und Kompetenzen. Die Ostdeutschen seien in besonderem Maße Opfer mangelnder Mütterlichkeit geworden, so Maaz. Sie seien in erster Linie Objekte von Mitleid gewesen. Ostdeutsches Leben sei vorwiegend lediglich Negativschlagzeilen wert gewesen, wohingegen das wirkliche Leben in der DDR in der Öffentlichkeit nicht verstanden worden sei. V. a. Werte mütterlicher Beziehungskultur wie Freundschaft, Nachbarschaft und Kollektivgemeinschaften seien nicht gewürdigt worden. Sich in der Vielfalt der Möglichkeiten im Wettkampf um Arbeitsplätze zurecht finden zu müssen, sei für viele beängstigend gewesen und habe Müttermangelerfahrungen reaktiviert. Die Marktwirtschaft sei in besonderem Maße als mutterlos erfahren worden, ohne dass westliche Schutz- und Abwehrmechanismen, v. a. durch Geld und Geltung, möglich gewesen wären.

Gesellschaft braucht mehr Mütterlichkeit

Maaz diagnostizierte, dass Störungen der Mütterlichkeit die Zukunft der westlichen Demokratien gefährdeten. Das wichtigste, das wir in unsere Zukunft investieren könnten, seien Investitionen in die Entwicklung unserer Kinder, damit diese keine entfremdete Welt bevorzugten und keine Affinität zu radikalen, undemokratischen Strukturen fänden. Als gesellschaftlicher Wert verstanden, könnte Mütterlichkeit die Herr-

“Dem globalen Ausgeliefertsein, dem begrenzten Einfluss auf politische Macht, der unauflösbaren Abhängigkeit von sozialen Bedingungen setze ich die Freiheit und Verantwortlichkeit des Individuums entgegen, dem eigenen und fremden Elend ‘mütterlich’ zu antworten.“

schaft des entfesselten Marktes begrenzen. Maaz plädierte dafür, sich dieser Herrschaft zu widersetzen. Dann würde sich nicht mehr allein das Starke durchsetzen, sondern auch das Schwache würde Bedeutung erlangen. Ein

jeder wäre nicht mehr allein seines Glückes Schmied, sondern dürfte auch aus Verbundenheit Kraft schöpfen, und Menschen würden nicht nur nach ihren Leistungen entlohnt werden. Wenn es gelänge, die Beziehungsfähigkeit

von Menschen zu stärken, üben diese weniger Macht auf andere aus. Jeder „mütterliche“ Akt verändere die bestehenden Verhältnisse positiv, schlussfolgerte Maaz.

Neues aus Vorstand und Kuratorium

Satzungsgemäß fanden im Rahmen der ASG-Mitgliederversammlung am 18. November 2004 Vorstandswahlen statt. Des Weiteren wurden Nachwahlen für das Kuratorium durchgeführt.

Aus dem Vorstand schieden aus:

StS. a.D. Dr. Aloys **Altmann**, stellv. Vorsitzender des Vorstandes, Präsident des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein, Kiel

Hans **Bockhop**, Niedersächsische Landjugend e.V., Graue

MinDirig. Dr. Johann **Haimerl**, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten, München

StS. a.D. Hermann **Kroll-Schlüter**, stellv. Vorsitzender des Vorstandes, Warstein

Ulrike **Schellberg**, Ratingen

In den Vorstand wurden wieder gewählt:

StS. a.D. Dr. Hans-Hermann **Bentrup**, Düsseldorf

Christel **Hoffmann**, MdL, Hessischer Landtag

Dr. Willy **Boß**, Gf Landgesellschaft Sachsen-Anhalt, Magdeburg

In den Vorstand wurden neu gewählt:

StS. Dr. Hermann Onko **Aeikens**, 53 Jahre, Studium der Agrarwissenschaften in Göttingen und Wirtschaftswissenschaften an der University of California in Berkeley, USA, wissenschaftliche Tätigkeit am Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen, seit 1981 in der Niedersächsischen Landesverwaltung in verschiedenen Funktionen, seit 1990 Leiter der Agrarabteilung des für Landwirtschaftsfragen zuständigen Ministeriums in Sachsen-Anhalt, seit 2002 Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Iris **Comdühr**, 27 Jahre, Abitur, Ausbildung zur Milchwirtschaftlichen Laborantin, Studium der Agrarwirtschaft, in der Landjugend seit ihrem 15. Lebensjahr, stellv. Bundesvorsitzende im Bund der Deutschen Landjugend

Frieda **Hensmann**, 56 Jahre, Ausbildung zur Technischen Zeichnerin für Maschinenbau, Bewirtschaftung eines 50 ha Grünlandbetriebes mit Schwerpunkt Milchwirtschaft, 1986 Meisterprüfung in der ländlichen Hauswirtschaft, seit 1996 Vorsitzende des Landfrauenverbandes Weser-Ems, seit 1999 Mitglied im Präsidium des Deutschen LandFrauenverbandes, Vorsitzende des Agrarausschusses des Deutschen LandFrauenverbandes, seit 2003 zweite Vizepräsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes e.V., Berlin

Ltd MR. Dr. Theodor **Weber**, 57 Jahre, Studium Agrarwissenschaften, 1979 Promotion, 1973-76 Landwirtschaftsämter, 1976-82 wissenschaftliche Tätigkeit an der TU Weihenstephan und Landesanstalt, 1982-85 Bayerisches Landwirtschaftsministerium, 1985-88 Staatskanzlei München, 1988/89 Mitglied im Kabinett von EU-Kommissar P.M. Schmidhuber, seit 1989 Bayerisches Landwirtschaftsministerium, Leitung verschiedener Interministerieller Arbeitsgruppen sowie Mitglied in Bund-Länder-Arbeitsgruppen und Kommissionen zur Agrarforschung und Nachwachsenden Rohstoffen, 1992-99 Gründer und Vorstandsvorsitzender

von C.A.R.M.E.N., 1994-99 Mitglied der „Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe“, 1995-99 Vizepräsident der European Biomass Industry Association (EUBIA), 1997-2000 Mitglied im Vorstand der Bundesinitiative Bioenergie, seit Juni 2004 Leiter der Abteilung Grundsatzfragen der Agrarpolitik, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten, München

In der anschließenden konstituierenden Sitzung des Vorstandes wurde StS. a.D. Dr. Hans-Hermann Bentrup erneut zum Vorsitzenden des Vorstandes und MdL Christel Hoffmann zur stellv. Vorsitzenden des Vorstandes der ASG gewählt.



Von links nach rechts: Frieda Hensmann, Dr. Hermann Onko Aeikens, Iris Comdühr, Dr. Hans-Hermann Bentrup, Christel Hoffmann, Dr. Theodor Weber, kleines Foto: Dr. Willy Boß

In das Kuratorium wurden neu gewählt:

Dr. Dieter Peter **Jahr**, 45 Jahre, Abitur, Hochschulstudium der Landwirtschaft an der Universität Leipzig, Promotion zum Dr. agr., wiss. Assistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1988-1990 Ökonom in einer LPG, 1990-1995 Geschäftsführer eines landw. Betriebes, seit 1995 Nebenerwerbslandwirt, seit 1990 Mitglied der CDU und im Sächsischen Landtag, Agrarpolitischer Sprecher CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, Mitglied des Bundestages, Berlin

Hans Jürgen **Ploog**, 61 Jahre, Studium zum Dipl.-Ing. agr. (FH), knapp zweijährige Beratungstätigkeit bei der Landwirtschaftskammer Kiel, seit 1972 bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, zunächst in der Agrarstrukturabteilung, seit 1976 in der Kreditabteilung, seit 1990 Leitung der Kreditabteilung. 1996 Berufung zum Vorstandsmitglied der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt a.M.

ASG-Herbsttagung 2005

am 3. und 4. November in Göttingen

Internationale Grüne Woche Berlin

Land-Schau-Programm 2005

Während der Internationalen Grünen Woche Berlin 2005 führt die ASG im Auftrag von Bund und Ländern erneut die Land-Schau durch, ein Bühnenprogramm, das im Rahmen der Gemeinschaftsschau von Bund, Ländern und EU in Halle 21b stattfindet. Die Land-Schau wird am 21. Januar 2005 eröffnet und endet am 30. Januar 2005. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dem Programm. Das vollständige Programm kann unter www.asg-goe.de eingesehen oder in der ASG-Geschäftsstelle angefordert werden.

FREITAG, 21.01.2005

12.00 Das aktuelle Interview

Landwirtschaft in einer EU der 25

- ◆ Else Mariann Fischer Boel, Agrarkommissarin der Europäischen Kommission, Brüssel (angefragt)

12.30 Treffpunkt Land-Schau mit

- ◆ Erika Lenz, Präsidentin, Deutscher LandFrauenverband e.V.

13.45 ERÖFFNUNG DER 18. LAND-SCHAU

- ◆ Dr. Gerald Thalheim, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
- ◆ Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- ◆ Dr. Hans-Hermann Bentrup, Staatssekretär a. D., Vorsitzender der ASG

LÄNDERTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 13.50 BIS 17.30 UHR

14.00 Eröffnung des Ländertages

- ◆ Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- ◆ Heinrich Nolte, Bürgermeister, Medebach
- ◆ Michael Kronauge, Bürgermeister Hallenberg

15.00 Der beliebteste Ferienhof von NRW

- ◆ Friedrich Merz, MdB
- ◆ Andreas Schmidt, Inhaber Ferienhof Schmidt

SAMSTAG, 22.01.2005

13.00 Treffpunkt Land-Schau mit

- ◆ Dieter Althaus, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen (angefragt)

LÄNDERTAG FREISTAAT THÜRINGEN

14.00 BIS 17.00 UHR

14.15 Eröffnung des Ländertages

- ◆ Dieter Althaus, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen
- ◆ Dr. Volker Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt des Freistaates Thüringen
- ◆ Marion Philipp, Landrätin des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt

14.40 Vorstellung der „Hoheiten“ aus unserer Region

15.20 Natur und Kultur laden ein in den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

- ◆ Marion Philipp, Landrätin des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt
- ◆ Yvonne Habermann, Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH
- ◆ Frank Seidewitz, Oberweißbacher Berg- und Schwarzatalbahn
- ◆ Uwe Herrmann, Porzellanmanufaktur Sitzendorf

SONNTAG, 23.01.2005

LÄNDERTAG HESSEN**10.00 BIS 13.00 UHR****10.00 Eröffnung des Ländertages****Tanzen Sie in Hessens Mitte mit uns auf dem Vulkan**

- ◆ Wilhelm Dietzel, Hessischer Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz
- ◆ Rudolf Marx, Landrat des Vogelsbergkreises

- ◆ Rolf Gnadt, Landrat des Wetteraukreises
- ◆ Kurt Wiegel, Vorsitzender Bauernhof- und Landurlaub in Hessen e.V.

10.10 Hessens Mitte wird entdeckt – Auf den Spuren der Kelten im Archäologiepark Glauberg

- ◆ Werner Erk, Heimat- und Geschichtsverein Glauburg

10.30 Mittelalterliches Ränkespiel: Die Städte Alsfeld, Büdingen, Lauterbach, Laubach & Schlitz buhlen um Ihre Gunst!

- ◆ Stadtführerinnen und -führer der Region Vogelsberg

11.00 Vulkan im Aufbruch – Die Region Vogelsberg auf dem Weg zur aktiven Urlaubsregion

- ◆ Wilhelm Dietzel, Hessischer Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz
- ◆ Rudolf Marx, Landrat des Vogelsbergkreises

- ◆ Rolf Gnadt, Landrat des Wetteraukreises
- ◆ Uta Nebe, Region Vogelsberg Touristik GmbH

11.20 Mit heißen Rädern unterwegs – Radregion Vogelsberg

- ◆ Vulkanradweg - Familiäres Radvergnügen: Berliner Erfahrungen
- ◆ Go to Speed - Skatertreff

- Jochen Leeder, Schotten
- ◆ Down Hill - Mountainbiking - Bürgermeisterin Elfriede Pfannkuche, Hirzenhain

- ◆ Für die langen Distanzen - Tourenradfahrer im Vogelsberg
- Radsportler Carsten Hardt, Freiensteinau

- ◆ Hessische Apfelwein- und Obstwiesenroute – Tour de Genuss
- ◆ Dr. Johannes Fertig, Vorsitzender Hessische Apfelwein- und Obstwiesenroute Wetterau e.V., Friedberg

11.45 Von Hafermotoren, Dieselmotoren und PS-Giganten - Landurlaub in Hessen

- ◆ Gerlinde Minkel, Bauernhof und Landurlaub in Hessen e.V.

- ◆ Jürgen Günst, Märchenbauernhof, Naumburg
- ◆ Dieter Boß, Bauernhof mit Reitmöglichkeit, Schwalmatal-Storndorf

12.15 Landschaften zu Pferd entdecken

- ◆ Reiterland Hessen – Gerlinde Minkel, Bauernhof und Landurlaub in Hessen e.V.
- ◆ Reitstationen Vogelsberg e.V.

- Hubert Straub, Herbstein
- ◆ Isy-Rider – glücklich mit einem PS – Achim Rodinger, Grünberg

12.35 Bier ist auch zum Kochen da – Kulinarisches aus dem Vogelsberg

- ◆ Hans Schmidt, Jägerhof, Lauterbach-Maar
- ◆ Eva, Lauterbacher Bierkönigin

13.00 Treffpunkt Land-Schau mit

- ◆ Wilhelm Dietzel, Hessischer Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz
- ◆ Klaus Buß, Innenminister des Landes Schleswig-Holstein

LÄNDERTAG SCHLESWIG-HOLSTEIN**14.00 BIS 17.00 UHR****14.30 Eröffnung des Ländertages**

- ◆ Klaus Buß, Innenminister des Landes Schleswig-Holstein
- ◆ Richard Henneberg, Kreispräsident des Kreises Ostholstein

- ◆ Reinhard Sager, Landrat des Kreises Ostholstein

14.45 Ostsee – Holsteinische Schweiz grenzenlos Balticsailing: Segeln überwindet Grenzen und Horizonte

- ◆ Jens Meyer, Regionalmanager „Maritime Wirtschaft“, Ostholstein
- ◆ Marty Wouters, Koordinator „Smalandshavet“, Dänemark

- ◆ Kinderland Ostsee: deutsch-dänisches Projekt – Urlaub für Familien und Kinder
- ◆ Achim Nitz, Tourismusdirektor Ostseeheilbad Scharbeutz

- ◆ Bernhild Stegemann, Marketingleiterin Ostseeheilbad Scharbeutz

16.00 LEADER+ Grenzen überwinden!**Eine Region wächst zusammen**

- ◆ Gerd Schumacher, Vorsitzender LAG Schwentine-Holsteinische Schweiz
- ◆ Günter Möller, Leiter Geschäftsstelle LEADER+, Kreis Ostholstein

- ◆ Horst Weppler, LAG Schwentine-Holsteinische Schweiz

MONTAG, 24.01.2005

- 11.00 Bundesinitiative „Wir...hier und jetzt“ – Jugendliche eröffnen ein Tonstudio**
Hip Hop und Freestyle
auf der Grünen Woche!
◆ Sandra Brenner, Projektkoordinatorin
◆ Jugendliche aus Forst, Landkreis Spree-Neiße, Brandenburg
- 12.00 Treffpunkt Land-Schau mit**
◆ Roland Koch, Ministerpräsident des Landes Hessen

LÄNDERTAG BRANDENBURG

13.00 BIS 17.00 UHR

- 13.20 Eröffnung des Ländertages – Naturparks, ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**
◆ Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg
◆ Dr. Dietmar Woidke, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, Brandenburg
◆ Klaus Richter, Landrat des Landkreises Elbe-Elster
◆ Lars Thielemann, Stellvertretender Leiter, Naturpark Niederlausitzer Heidelandschaft

- 14.15 Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes in von bergbaulicher Nutzung beeinflussten Regionen**
◆ Dr. Dietmar Woidke, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, Brandenburg
◆ Prof. Dr. Matthias Freude, Präsident, Landesumweltamt
◆ Klaus Richter, Landrat des Landkreises Elbe-Elster
◆ Hubertus Brückner, Geschäftsführer, Gewässerunterhaltungsverband „Kleine Elster-Pulsnitz“

- 15.00 Vermarktung regionaler Lebensmittel – Aktion Warenkorb 21**
◆ Dr. Dietmar Woidke, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, Brandenburg
◆ Klaus Richter, Landrat des Landkreises Elbe-Elster
◆ Prof. Dr. Frank Berg, Projektkoordinator des EU-Projektes AREE

DIENSTAG, 25.01.2005

- 10.30 LEADER+ Einladung zum Mitmachen!**
LEADER+ Aktionsgruppen aus Deutschland und Schweden stellen sich vor
- 12.00 Treffpunkt Land-Schau mit**
◆ Edda Müller, Vorsitzende Verbraucherzentrale Bundesverband

LÄNDERTAG NIEDERSACHSEN

13.00 BIS 17.00 UHR

Kulturschatz Artland im Osnabrücker Land – Bewahrung durch Entwicklung

Aufbau eines artlandtypischen Fachwerkhauses im Verlauf des Nachmittags

- 13.15 Eröffnung des Ländertages**
◆ Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Niedersachsen
- 13.45 Das Kulturerbe Artland erhalten – Gemeinsame Strategien für Gegenwart und Zukunft**
◆ Dr. Joseph Rottmann, Kreisrat des Landkreises Osnabrück
◆ Reinhard Scholz, Bürgermeister der Samtgemeinde Artland
◆ Prof. Hermann van den Weghe, Arbeitskreis „Zukunft StArtland“

- ◆ Hermann Specht, Bürgermeister der Gemeinde Gehrde (SG Bersenbrück)
◆ Hans-Günter Altenbernd, Amt für Landentwicklung, Osnabrück
- 14.30 Landwirtschaft im Wandel – Herausforderung und neue Wege**
◆ Hermann Otto-Lübker, Hof Otto-Lübker, Ahrenhorster Edelfisch-Wallerzucht
◆ Albrecht Bußmeyer, Hof Elting-Bußmeyer, Hofladen, Backhauscafé, Eltings Diele
◆ Prof. Hermann van den Weghe, Pferdemuseum Badbergen
- 15.05 Nachhaltig-wirtschaftliche Umnutzungen in landwirtschaftlichen Hofgebäuden – Perspektiven für Einheimische, Heimkehrer und Zugezogene**
◆ Wolfgang Nietfeld, Kleintierkrematorium „Im Rosengarten“
◆ Bernd Bührmann, Bildhauer
◆ Bernd Groneick, Ferienwohnungen und Bogenschießen
◆ Klemens Schröder, Bioland-Bäckerei Wieruper Hof
- 15.45 Kultur & Kunst, Sport & Tourismus im Artland im Osnabrücker Land**
◆ Günter Droste, Geschäftsführer des Tourismusverbandes Osnabrücker Land

- ◆ Wolfgang Nietfeld, Artland Musik Sommerfestival
- ◆ Fa. Pfautech, besonderer Fahrrad-tourismus
- ◆ Bürgermeister Dirk Kopmeyer, Künstlerdorf Menslage
- ◆ Gaby Bührmann, Künstlerin, Atelier auf landwirtschaftlicher Hofstelle
- ◆ Artland Dragons/Cheerleader (1. Basketball Bundesliga im Artland)

- 16.25 Ergebnisse und Erfolge der Regionalentwicklung im Artland**
- ◆ Dr. Florian Birk, Wirtschaftsagentur Artland GmbH
 - ◆ Michael Schmidt, Planungsgemeinschaft KONTEXT!, Celle, Dorferneuerungsplaner im Artland
 - ◆ Uwe-Heinz Bendig, Koordinator Dorferneuerung, Amt für Landentwicklung, Osnabrück
 - ◆ Klaus-Dieter Karweik, Koordinator Dorferneuerung, Amt für Landentwicklung, Verden

MITTWOCH, 26.01.2005

- 11.00 Achtung Wild! Wildtierhaltung als Einkommensquelle für Landwirte**
- 13.00 Alte Mauern – neues Leben Kleingewerbliche Nutzung landwirtschaftlicher Gebäude**
- ◆ Gerd Grahlmann, Landwirtschaftskammer Münster
 - ◆ Wolfgang Nietfeld, Landwirt, Betreiber eines Kleintierkrematoriums
 - ◆ Andreas Wesseloh, Käseschmiede Lünzen
- 14.00 Schmuggler unterwegs in der Grafschaft Bentheim – der Grafschafter Landservice deckt auf...**
- ◆ Henny Johannink, Gästeführerin
 - ◆ Elisabeth Werning, Gästeführerin

- 14.45 Landfrauen mischen sich ein!**
- Hauswirtschaft als Unterrichtsfach in allgemeinbildenden Schulen
 - IT-Landfrauen – Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten und Dienstleistungen
 - ◆ Frieda Hensmann, Vizepräsidentin, Deutscher LandFrauenverband e.V.
 - ◆ Heike Troue, Geschäftsführerin, Deutscher LandFrauenverband e.V.
- 15.30 Gülle und Gras statt Öl und Gas**
- Landwirte als Energieerzeuger

DONNERSTAG, 27.01.2005

- 11.00 Gemeinsam zu guter Nachbarschaft – deutsch-polnische Zusammenarbeit nach dem EU-Beitritt**
- 12.00 Treffpunkt Land-Schau mit**
- ◆ Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (angefragt)
- 13.15 Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft**
- ◆ Theo Augustin, Referat Nachhaltige Landentwicklung, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
 - ◆ Walter Kress, Regionalmanager Hohenlohe aktiv und praktischer Landwirt
 - ◆ Herr Ellenberg, Züchter alter Kartoffelsorten, Barum
 - ◆ Constance Lindheimer, Verein „Natürlich Mecklenburgische Seenplatte“
 - ◆ Gerhard Kloth, Eiskonditor
 - ◆ Sibylle Paetow, Regionalmanagement Regionen Aktiv Altmark
 - ◆ Klaus Karweik, Amt für Agrarstruktur, Verden

- 15.00 Papier frisch aus der Ostsee – sinnvolle Verwertung von Algen und Seegras**
- ◆ Bernd Anders, Amt Klützer Winkel, Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzender des Vereins „Europäische Zukunftsregion Klützer Winkel e.V.“
- 15.45 Das Gute liegt so nah! – Bundesinitiative „Tag der Regionen“ wirbt für heimische Produkte**
- ◆ Hartwig Dannemann, Stadt Oldenburg, Länderkoordinator „Tag der Regionen“ für Niedersachsen
 - ◆ Jürgen Seevers, Büro Stadt-Land, Appeln
 - ◆ Eberhard Hasper, Schaukäserei Morsum
 - ◆ Birgit Rudolph und Antje Kienow, Familienhotel „Brandtsheide“, Jeserig, Fläming
 - ◆ Landgut Lübnitz, Selbstversorgergemeinschaft „Almende“ (angefragt) mit Verkostung und Diashow
- 16.45 „Edle Tropfen“**
- ◆ Winzer Johannes Schneider stellt seine Weine aus ökologischem Anbau vor

Freitag, 28.01.2005

LÄNDERTAG BERLIN

11.00 BIS 13.00 UHR

Landwirtschaft in einer Weltmetropole

11.05 Bürgermeister im Gespräch über ihre Landwirte:

- ◆ Marlies Wanjura, Bezirksbürgermeisterin Reinickendorf
- ◆ Heinz Buschkowski, Bezirksbürgermeister Neukölln

11.30 Mittelalterliche Modenschau

- ◆ Museumsdorf Düppel

11.50 Verbandsarbeit für den Grünen Bereich

- ◆ Ute Kühne-Sironski, Vorsitzende der Berliner Landfrauen
- ◆ Axel Gericke, Vorsitzender des Landesverband Gartenbau und Landwirtschaft

12.10 Gesunde Ernährung „was denn sonst“

- ◆ Domäne Dahlem und der Ernährungsführerschein für Kinder

12.20 Die Reiter fühlen sich wohl bei den Berliner Landwirten

- ◆ Theodor Tiggemann, Richter und LK-Beauftragter
- ◆ Voltigieren, Reiternachwuchs am Holzpferd

12.45 Einkaufen auf dem Lande

- Hofläden, Direktvermarktung und Probleme der Landwirtschaft
- ◆ Walter Bathe, Gemüsebau
 - ◆ Georg Mandler, Milchhof

- ◆ Werner Mette, Landwirt

13.00 Treffpunkt Land-Schau mit

- ◆ Gerd Sonnleitner, Präsident, Deutscher Bauernverband e.V. (angefragt)

14.00 Vom Tagebau zum Wasserparadies – Nutzung von Bergbaufolgelandschaften für Tourismus und Naturschutz

- ◆ Thomas Worms, Internationale Bauausstellung (iba) Fürst-Pückler-Land, Großräschen
- ◆ Hans Börjes, Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin (angefragt)
- ◆ Walter Stelte, Vorstand Heinz Sielmann Stiftung, Duderstadt (angefragt)

FERIEN AUF DEM LANDE – URLAUB AUF DEM BAUERNHOF

Die Bundesländer stellen ihre Urlaubsregionen vor: 15.00 bis 17.00 Uhr

15.00 Urlaubsregion SCHLESWIG-HOLSTEIN

16.00 Urlaubsregion FREISTAAT BAYERN

LANGER FREITAG AUF DER LANDSCHAU 17.00 BIS 21.00 UHR

Buntes Abendprogramm mit Musik und vielen Überraschungen

Samstag, 29.01.2005

10.00 Dorfwettbewerb: Unser Dorf soll schöner werden, unser Dorf hat Zukunft

- ◆ Theo Augustin, Referat Nachhaltige Landentwicklung, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
- ◆ Dr. Reinhard Kubat, Mitglied der Jury
- ◆ Knut Kreuch, Bürgermeister Gemeinde Günthersleben-Wechmar, Thüringen
- ◆ Stefan Ühlin, Ortsvorsteher Gersbach, Baden-Württemberg

FERIEN AUF DEM LANDE – URLAUB AUF DEM BAUERNHOF

Die Bundesländer stellen ihre Urlaubsregionen vor: 15.00 bis 17.00 Uhr

11.00 Urlaubsregion NIEDERSACHSEN

13.00 Urlaubsregion FREISTAAT THÜRINGEN

14.00 Urlaubsregion NORDRHEIN-WESTFALEN

15.00 Urlaubsregion BADEN-WÜRTTEMBERG

16.00 Urlaubsregion SACHSEN-ANHALT

Sonntag, 30.01.2005

12.00 Treffpunkt Landschaft mit

- ◆ Karel Hejjs, Direktor Kompetenz Center Life Sciences, Messe Berlin

13.15 Alte Gärten und Parks neu entdeckt – „Gartenrouten“ weisen den Weg

- ◆ Oliver Hoch, Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur e.V.
- ◆ Uwe Schulz-Ebschbach, Landschaftspark Iserhatsche, Bispingen
- ◆ Prof. Bernhard von Barsewisch, Parkbesitzer

14.15 Von Redariern und Tollensern – Sagenhaftes aus dem Slawendorf Passentin

- ◆ Mario Melz, Hauptkoordinator Slawendorf Passentin

15.15 Das Beste zum Schluss: Prickelndes Finale mit Musik

- ◆ Axel Seck, Weingut Seck, Hof Rebenglut, Dolgesheim
- ◆ Berittener Fanfarenzug Freckenhorst

Ländlicher Raum

Jahresinhaltsverzeichnis 2004

Seite/Heft

ASG

- 2/1 Land-Schau 2004
- 2/1 • Prominente, Projekte und Probierhappen
- 9/1 • Lebensmittelsicherheit ist nicht verhandelbar
- 10/1 • Archäologisches Jugendprojekt: Leben im Steinzeitdorf
- 12/1 • „agropark“ – neue Perspektiven einer humanen Landwirtschaft
- 14/1 Programm Frühjahrstagung
- 16/1 Zur Tagungsregion: Chemnitz und Umgebung
- 2/2 Programm ASG-Frühjahrstagung vom 12. bis 15.5.2004
- 5/2 Begrüßungsvortrag Sächsischer Staatsminister Steffen Flath
- 5/2 Festvortrag Bischof Dr. Wolfgang Huber
- 6/2 Regierungsbezirk Chemnitz: Industriell geprägte Region im Südwesten Sachsens
- 10/2 Das agrarsoziale Sicherungssystem: Situation – Akzeptanz – Handlungsbedarf
- 2/3 ASG-Frühjahrstagung 2004 in Chemnitz
- 15/3 Einladung zur Frühjahrstagung 2005 nach Ludwigsburg
- 16/3 Polnische Expert/-innen in Niedersachsen: Informationen zur Gemeinsamen Agrarpolitik und zum ländlichen Raum in der Wesermarsch
- 21/3 ASG veranstaltet deutsch-polnische Fachtagung in Polen „Das europäische Agrarmodell und Handelsliberalisierung: Stand und Perspektiven für Landwirtschaft und ländliche Räume“
- 1/4 ASG-Herbsttagung 18. und 19. November 2004
- 3/4 Exkursionen der ASG-Frühjahrstagung in Chemnitz
- 1/5 Herbsttagung: Programmankündigung
- 2/5 Internationale Grüne Woche Berlin: LandLust pur in Halle 21b
- 4/5 Festvortrag Herbsttagung: Betrachtungen zur vereinten deutschen Gesellschaft aus psychologischer Sicht
- 5/5 Deutsch-polnischer Expertenaustausch in Kalisz (Polen) über die Zukunft der polnischen Agrarwirtschaft
- 2/6 ASG-Herbsttagung 2004: Standortbestimmung nach der EU-Agrarreform
- 18/6 Neues aus Vorstand und Kuratorium
- 20/6 Internationale Grüne Woche Berlin: Land-Schau-Programm 2005

Agrarpolitik

- 18/1 Interview mit Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin
- 20/1 Uns wird geschrieben: Zur Agrarstrukturpolitik Polens
- 21/1 Neues von der agrarpolitischen Bühne der letzten Wochen
- 23/1 Ernährungs- und Agrarbericht 2004 der Bundesregierung
- 16/2 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Große und kleine Überraschungen aus Berlin
- 22/3 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Politik verträgt sich, Politik schlägt sich
- 15/4 Neues von der agrarpolitischen Bühne: (Agrar-)Sommer – fast alles Friede, Freude, Eierkuchen?
- 8/5 Folgenabschätzung der Reform der EU-Agrarpolitik
- 13/5 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Kurzes Hühnerg Glück
- 25/6 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Agrarier aller Parteien – vereinigt Euch!
- 27/6 ELER – der neue Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

Ernährung

- 38/1 2004 – Jahr der gesunden Ernährung
- 39/1 FAO-Weltbericht zu Hunger und Unterernährung 2003
- 28/2 Kampagne von „Brot für die Welt“: Positive Zwischenbilanz im Projekt Mahlzeit
- 37/4 Speiseöl aus Raps – eine gesunde Alternative
- 41/6 Ernährung als Menschenrecht – Leitlinien von FAO verabschiedet
- 43/6 Internationales Reis-Jahr 2004

EU-Osterweiterung

- 17/4 Der Türkei eine Perspektive

Regionalentwicklung

- 43/5 EU-Forschungsprojekt: Regionale Partnerschaften
- 47/5 Jugendliche in der nachhaltigen Regionalentwicklung

Ländlicher Raum

- 40/1 ASG-Veranstaltung zur demografischen Entwicklung im Freistaat Sachsen
- 42/1 Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003
- 43/1 Reform der GAK beschlossen
- 44/1 Nationalpark Eifel: ein Projekt für Natur und Region
- 46/1 Naturparke als regionale „Entwicklungs-Motoren“
- 47/1 Alentejo – vergessenes Erbe Portugals?
- 50/1 Seegrass-Verwertung in Mecklenburg-Vorpommern
- 29/2 Strategische Umweltprüfung in Deutschland – Umsetzungsstand und Perspektiven für die Planungspraxis
- 33/2 Umnutzungspotenziale landwirtschaftlicher Bausubstanz als Faktoren der Entwicklung ländlicher Räume
- 41/2 Umbruch oder Veränderung der Gesellschaft auf dem Lande
- 43/2 Tag der Regionen – regionale Wurzeln in einer globalisierten Welt
- 46/2 Dokumentation der bäuerlichen Kultur durch Freilichtmuseen
- 49/2 Umweltschutz und Selbsthilfe für Gerbereiarbeiter und -arbeiterinnen in Indien
- 40/3 Leserbrief zum Artikel „Umnutzungspotenziale landwirtschaftlicher Bausubstanz als Faktoren der Entwicklung ländlicher Räume“
- 41/3 Kampagne der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) „neu-Land.de – hier wird gebaut“
- 43/3 NaturKunstRaum Neubürg: Kräfte sammeln und verweilen
- 46/3 Wissenschaftliche Sammlung und Forschungsstelle UNESCO-Biosphärenreservat Rhön
- 40/4 MELANIE: Neue Wege der Dorfentwicklung im Saarland
- 44/4 Systemische Kommunikation in regionalen Entwicklungsprozessen
- 38/5 Tierpatenschaften zum Erhalt des Roten Höhenviehs
- 39/5 Allgäuer Bergbauernmuseum Immenstadt-Diepolz
- 41/5 Weiden – Grundlage für die Korbflechterei
- 36/6 EUREGIA 2004
- 38/6 Europäischer Dorferneuerungspreis – Sieger 2004: Ummendorf

Landwirtschaft

- 24/1 Landwirtschaftliche Arbeitsmärkte im Umbruch
- 29/1 „Förderpreis ökologischer Landbau“ vergeben

- 32/1 TAGWERK e.V.: Ökologischer Landbau und Naturschutz – Symbiose oder Divergenz
- 36/1 Gefährdete Nutztier rasse des Jahres 2004: Das Leutstettener Pferd und die Dunkle Biene
- 18/2 Lebens- und Arbeitssituation von Bäuerinnen mit und ohne Einkommenskombination
- 22/2 Tag des offenen Hofes 2004
- 23/2 Naturschutzberatung von und für die Landwirtschaft
- 27/2 Landwirtschaftliche Familienberatungen und Sorgentelefone: Internationale Homepage
- 24/3 Die Situation der Frauen in der Landwirtschaft in Ost- und Westdeutschland zwischen 1945 und 1989
- 32/3 Regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- 36/3 Projekt zur wildtiergerechten Gestaltung von Flächenstilllegungen: Lebensraum Brache
- 38/3 Bäuerliche Betriebe in Polen profitieren von EU-Beitritt
- 38/3 Niedersachsen Netzwerk Nachwachsende Rohstoffe gegründet
- 38/3 Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften melden Rückgang der Arbeitsunfälle
- 18/4 Landwirtschaftliche Familienberatungen und Sorgentelefone
- 19/4 Kirchlicher Dienst für Landwirtschaft und ländlichen Raum
- 21/4 Das Bild der Landwirtschaft in Werbeanzeigen der Fachpresse
- 22/4 Bauernstolz – gibt es das noch?
- 25/4 Menschen mit Behinderung in der Landwirtschaft
- 31/4 Tagung: Arbeit mit behinderten Menschen
- 32/4 Grüne Gentechnik
- 36/4 Noch Ausbildungsplätze in grünen Berufen frei
- 15/5 Sorgentelefone und Familienberatungen weiterhin wichtig
- 16/5 Dorfhelferinnen von allen Krankenkassen finanziert
- 16/5 Kooperation in der Landwirtschaft
- 17/5 Milch für Fußballfans nur außerhalb der Stadien
- 18/5 Zum Umgang mit einem Suizidhinweis
- 20/5 Hofnachfolge und Existenzgründung in der Landwirtschaft
- 23/5 Förderung von Frauen im ländlichen Raum
- 25/5 Arbeitspferde in der Landwirtschaft heute
- 29/5 Alte Kulturpflanze: Linsenanbau in Deutschland
- 30/5 Tellus – Wissenswertes über die europäische Landwirtschaft
- 31/5 Berufskrankheiten und Rentenfälle nehmen ab
- 32/5 Erste Erfolge der Agrarreform Kubas
- 29/6 Hof Oegens: Porträt einer nicht ganz typischen Werkstatt für behinderte Menschen
- 33/6 Kinder sicher und gesund auf dem Bauernhof

Nachhaltigkeit

- 48/4 Auswirkungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Wald

- 34/6 Forstwirtschaft Osteuropa

Personalien

- 53/1 Prof. Dr. Eckhart Neander 70 Jahre
- 54/1 StS. a. D. Hermann Kroll-Schlüter 65 Jahre
- 54/1 Karl-Ingo Bruns im Ruhestand
- 54/1 Dr. Reinhard Grandke neuer DLG-Hauptgeschäftsführer
- 53/2 Dr. Schuler 75 Jahre
- 54/2 Eda Jahns 65 Jahre

- 54/2 Jochen Dettmer neuer Bundesgeschäftsführer des NEULAND-Vereins
- 47/3 StS. a. D. Dr. Aloys Altmann neuer Präsident des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
- 47/3 Dr. Clemens Dirscherl neuer EKD-Beauftragter für agrarsoziale Fragen
- 47/3 Neuer Bundesvorstand der Landjugend
- 53/4 Ulrike Schellberg gestorben
- 53/4 Friedlinde Gurr-Hirsch neue Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, Baden-Württemberg
- 53/4 Volker Sklenar weiterhin Minister, Christian Juckenack neuer Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Thüringen
- 54/4 Adelheid Lindemann-Meyer zu Rahden 80 Jahre
- 53/5 Reinhold Hemker 60 Jahre
- 54/5 Dr. Dietmar Woidke neuer Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz in Brandenburg, Dietmar Schulze weiterhin Staatssekretär
- 54/5 Hannelore Wörz tritt Nachfolge von Gudrun Laible als neue Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden an
- 54/5 Heinz Frehsee gestorben
- 45/6 Mariann Fischer Boel neue EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- 46/6 Stanislaw Tillich neuer Staatssekretär für Umwelt und Landwirtschaft in Sachsen

Für Sie gelesen

- 55/1 Landwirtschaft 2004 – Kritischer Agrarbericht
- 55/1 Landjugend
- 56/1 Urlaub auf dem Bauernhof 2004
- 56/1 Sächsisches Land-Farbenbuch
- 54/2 Die Eingriffsregelung aus landwirtschaftlicher Sicht
- 55/2 Laubgeschichten – Gebrauchswissen einer alten Baumwirtschaft, Speise- und Futterlaubkultur
- 56/2 Landschaftsästhetik
- 56/2 FARBFELDER – Augen-Sinnes-Bienen-Weiden auf Ackerbrachen
- 48/3 Ökostrom – von der Nische zum Massenmarkt
- 48/3 Berichte des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)
- 54/4 Herausforderungen für die Agrarfinanzierung im Strukturwandel – Ansätze für Landwirte, Banken, Berater und Politik
- 55/4 Von der Idee zum Markt – Marketing für den Landtourismus
- 56/4 Nebenerwerbslandwirtschaft
- 56/4 Agrar-Umweltpolitik im Transformationsprozess, das Beispiel Polen
- 54/5 Immer regnet es zur falschen Zeit
- 55/5 Vom ungebremsten Flächenverbrauch zur nachhaltigen Landnutzung im ländlichen Raum
- 56/5 Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land – Festschrift zum 60. Geburtstag von Holger Magel
- 56/5 Handbuch Nachhaltige Regionale Entwicklung – Kooperations- und Vernetzungsprozesse in Region, Landkreis, Stadt und Gemeinde
- 46/6 Medienpaket Direktvermarktung
- 47/6 „...es soll nicht aufhören Saat und Ernte“ (Gen 8,22)
- 48/6 Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung
- 48/6 Die erstaunlichen Abenteuer der Kuh Frieda

Impressum

Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
 Kurze Geismarstr. 33, 37073 Göttingen, Fon (0551) 4 97 09 - 0, Fax (0551) 4 97 09 - 16,
 assgoe@gwdg.de, www.asg-goe.de

Agrarpolitik

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Agrarier aller Parteien – vereinigt Euch!

beleuchtet von Rainer Münch

Nachdem an dieser Stelle bereits des öfteren die Rede war von agrarpolitischen Streitigkeiten – zumeist zwischen den politischen Lagern, ganz selten auch innerhalb – soll anlässlich der besinnlich, friedvollen Vorweihnachtszeit nunmehr der Blick etwas stärker auf das Gemeinsame gerichtet werden.

Gemeinschaftsaufgabe gesichert

Als Beispiel für einen Erfolg, der mit vereinten agrarischen Kräften erreicht wurde, eignet sich vor allem die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK). Während noch vor wenigen Monaten 15 von 16 Ministerpräsidenten im Rahmen der angestrebten „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ das wichtigste Instrument der nationalen Agrarförderung „schlachten“ und die Einzelteile irgendwie selbst verwerten wollten, zeichnet sich inzwischen ab, dass die GAK anders als etwa die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, zwar „in Struktur und Verfahren“ überarbeitet, jedoch nicht mehr in Frage gestellt werden soll. Zu diesem Meinungsumschwung haben viele beigetragen. Zuerst war es ohne Zweifel Bundeslandwirtschaftsministerin Renate KÜNAST, die öffentlich in bekannter, entschiedener Manier und deutlichen Worten für ein Fortbestehen der GAK eintrat. Ähnlich eindeutige Stimmen waren auch von Agrarpolitikern aus anderen Parteien zu hören. Die Landwirtschaftsminister der Länder fassten einen ent-

sprechenden Beschluss. Der Deutsche Bauernverband warnte wiederholt davor, die GAK zu opfern und erhebliche Fördermittel für die ländlichen Räume im Allgemeinen und die Landwirtschaft im Besonderen aufs Spiel zu setzen. Da der Erfolg anders als die Niederlage bekanntlich viele Väter/Mütter hat, ist es müßig zu hinterfragen, wer wann welchen Beitrag geleistet hat. Aus agrarischer Sicht bleibt festzuhalten: Die Gemeinschaftsaufgabe bleibt und das ist gut so.

Zweite Säule: Finanzierung umstritten

Welchen Stellenwert die GAK in Zukunft haben wird, hängt entscheidend davon ab, über welche Mittel Bund und Länder verfügen werden. Dafür wiederum ist von Bedeutung, wie stark die so genannte „Zweite Säule“ der gemeinsamen Agrarpolitik demnächst sein wird, schließlich geht es nicht zuletzt darum, Gelder aus Brüssel zu kofinanzieren und damit einen größtmöglichen Fördererfolg zu erzielen. Vor diesem Hintergrund bereitet die von sechs Nettozahlern der EU vorgetragene Forderung, den Anteil des EU-Haushalts auf 1 % des Bruttonationaleinkommens zu begrenzen, für sich genommen schon einigen Anlass zur Sorge um die ländliche Entwicklung, für die bisher anders als bei den marktbezogenen Zahlungen keinerlei Festlegungen für die Zeit bis 2013 getroffen wurden. Diese Sorge verstärkt sich, wenn das Bundesfinanzministerium die zweite Säule insgesamt als „konturenlos“ be-

zeichnet, wie dies der zuständige Referatsleiter im Bundesfinanzministerium, Andreas HERMES, auf der ASG-Herbsttagung getan hat. Nicht ohne Grund befürchten einige bereits, die ländliche Entwicklung werde am langen Arm der Finanzminister verhungern – wenn sich die Nettozahler mit Deutschland an der Spitze in Brüssel durchsetzen. Immerhin geht es um insgesamt 30 Mrd. Euro, die zwischen deren Vorschlag und den Vorstellungen der EU-Kommission für die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 liegen. Dass auch in dieser Frage die Agrarier über die Fraktionsgrenzen hinweg näher beieinander sind als etwa Agrar- und Finanzpolitiker gleicher Couleur, ist zu vermuten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Matthias BERNINGER, beispielweise hält einen Kompromiss im Finanzstreit für möglich – und der müsse nicht bei 1 % liegen. Klar ist jedenfalls, dass die Einsicht in die Bedeutung der zweiten Säule für die Landwirtschaft mittlerweile zum Allgemeingut in der Branche geworden ist. Wurde vor noch nicht allzu langer Zeit die Gefahr beschworen, mit der ländlichen Entwicklung „Bauerngelder“ für Dorfläden zu missbrauchen, scheint sich jetzt allenthalben die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass es um die Zukunftsaussichten landwirtschaftlicher Betriebe ohne vitale ländliche Räume aller Voraussicht nach nicht zum Besten bestellt ist. Dies gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass Agrarökonomien wie der Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung (OECD), Prof. Stefan TANGERMANN, bereits prognostizieren, dass die ländliche Entwicklung auf lange Sicht vielleicht doch das entscheidende und womöglich alleinige Förderinstrument für die Landwirtschaft sein werde, weil nur dann das Prinzip von Leistung und Gegenleistung gewährleistet sei. Professorentheorie? Nicht unbedingt. Immerhin hatte sich Tangermann in seiner frühen Göttinger Hochschulzeit bereits Anfang der siebziger Jahre für eine Umstellung des damaligen Preisstützungssystems auf Direktzahlungen ausgesprochen ...

Mulchen und Flächenprämien

In das Bild vorweihnachtlicher Agrarharmonie passt auch die Ankündigung von Staatssekretär Berninger, die Bundesregierung werde anders als zunächst angekündigt die vom Bundesrat entschärfte Cross-Compliance-Verordnung nicht gleich wieder versuchen zu ändern – trotz erheblicher Bedenken, wie Berninger versicherte. Bekanntlich hatte die Länderkammer überraschend – manche meinen, ohne dies im Einzelnen zu überblicken – beschlossen, dass nicht bewirtschaftete Flächen lediglich gemulcht werden müssen, um prämienberechtigt zu sein, dabei jedoch vergessen festzulegen, in welchem Turnus das zu erfolgen hat. Berninger warnt nach wie vor vor den langfristig verheerenden Folgen einer Debatte um „Sofa-Mulcher“, die das Agrarressort jedoch vor einigen Wochen selbst vom Zaune gebrochen hatte. Dennoch, so versichert der Staatssekretär, werde die Bundesregierung im Interesse der Landwirte und der notwendigen Rechtssicherheit bei Cross-Compliance von sich aus nicht mehr aktiv werden – es sei denn, man würde seitens der EU-Kommission dazu aufgefordert ...

Legehennenverordnung vor neuer Verhandlungsrunde

Kaum ausreichen dürfte zudem die Zeit, um doch noch einen „Hühnerfrieden“ zu erreichen. Die überwiegende Mehrheit der Länder hat sich inzwischen wie angekündigt im Bundesrat darauf verständigt, die Legehennenverordnung erneut mit der Schweinehaltungsverordnung zu verknüpfen – zum großen Leidwesen von Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast. Sie muss die EU-Schweinehaltungsrichtlinie umsetzen, ansonsten drohen saftige Strafzahlungen der EU. Sie will allerdings das beschlossene Käfigverbot nicht aufweichen, ansonsten droht Unmut in der eigenen Gefolgschaft. Die Ministerin hat die Wahl zwischen – aus ihrer Sicht – Pest und Cholera, und das unmittelbar vor den wichtigen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Nicht leichter wird die Entscheidung dadurch, dass die deutschen Legehennenhalter zu weitreichenden Zugeständnissen bereit sind, wenn ein ausgestalteter Käfig mit 60 cm Höhe erlaubt wird. Sie stellen die Zusage in Aussicht, dass bis zum 31. Dezember 2008 mindestens 50 % der Legehennenplätze in Deutschland auf alternative Systeme umgerüstet sein müssen. Wird dies nicht erreicht, sollen Eierproduzenten mit mehr als 100 000 Hühnern rechtlich verpflichtet werden, mindestens 30 % und Halter mit mehr als 20 000 Hühnern mindestens 5 % ihrer Hühner in Boden- oder Freilandhaltung unterzubringen. Ob dieses Angebot eine Chance hat, hängt auch davon ab, welcher Kurs sich auf der Tierschutzseite durchsetzt: Pragmatiker wie der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Wolfgang APEL, der auf die mögliche Abwanderung deutscher Hennenhaltungsbetriebe infolge

einer zu strengen nationalen Gesetzgebung und die negativen Auswirkungen auf den Tierschutz hingewiesen hat oder eher weniger kompromissbereite Vertreter, denen selbst Grünen-Abgeordnete einen „gewissen Fundamentalismus“ bescheinigen. Die Befürchtung scheint also unbegründet, das neue Jahr könnte der völligen Harmoniesucht anheim fallen.

Auch im Verhältnis zwischen Verbänden und Bundesregierung könnte es demnächst weitere Überraschungen geben. Auffällig war, das mit der Umweltorganisation Greenpeace und der Verbrauchervereinigung Foodwatch zuletzt zwei Verbände das Agrarressort attackiert haben, denen zuvor mit einiger Berechtigung eine „gewisse Beißhemmung“ gegenüber der grünen Ministerin unterstellt werden konnte. Dies wäre an sich ein normaler Vorgang, wenn die Methoden nicht ein Licht auf die Arbeit von einigen Verbänden werfen würden. Greenpeace prangerte etwa eine vermeintlich gestiegene Rückstandsbelastung von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln an, obwohl diese Zunahme allein auf einer Anwendung des EU-Pflanzenschutzrechts beruht und Rückstandshöchstmengen für Stoffe festgelegt wurden, für die zuvor aufgrund nicht vorliegender Untersuchungsergebnisse pauschal ein Nullwert angesetzt worden war. Foodwatch nahm gar verschiedene Statistiken zur Hand, mischte sie und kam zu dem Ergebnis, dass hierzulande 120 000 t Tiermehl als Dünger eingesetzt worden sein könnten. Ernüchert stellte man bei der politischen Leitung des Agrarressort dazu fest, einige Verbände hätten um des eigenen wirtschaftlichen Wohlbefindens willen offenbar weniger Interesse an Fakten als an öffentlicher Wirkung – und die sei nun mal am größten, wenn eine Bundesministerin attackiert werde.

ELER – der neue Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

Im Juli 2004 legte die inzwischen abgelöste Europäische Kommission einen Verordnungsvorschlag zur zukünftigen Gestaltung ländlicher Strukturpolitik in der Förderperiode 2007-2013 vor. Wichtigste Änderung ist die Einrichtung eines einheitlichen Finanzierungsinstruments mit dem neuen Fonds ELER sowie eine einheitliche Programmplanung, die sich auf drei thematische Achsen erstreckt. Neue Prioritäten durch Überprüfung bisheriger Maßnahmen

Die Halbzeitbewertung der Agenda 2000 und eine von der Kommission vorgenommene Politikfolgenabschätzung wurden auf der Salzburger Konferenz zur ländlichen Entwicklung (2003) in mehreren Schlussfolgerungen zusammengefasst: Die Gemeinsame Agrarpolitik solle Landwirte/-innen weiterhin in der marktorientierten Produktion unterstützen und berücksichtigen, dass Verbraucher/-innen zunehmend qualitativ hochwertige und sichere Lebensmittel verlangten. Auch die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Landschaftspflege solle anerkannt werden. Bewohner/-innen ländlicher Räume, v. a. Frauen und Jugendliche, müssten dabei Zugang zu öffentlichen Diensten und Beschäftigungsmöglichkeiten haben. Zusätzlich sollten Diversifizierungsmaßnahmen unterstützt werden, die für eine nachhaltige ländliche Entwicklung als unumgänglich angesehen werden. Die Politik für den ländlichen Raum leiste einen wesentlichen Beitrag zum sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt der Union und müsse entsprechend für das gesamte EU-Territorium gelten. Es sei wichtig engagierte Akteure vor Ort einzubeziehen und die positiven Effekte aus Vernetzung und Austausch zu nutzen. Partnerschaften zwischen lokalen und regionalen Behörden sowie der lokalen Akteure seien zu stärken¹.

Dabei müsse die Durchführung der Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume einfacher und transparenter werden.

Die Kommission stellte fest, dass die Entwicklung des ländlichen Raums besser koordiniert werden müsse und vor allem verschiedene Anforderungen der Strukturfonds zu vermeiden seien. Am besten seien ländliche Gebiete über territoriale und sektorenübergreifende Konzepte unter Einbeziehung lokaler Akteure zu fördern. Programmziele müssten dabei genau definiert und überprüft sein, wobei die EU klare Bewertungsanforderungen für die einzelnen Mitgliedsstaaten vorzulegen habe. Vor allem gelte es, Vernetzung und Austausch zu fördern, damit die Mitgliedsstaaten in der Gestaltung ihrer nationalen Politik voneinander profitieren könnten. In diesem Zusammenhang wurde die Gemeinschaftsinitiative LEADER als besonders erfolgreiches Programm zur ländlichen Entwicklung gewürdigt.

Neue Entwicklungspolitik sieht Ausrichtung an thematischen Achsen vor

Im Juli 2004 legte die Europäische Kommission ihren Vorschlag über eine neue Verordnung zur Entwicklung ländlicher Räume vor. Diese soll sich entlang dreier the-

matischer Achsen sowie einer LEADER-Achse ausrichten:

- Achse 1: Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft

In dieser Achse sind drei Maßnahmenpakete vorgesehen. Zum einen sollen humane Ressourcen durch Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen sowie den Aufbau und die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten gefördert werden. Auch die Junglandwirteförderung und Vorruehstandsregelungen gehören zu dieser Rubrik. Das physische Kapital soll zum zweiten durch Investitionen in Land- und Forstwirtschaft sowie in Verarbeitung und Vermarktung gestärkt werden. Der Ausbau land- und forstwirtschaftlicher Infrastrukturen soll nicht zuletzt zur Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials beitragen. Im dritten Maßnahmenpaket geht es um die Qualität der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer Erzeugnisse, indem Betriebe über einen befristeten Zeitraum eine unterstützende Förderung bei der Anpassung an Normen sowie Anreize für die Teilnahme an Lebensmittelqualitätsregelungen erfahren können und Absatzförderungsmaßnahmen entsprechender Produkte vorgesehen sind. Zur Achse 1 gehören zusätzlich Übergangsmaßnahmen wie die Unterstützung der Gründung von Erzeugergemeinschaften oder von Semi-Subsistenzbetrieben.

² Konvergenz-Gebiete sind Mitgliedsstaaten und Regionen, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 75 % des EU-Durchschnitts beträgt.

- Achse 2: Landmanagement

Die Maßnahmen in Achse 2 dienen der nachhaltigen Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen (Maßnahmenpaket 1) bzw. forstwirtschaftlichen Flächen (Maßnahmenpaket 2). Benachteiligte Gebiete sowie landwirtschaftliche Flächen in Natura-2000-Gebieten zählen zu dem erstgenannten Maßnahmenpaket. Auch die mit der GAP-Reform 2003 obligatorisch gewordenen Agrarumwelt- und Tierschutzmaßnahmen gehören zu diesen Fördermaßnahmen. Darüber hinaus sollen Beihilfen für nicht produktive Investitionen gewährt werden. Im forstwirtschaftlichen Teil werden Aufforstungsmaßnahmen und Agroforest-Systeme ebenso gefördert wie Waldflächen in Natura-2000-Gebieten und Wald-Umweltmaßnahmen. Auch hier gibt es Beihilfen für nicht produktive Investitionen. Zusätzlich soll die Wiederherstellung des forstwirtschaftlichen Produktionspotenzials unterstützt werden.

- Achse 3: Lebensqualität und Diversifizierung

Zu dem Maßnahmenpaket Lebensqualität zählen die Förderung von Dienstleistungen für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung, darunter auch der Aufbau von Infrastrukturen, ferner die Dorferneuerung und -entwicklung, der Schutz und die Erhaltung des ländlichen Erbes sowie die Berufsbildung. Da zur Förderung nach Achse 3 nach Möglichkeit lokale Entwicklungsstrategien vorgelegt werden sollen, dient eine weitere Maßnahme zur entsprechenden Kompetenzentwicklung. Das Maßnahmenpaket Diversifizierung sieht die Förderung der Entwicklung nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeiten sowie die Entwicklung von Kleinstunternehmen und des Tourismuspotenzials vor. Das natürliche Erbe soll erhalten und bewirtschaftet werden.

- LEADER-Achse

Im Rahmen der drei thematischen Achsen sollen ausgewählte Gebiete nach LEADER gefördert werden. Die Auswahl ist dabei nicht mehr durch die Bevölkerungsdichte bestimmt, vielmehr sollen zusammenhängende Gebiete als LEADER-Regionen gewählt werden.

Programmgestaltung wird durch eigenen Fonds vereinfacht

Die Finanzierung der 2. Säule soll zukünftig aus einem Fonds gestaltet werden. Dabei sollen die Mittel aus dem ELER auf eine mehrjährige Programmplanung zugeschnitten sein, wobei die Finanzplanung auf Ebene der Achsen erfolgen soll. Die EU sieht dabei eine Mindestverteilung der Fördergelder vor, die national nach eigenen Schwerpunktstrategien ergänzt werden können. Achse 1 und 3 sind mit einem Mindestanteil von 15 %, Achse 2 mit mindestens 25 % zu fördern. Die Ausgaben für LEADER sollen mindestens 7 % betragen. Der EU-Kofinanzierungsanteil beträgt jeweils höchstens 50 % (Achse 1 und 3) bzw. 55 % (Achse 2 und LEADER). Für Konvergenz-Gebiete gibt es höhere Kofinanzierungsanteile².

Durch die Neuverteilung der Agrarfördermittel sollen für ELER im Programmplanungszeitraum 2007-2013 insgesamt 96 Mrd. € zur Verfügung stehen, die sich aus entsprechenden Mittelzuweisungen des bisherigen Fonds EAGFL und der Modulation ergeben. 3 % dieser Mittel (ohne Modulationsmittel) sollen in eine Reserve eingestellt werden und den Mitgliedsstaaten zugute kommen, welche die besten Ergebnisse in der Achse LEADER vorweisen können. Der Finanzrahmen kann jedoch letztendlich erst mit der finanziellen Vorausschau des Jahres 2005 bestimmt werden und mit hoher Wahrscheinlichkeit enger ausfallen.

Evaluation und Transparenz sollen zur erfolgreichen Entwicklung beitragen

Die Europäische Kommission verpflichtet sich mit dem Verordnungsvorschlag, eine Strategie für eine effiziente ländliche Entwicklung vorzulegen, mit der Stärken und Schwächen sowie wesentliche Indikatoren zur Messung von Fortschritten benannt werden sollen. Die Definition dieser Indikatoren ist zzt. Inhalt eines Forschungsauftrags der Europäischen Kommission. Die Strategie soll besser auf die prioritären Politikbereiche der EU wie GAP, Kohäsionspolitik und Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Jährlich möchte die Kommission einen Bericht erstellen um die Strategie den tatsächlichen Gegebenheiten evtl. anzupassen. Auch die Mitgliedsstaaten sollen sowohl eine Strategie entwickeln als auch eine jährliche Berichterstattung vorweisen. Die nationalen Strategien sollen sich entlang der Achsen ausrichten, wobei in der Zusammensetzung der Maßnahmen Spielraum bleibt.

Mit dem Verordnungsvorschlag zur Entwicklung ländlicher Räume beabsichtigt die Europäische Kommission sowohl eine mehr strategisch ausgerichtete Politik zu ermöglichen als auch durch die transparente Darstellung der Ergebnisse die Vergabe von EU-Mitteln besser zu steuern und zu rechtfertigen. Den Mitgliedsstaaten soll mit dem größeren Verzicht auf detaillierte Regelungen sowie mit einem vereinfachten Finanzmanagement mehr Freiraum für die nationale Gestaltung ihrer Programme gegeben werden. Fraglich bleibt vorerst, inwieweit die Zuordnung der Maßnahmen zu verschiedenen Achsen tatsächlich zu einer stringenteren Politik beitragen kann oder ob es auch hier zu Überschneidungen kommen wird, die eine Zuordnung erschweren.

Hof Oegens: Porträt einer nicht ganz typischen Werkstatt für behinderte Menschen

Auf eine langjährige Tradition bei der Arbeit mit Behinderten kann Hof Oegens in Butjadingen (Wesermarsch) zurück blicken: Der in der Jugendarbeit engagierte Pastor Friedel KRAUSE begann 1971 zusammen mit jugendlichen, behinderten Menschen einen landwirtschaftlichen Betrieb aufzubauen. Eine geliehene Kuh und 20 Hühner waren die ersten Tiere auf dem Hof. Als Träger fand er den Christlichen Verein Junger Menschen (CVJM), der schon damals in der Region vertreten war. Mittlerweile ist der Hof eine Betriebsstätte der Werkstatt für behinderte Menschen des CVJM-Sozialwerks Wesermarsch, das außerdem eine Lackiererei, eine Wäscherei, eine Tischlerei, eine Küche, einen Verpackungs-, einen Montagebereich, eine Holz- sowie eine Metallwerkstatt unterhält und Wohnheimplätze anbietet.

Von den Größenverhältnissen her weicht der Betrieb stark vom Durchschnitt sozialer Einrichtungen, der bei 79 ha Betriebsgröße, 18 Kühen und 9 Zuchtsauen liegt, ab (s. Betriebsspiegel). Die meisten betreuten Mitarbeiter/-innen kommen im Rahmen eines Praktikums während des zweijährigen Berufsbildungsbereichs, in dem sie Einblick in alle Werkstattbereiche erhalten, auf den Hof. Bei besonderem Interesse an der Landwirtschaft ist auch der direkte Einstieg über ein Praktikum möglich. Spezielle Vorkenntnisse sind in beiden Fällen nicht nötig. Wie bei anderen sozialen Einrichtungen auch sind die Arbeitsbereiche kapitalextensiv und arbeitsintensiv gestaltet, um möglichst viele Personen beschäftigen zu können. Deshalb und wegen der überschaubaren Reproduktionszyklen wurde – untypisch für die Region – eine Sauenhaltung aufgebaut. Unabhängig von der Jahreszeit können in diesem Betriebszweig kontinuierlich fünf Personen beschäftigt werden. Das ist bei den extremen Witterungsbedingungen und den schwer bearbeitbaren Böden besonders wichtig. Die Betreuung der Zuchtsauen hat sich aus sozial- und heilpädagogischer Sicht als sehr wertvoll erwiesen. Hier ist auch die erste Station für die Neuen auf dem Betrieb. Tätigkeiten wie Mis-

ten, Einstreuen und Füttern lassen sich relativ schnell erlernen. Betriebsleiter Matthias BRANDNER ist sich sicher, dass es vor allem die Sauen sind, die die Betreuten zu Tugenden wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit hinführen. Viele handeln zum ersten Mal verantwortlich und merken, dass es darauf ankommt, ob und wie sie arbeiten. Allein der Geräuschpegel bei der Fütterung, macht auch ohne viele Worte klar: „Es wird Zeit, dass Du endlich kommst!“ Die Sauen lassen Nähe

zu und zeigen spontane Zuneigung. Es entstehen starke individuelle Bindungen. Auch bei Personen, die in anderen Werkstätten Probleme hatten und mit großen sozialen Defiziten auf den Betrieb gekommen sind, beobachten die Betreuer durch den Umgang mit den Tieren eine z. T. rasante Entwicklung in Bezug auf Verhaltensformen und Teamfähigkeit. Ähnliches gilt auch für den Milchviehbereich: Die für das Melken Verantwortlichen kennen nicht nur die Eigenarten der Kühe, son-

Betriebsspiegel

Größe	105 ha LN 45 ha Ackerfläche 60 ha Grünland
Lage	Wesermarsch/Niedersachsen
Witterung	Seeklima mit milden Wintern und kühlen Sommern Ø Niederschlag: 750 mm Ø Temperatur: 7,5°C
Böden	Brackmarsch, schluffiger Lehm
Kulturen	Weizen, Raps, Mais
Tierhaltung	65 Milchkühe mit Nachzucht 500 000 kg Milchquote 40 Mastbullen und Ochsen 45 Muttersauen Verkauf von Absatzferkeln
Arbeitskräfte	3 betreuende Mitarbeiter 16-20 betreute Mitarbeiter/-innen

dern auch deren Produktionsdaten. „Leistung ist schon wichtig, ein Streichelzoo wäre vielen zu wenig,“ betont Betriebsleiter Brandner. Das zeige sich u. a. darin, dass – unter Anleitung – die von der Molkerei geforderte Milchqualität gut erreicht werde.

Besonderheiten der Behindertenarbeit auf dem landwirtschaftlichen Betrieb

Die Arbeit auf einem landwirtschaftlichen Betrieb bietet nach Brandners Ansicht zahlreiche Vorteile in der Betreuung von Behinderten: Durch die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten kann auf individuelle Eigenarten und Fähigkeiten eingegangen werden. Das Spektrum reicht von Hof fegen bis Melken und Trecker fahren. Dabei wird die Entwicklung des Einzelnen berücksichtigt, eine veränderte Aufgabenstellung ist bei Über- oder Unterforderung jederzeit möglich.

Landwirtschaftliche Arbeit eignet sich besonders für Menschen, die Schwierigkeiten in der Gruppe haben. Einzelpersonen können aus der Gruppe heraus genommen oder Gruppen neu gebildet werden, wenn z. B. Spannungen auftreten. Die Arbeit ist sehr abwechslungsreich und weitaus zufriedensstellender als rein mechanische Tätigkeiten. Aber auch bestimmte Arbeitsabfolgen wie Füttern – Ausmisten – Einstreuen – Tierbeobachtung, die für die Betreuten überschaubar und logisch sind und immer wiederkehren, wirken sich sehr motivierend aus.

Dem ausgeprägten Bewegungsbedürfnis mancher Betreuten kommt die körperliche Arbeit sehr entgegen. „Wenn jemand das Gefühl hat, es brodelt in ihm, kann er es auch rauslassen. Und wenn die Betreuer den Eindruck haben, dass jemand zuviel Energie hat, wird er entsprechend eingeteilt“, so Brandner. Daneben gibt es jedoch auch geistige Herausforderungen z. B. bei der Beobachtung

der Tiere (Brunst- und Gesundheitskontrolle). Hier muss genau erläutert werden, welche physiologischen und Verhaltensänderungen auftreten. Dem werden die Betreuten z. T. sehr gut gerecht.

Immer wieder spannend sei es zu beobachten, welche gruppendynamischen Prozesse ablaufen. Personen mit völlig verschiedenen geistigen und körperlichen Fähigkeiten kommen gut miteinander klar, passen auf einander auf und tauschen sich aus. Solche Verhaltensweisen erstaunen die Betreuer immer wieder. Sie lassen sich oft nur schwer beschreiben und kleine Fortschritte sind manchmal nur im täglichen Umgang miteinander zu erkennen.

Die Grenzen der Arbeit mit Behinderten sieht Matthias Brandner in den Grenzen der Eigenverantwortlichkeit. Zwar werden die Betreuten – soweit möglich – in allen Bereichen eingesetzt und sollen selbstständig arbeiten, vieles muss jedoch von den Betreuern begleitet oder kontrolliert werden, schon allein um das Wohlergehen der Tiere sicher zu stellen. Das führt zu Doppelarbeit und macht Tierbeobachtungen z. T. schwieriger. Komplexere Arbeiten oder solche mit Verletzungsrisiken wie Medikation bzw. Pflanzenschutzmaßnahmen werden von den betreuenden Mitarbeitern durchgeführt.

Hof Oegens ist in der Lage, Menschen mit vielfältigen Behinderungen Arbeit und Beschäftigung zu bieten. Während früher ausschließlich geistig behinderte Menschen betreut wurden, sind unter den neu Aufgenommenen heute mehrgeistig behinderte Menschen im Grenzbereich zu verhaltensauffällig und lernbehindert zu finden. Bei den derzeit Beschäftigten überwiegen die männlichen Betreuten, nur eine Frau arbeitet momentan auf dem Hof. Die Betreuer würden sehr begrüßen, wenn weitere Frauen dazu kämen, weil dies großen Einfluss auf die



Fotos: M. Brandner

Futterbergung im Sommer

Stimmung in der gesamten Gruppe hat.

Organisation der Arbeit

Durch die langen Arbeitszeiten von täglich 6⁰⁰ bis 18⁰⁰ Uhr weicht der Betrieb von anderen sozialen Einrichtungen ab. Sowohl die drei Betreuer, die über eine landwirtschaftliche Ausbildung mit heil- oder sozialpädagogischer Zusatzqualifikation verfügen, als auch die Betreuten arbeiten in der Woche und am Wochenende in Schichten. Das macht die Betreuungsarbeit einerseits schwieriger, weil ein Betreuer ausschließlich im Schichtdienst arbeitet und in den Kernzeiten zwischen 8⁰⁰ bis 16⁰⁰ Uhr nicht zur Verfügung steht. Andererseits ist es so möglich, die Gruppe zu entzerren und Personen, die nicht gern mit anderen zusammen arbeiten, in den Randzeiten unterzubringen. Aus organisatorischen Gründen können Mitarbeiter, die weit entfernt wohnen, nicht zum Schichtdienst eingeteilt werden. Dies wäre mit dem Fahrdienst, der nur zu den Kernzeiten eingesetzt wird, nicht vereinbar. Nach den Schichten werden die betreuten Mitarbeiter von den Betreuern nach Hause gefahren oder können am Wochenende auf dem Betrieb übernachten. Der Schichtdienst ist zwar anfangs eine große Hürde, nach einiger Zeit kommen die Betreuten jedoch überraschend gut damit zurecht. Sie wissen, dass man auf sie angewiesen ist und schaffen es deshalb, auch zu früher Stunde zu erscheinen.

Brandner wohnt zzt. als einziger Mitarbeiter auf dem Betrieb. Seiner Ansicht nach wäre es wünschenswert, dort wieder eine Wohngruppe einzurichten, wie es sie bis zum Frühjahr diesen Jahres gab. Einerseits wäre dies aus therapeutischer Sicht sinnvoll (Symbiose Arbeit und Leben), andererseits könnten dann auch außerhalb der Kernarbeitszeiten Verantwortlichkeiten wie nächtliche Stallrundgänge einfacher ge-



Ein Mitarbeiter bei der Rauschekontrolle

regelt werden. Er räumt aber ein, dass die räumliche Nähe zu den Betreuten Abgrenzungsschwierigkeiten mit sich bringe.

Unfallschutz ist ein wichtiges Thema in der Arbeit mit Behinderten. Hof Oegens ist Mitglied in der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Die hohen Auflagen seien zwar nicht immer einfach zu erfüllen, doch erhalte man von den Kontrolleuren manchen wertvollen Hinweis auf potenzielle Gefahrenquellen, die aufgrund von Betriebsblindheit leicht übersehen werden könnten.

Ausbildungsmöglichkeiten und Qualifikationen

Auch nach dem zweijährigen Berufsbildungsbereich haben die Betreuten einen permanenten Anspruch auf berufliche und persönliche Weiterbildung und Qualifizierung. Zudem können sie zahlreiche therapeutische Angebote

wahrnehmen: Sie können während der Dienstzeiten z. B. an Reit- und Schwimmkursen teilnehmen. Zusätzlich können in enger Zusammenarbeit mit dem Begleitenden Dienst, der übergeordneten pädagogischen Instanz, individuelle Fähigkeiten gefördert werden. So haben z. B. zwei der Mitarbeiter einen Führerschein Klasse ‚L‘ für Trecker erworben.

Um die Betreuten besser an andere landwirtschaftliche Betriebe vermitteln zu können, ist für die Zukunft eine Ausbildung zum „Werker“ angedacht. Das entspricht einer Berufsausbildung für Menschen mit Beeinträchtigungen. Ein solches Konzept wäre neu für Niedersachsen und bedarf noch weiterer Entwicklung.

Insgesamt sieht Brandner das pädagogische Angebot als „runde Sache“ an, auch wenn aufgrund von betriebswirtschaftlichen Zwängen nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden könnten.

Diskrepanz zwischen betriebswirtschaftlichen Zwängen und pädagogischem Konzept

Betriebswirtschaft und pädagogischer Anspruch lassen sich nur schwer vereinbaren: Der Betrieb ist gehalten, zumindest die Entgelte für die betreuten Mitarbeiter zu erwirtschaften. Das funktioniert im Milchviehbereich, die Sauenhaltung ist defizitär. Im Ackerbau ist noch unklar, wie sich die Ausgestaltung der Agrarreform entwickeln wird und auf welcher Grundlage die Prämien ausgezahlt werden. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht wäre eine Aufstockung des Milchviehbestandes notwendig. Als Mindestgröße für überlebensfähige Haupterwerbsbetriebe werden zzt. 120 Kühe genannt. Das würde bedeuten, dass viele Arbeitsabläufe mechanisiert werden müssten und so weniger Raum für an sich wünschenswerte Handarbeit bliebe. Eine weitere Professionalisierung, die mit einer Betriebsvergrößerung verbunden wäre, hätte eine geringere Fehlertoleranz zur Folge. Auch kleinere Fehler wären dann nicht mehr tragbar. Nach Ansicht des Betriebsleiters bewege sich der Hof schon jetzt an der Grenze. Wenn die grundlegenden Voraussetzungen für die Arbeit mit Behinderten fehlten, hätte es keinen Sinn mehr, als soziale Einrichtung zu fungieren. Derzeit wird eine Verschiebung der Arbeitsschwerpunkte evtl. auch in Richtung Gartenbau geprüft. Allerdings wird das Spektrum der Möglichkeiten stark



Die Mitarbeiter von Hof Oegens

durch die Witterungsbedingungen und die Bodenverhältnisse eingeschränkt.

Das Verhältnis von drei betreuenden Mitarbeitern zu 20 Betreuten wirkt auf den ersten Blick optimal. Da allerdings ein Betreuer ganz in den Schichtdienst eingebunden ist und hier nur mit wenigen Personen zusammen arbeitet, müssen die Gruppen in den Kernzeiten entsprechend größer sein. Von der Fülle verschiedener Aufgaben und vom unterschiedlichen Leistungsstand der Betreuten her ist es zwar möglich, Personen auch allein oder in Gruppen zu beschäftigen, für eine differenziertere Förderung wäre jedoch ein besserer Betreuungsschlüssel notwendig. Durch das Abdecken der außerhalb der Kernarbeitszeiten gelegenen Stall- und Wochenenddienste sowie durch die in der Landwirtschaft auftretenden saisonalen Arbeitsspitzen ist die Einhaltung einer regulären Arbeitszeit von 38,5

Stunden pro Woche kaum möglich.

Wenig Zeit bleibt durch die starke Auslastung der Betreuer für die Dokumentation. Im Innenverhältnis ist das kein Problem, weil bei der täglichen Arbeit genug Gelegenheit für Gespräche bleibt und die Betreuten auch selbst auf heikle Punkte hinweisen oder sagen, wo sie gerne eingesetzt werden würden. Kritisch kann sich das in der Zusammenarbeit mit den Trägern auswirken, wenn Förderprogramme erstellt werden sollen oder geprüft werden muss, ob eine geförderte Leistung auch tatsächlich erbracht wurde.

Die Mitarbeiter von Hof Oegens sind sehr an einem Austausch mit anderen sozialen Einrichtungen in der Landwirtschaft interessiert. Außerdem stehen sie Praktika, Diplomarbeiten und Dissertationsvorhaben sehr offen gegenüber.

z ö

Kontaktaufnahme und weitere Informationen sind unter folgender Adresse möglich:

Matthias Brandner
Hof Oegens
Burhaver Str. 22
26969 Butjadingen
Fon (04733) 920170
matthias.brandner@sozialwerk-wesermarsch.de
www.sozialwerk-wesermarsch.de

Kinder sicher und gesund auf dem Bauernhof

Der Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften startete gemeinsam mit den Nachbarländern Österreich und Schweiz am 21. Oktober 2004 in Haidgau, Baden-Württemberg, eine länderübergreifende Kampagne zur Kindersicherheit auf dem Bauernhof.

Täglich verunglücken Kinder in der Landwirtschaft, am häufigsten zwischen sieben und vierzehn Jahren. Etwa 1 000 Unfälle werden jährlich den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften allein in Deutschland gemeldet – mit steigender Tendenz. Mit der grenzüberschreitenden Kampagne soll nun erstmals gezielt auf diese Problematik aufmerksam gemacht werden. Unter dem Motto „Kinder sicher und gesund auf dem Bauernhof“ setzen die Initiatoren auf Sensibilisierung und Prävention.

Der Spielplatz Bauernhof birgt viele Gefahren

Auf den Bauernhöfen ist der Spielplatz der Kinder oft identisch mit dem Arbeitsplatz der Eltern, mit all den Vor- und Nachteilen, die diese Überschneidung von Lebens- und Arbeitswelt mit sich bringt. Spielerisch nehmen Kinder an der Arbeitswelt der Erwachsenen teil, können aber Gefahren meist nicht richtig einschätzen.

Bei Kindern müssen herkömmliche Wege der Unfallverhütung verlassen werden, betonen die Initiatoren der „Kindersicherheitskampagne“. Sicherheitsbewusstes Verhalten muss kindgerecht vermittelt und eingeübt werden. Die Sensibilisierung und Mitarbeit der Eltern ist dabei von zentraler Bedeutung.

Die Kampagne richtet sich an Bauernfamilien, insbesondere auch an diejenigen, die Einkommenszweige mit speziellen Ange-

boten für Familien mit Kindern (Kindergarten, Schlafen im Heu etc.) anbieten, aber auch an alle, die auf den Bauernhöfen ein- und ausgehen, z. B. beim Einkaufen, in den Ferien oder bei Klassenfahrten.

Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern/-innen der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, der schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft und der österreichischen Sozialversicherungsanstalt der Bauern hat das umfangreiche Paket an altersgerechtem Informations-, Spiel- und Schulungsmaterial entwickelt.

Kater Moritz wirbt für Sicherheit

„Das Sicherheitspaket“ der Kampagne enthält eine Checkliste für den Rundgang durch den landwirtschaftlichen Betrieb und den Haushalt sowie Lernmaterial für jede Altersstufe.

Die Kleinsten werden von Kater Moritz, den viele schon aus dem Mitteilungsblatt „Sicher Leben“ kennen, in Form eines Plüschtiers über den Hof begleitet. Ein Puzzle, ein Legespiel und ein Malbuch visualisieren für Vorschul- und Schulkinder das Leben und die Arbeitswelt auf dem Bauernhof. In einem Begleitbuch werden die Bilder beschrieben und die Zusammenhänge zur Prävention aufgezeigt. Ältere Kinder werden darüber hinaus durch ein Rätselbuch und eine Kinderfibel motiviert,



sich mit den Gefahren auf dem Bauernhof auseinander zu setzen. Schließlich dient eine Tragetasche mit den Logos der Kampagne als Erinnerungshilfe im Alltag.

Materialien für Eltern und Multiplikatoren/-innen

Eltern und Multiplikatoren/-innen können die Schulungs-CD der Kampagne nutzen, um sich eingehender über das Thema zu informieren, um Vorträge vorzubereiten und diese visuell zu unterstützen. Wer noch mehr über das

Weitere Informationen:

Alexandra Drolshagen,
Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften,
Kassel,
Fon (0561) 93 59-240
Fax (0561) 93 59-244
presse1@bv.lsv.de

Thema Kindersicherheit erfahren möchte, findet auf der CD auch eine umfangreiche Literaturliste.

Ziel der Kampagne ist nicht zuletzt, die heranwachsenden Kinder auf den Höfen frühzeitig für Sicherheitsfragen zu gewinnen – denn „Kinder von heute sind die Aktiven von morgen.“

Alle Materialien können kostenlos über den Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Kassel bezogen werden. **SK**

Wald

Forstwirtschaft Osteuropa

Monika Lüpschen*

Vieles ist in der Forstwirtschaft in den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Ländern noch im Aufbau. Während im Baltikum und in Tschechien bereits technisch gut ausgestattete und effizient arbeitende Betriebe der Forst- und Holzwirtschaft entstanden sind, überwiegen in den anderen Ländern die reprivatisierten Kleinbetriebe. Bei ihnen wird es aus vielerlei Gründen noch länger dauern, bis sie einen entsprechenden Standard erreicht haben. In der Bundesrepublik verfolgt die Forstwirtschaft die Entwicklung der Branche in Osteuropa mit großer Aufmerksamkeit, vor allem die sehr niedrigen Produktionskosten der Nachbarn bereiten den Forstwirten Sorgen.

Stärke zeigen – Forstwirtschaft im Wettbewerb mit den neuen EU-Ländern aus Osteuropa

Die Botschaft war unmissverständlich. „Besinnen Sie sich auf Ihre Stärke und zeigen Sie, was Sie können.“ Ludwig LEHNER, Geschäftsführer Deutschland der Jaakko PÖYRY Consulting GmbH, München, weiß, wovon er spricht. Er hat das Ohr dicht am Kunden – weltweit. Die Firma ist mit fast 5 000 Mitarbeitern/-innen rund um den Globus in den vielen Sektoren der Forst- und Holzwirtschaft tätig, und zwar im Ressourcenmanagement und der Sägeindustrie ebenso wie in der Holzwerkstoff- und Zellstoffindustrie und in der Logistik.

Die Botschaft richtete er auf der Tagung des Deutschen Forstvereins für Nordrhein-Westfalen (NRW) in Essen an die Waldbesitzer. Sie fühlen sich zunehmend verunsichert bzw. bedrängt, seit die Europäische Union unter ihren Neulingen auch acht potente Länder aus Mittel- und Osteuropa dazu bekommen hat, die über beträchtliche Wälder und insofern Holz verfügen. Lehner rief die

Forstwirte auf, mit ihren Pfunden zu wuchern: „Die deutsche Forstwirtschaft hat die größten Vorräte in Europa, die höchsten Zuwächse pro Hektar, und wenn die wirklich genutzt würden, braucht man weder Angst zu haben, dass die Holzindustrie abwandert noch dass der Osten die Republik mit Rundholz überschwemmt.“ Er empfahl, verstärkt Betriebsgemeinschaften zu gründen, um gemeinsam die vorhandenen Potenziale nutzen zu können. Im Übrigen sei es besser, Masse anzubieten als wegen nicht zu erzielender Preise tatenlos zu verharren. Auf längere Sicht gehe er davon aus, dass ein gegenseitiger Handelsaustausch zwischen West und Ost stattfinden werde.

Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks ist eine Menge geschehen. An die Stelle der planwirtschaftlichen Vorgaben, die Volkswirtschaften vorrangig mit Holz zu versorgen, sind jetzt in den selbstständigen Ländern Gesetze getreten, die neben den materiellen auch die sozialen und ökologischen Aufgaben des Waldes vorgeben.

Anfang der 90er Jahre entschieden die Parlamente, die ehemals

verstaatlichten Flächen – auch Wald – an die Eigentümer zurückzugeben. Doch noch Ende der 90er Jahre waren in den meisten



Fotos: J. Meißner

Typischer Fichten-Birken-Aspen-Mischbestand südlich von Riga

* Monika Lüpschen, Journalistin, Köln

Staaten, außer Slowenien und der Slowakei, noch mehr als die Hälfte des Waldes im Staatsbesitz. Polen nimmt in diesem Zusammenhang eine besondere Stellung ein. 80 % seien noch staatlich, und zzt. sehe es auch nicht so aus, dass sich das ändern würde, so Prof. Dr. Albrecht BEMMANN, Institut für Internationale Forst- und Holzwirtschaft der TU Dresden mit Sitz in Tharandt/Sachsen, als er vor Mitgliedern des NRW Forstvereins die sehr unterschiedliche Lage der neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder erläuterte.

Mit der Osterweiterung stieg die Waldfläche in der EU um fast ein Fünftel auf über 136 Mio. ha. Zum Vergleich: Die Bundesrepublik verfügt über 10 Mio. ha. Mit 9 Mio. ha hat Polen den meisten Wald eingebracht und Ungarn mit 1,8 Mio. ha am wenigsten. Doch wird dort aufgeforstet. Die anderen Länder verfügen über 1,2 Mio. ha wie beispielsweise Slowenien oder 3 Mio. wie Lettland. In den meisten Ländern, so betonte Bemann, sei aufgrund einer seit Jahrzehnten auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Waldwirtschaft ein stetiger Anstieg der Waldfläche zu beobachten. Diese Tendenz verstärkte sich dadurch, dass zunehmend auch landwirtschaftliche Flächen aufgeforstet würden. Geographisch erstrecken sich die neuen Länder so weit, dass ihre Wälder in verschiedenen Klimazonen und auf unterschiedlichen Böden wachsen. Das spiegelt sich auch in den Baumarten wieder: Es gibt Eichen, Buchen, Fichten, Weißtannen, Kiefern, Bergahorn, Lärchen, Roterlen, Eschen, Trauben- und Zerleichen, Hainbuchen, Edelkastanien, Latschenkiefern, Pappeln und Robinien.

Die neuen osteuropäischen Mitgliedsländer bringen auch enorme Holzvorräte mit in die Union. Mit über 5 Mrd. m^3 ist die Vorratsmenge um ein Drittel gewachsen und beträgt jetzt 15 Mrd. m^3 . Diese flächenbezogenen Holzvorräte sind mit durchschnittlich 213 m^3/ha um

90 % höher als im Durchschnitt der früheren EU mit 111 m^3/ha . Das hänge mit dem Standort und der Waldbewirtschaftung zusammen, erklärte Prof. Bemann. Diese Holzvorräte seien ausschlaggebend für den laufenden Holzzuwachs in den neuen Ländern. Er betrage fast 125 Mio. m^3 jährlich, wobei Polen als waldstarkes Land jährlich mit annähernd 43 Mio. m^3 den größten Zuwachs habe. Am geringsten sei dieser in den nördlicher gelegenen Ländern Estland und Lettland. Insgesamt ist der Holzzuwachs jetzt um ein Viertel höher als in der früheren EU.

Natürlich wird auch mehr Holz geerntet. 86 Mio. m^3 wurden beispielsweise vor zwei Jahren in den neuen Ländern geschlagen. Für die Union bedeute das gut ein Drittel mehr Rohholz. Doch stünden hinter diesen globalen Zahlen unterschiedliche Entwicklungen, betonte der Forstexperte. Während in den meisten neuen EU-Ländern weit weniger Holz geschlagen werde, als jährlich zuwachsen, sei dies in Estland und Lettland völlig anders. Diese beiden Länder hätten mittlerweile ihre eigene Holzindustrie erheblich ausgebaut. Sie verfügten – ebenso wie Tschechien – über moderne Technik, die über gestiegene Exporte von Rohholz sowie Holzprodukten finanziert worden sei. Insbesondere Schweden und Finnland erhalten aus dem Baltikum die Rohstoffe für ihre Zellstoff- und Papierindustrie.

Mehr Wald, mehr Holz, mehr Vorräte und mehr Zuwachs – angesichts dieser Fakten sehen die deutschen Forstwirte ihre seit Jahren ohnehin schwierige wirtschaftliche Situation noch ungünstiger, zumal in den neuen Ländern weitaus niedrigere Produktionskosten anfallen als hierzulande.

Dennoch sieht auch Prof. Bemann keinen Grund zur Panik. „Es ist zwar zu einem regen Austausch gekommen, was das Holz betrifft, aber nicht in den Dimensionen, wie man das hier befürchtet hat,



Sägewerk in Lettland

dass man mit billigem Holz überschwemmt wird“, betonte er in Essen. Die deutschen Betriebe stünden für Zuverlässigkeit und Qualität, während die neuen Länder noch mit etlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, beispielsweise auch mit logistischen. Unter anderem verwies er auf die vielen kleinen, wieder privatisierten Betriebe mit ihren höchstens 5 ha Wald; sie seien nicht mechanisiert. Dazu fehle es an Geld und Know-how; sie erhielten auch keine Kredite, und von staatlicher Seite sei kaum Förderung zu erwarten. Marktchancen hätten sie allenfalls, wenn sie sich zusammenschließen würden, doch davor schreckten die Menschen – ähnlich wie in der ehemaligen DDR – in Erinnerung an die Erfahrungen mit der Kollektivierung in den vergangenen Zeiten zurück.

In seiner Analyse der forstlichen Situation ging Prof. Bemann auch darauf ein, wie die neuen EU-Länder mit den in den jeweiligen Waldgesetzen festgeschriebenen ökologischen und sozialen Aufgaben des Waldes umgehen. Generell hätten die EU-Neulinge entwickelt, auf Nachhaltigkeit basie-

rende Forstwirtschaften mit sehr qualifizierten Fachleuten eingebracht. Die Zertifizierung sei ein geeignetes Instrument für die ökologisch ausgerichtete Waldnutzung. Mit dem europaweit geltenden PEFC-Zertifikat sei es möglich, rigorose Einschläge zu steuern bzw. zu stoppen. Mit einem entsprechenden Waldumbau und Aufforstungen, d. h. von mehr

Laub- als Nadelbäumen, habe man bereits begonnen. Umweltschutzorganisationen arbeiteten vor Ort, um ein Bewusstsein für die ökologischen Anforderungen des Waldes zu schaffen. In diesem Zusammenhang sei auch die Klimadiskussion – Stichwort: Wald als Kohlenstoffspeicher – sehr wichtig und müsse viel stärker nach vorne gebracht werden

als bisher. Aber das dürfe sich vor allem bei den vielen neuen Privateigentümern als schwierig erweisen. Ihnen fehle meist die emotionale Bindung an den Wald, weil sie nicht mit ihm und von ihm lebten, so dass er eher als rasch zu erschließende Geldquelle betrachtet werde.



Ländlicher Raum

EUREGIA 2004

Nach und nach etabliert sich die EUREGIA in Leipzig als Messe für Forschung und Aktivitäten rund um die Nachhaltige Regionalentwicklung. Im Austausch mit Akteuren aus den europäischen Nachbarländern wurde vom 27. bis 30. Oktober 2004 diskutiert, wohin sich die ländlichen Räume entwickeln sollen und welche Instrumente hierfür zur Verfügung stehen.

In der Messehalle präsentierten sich Initiativen und Forschungsinstitutionen aus verschiedenen Regionen Deutschlands und seiner Nachbarländer. Beispielprojekte der europäischen Gemeinschaftsinitiativen INTERREG, LEADER und EQUAL waren hier ebenso vertreten wie Verbände und Ministerien. Täglich fanden verschiedene Vortragsreihen und Tagungen statt, von denen drei im Folgenden näher beschrieben werden.

Schweizer Regionalentwicklung zwischen Bewahren und Entwickeln

Ein Blick über die Grenze verschaffte interessante Einblicke, wie vielfältig regionale Entwicklung sein kann. Das Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft präsentierte unter dem Oberbegriff „innovative Regionen“ verschiedene Entwicklungsprozesse. Beispielhaft wurde das „BioValley“ im tri-

nationalen Großraum Basel vorgestellt, das durch die hier von Konzernen wie Novartis und Roche bedingte Schwerpunktsetzung in der Biotechnologie Synergieeffekte fördern will, indem die Kooperation konkurrierender Unternehmen gefördert wird, die durch eine gemeinsame Präsentation nach außen profitieren können. Eine große Zahl von Existenzgründungen fördert die Clusterbildung in der Region.

Auch das UNESCO-Biosphärenreservat Entlebuch ist eine innovative Region. Der Direktor des Reservats, Theo SCHNIDER, zeigte in einem sehr lebendigen Vortrag, wie Engagement auch Impulse in abgelegenen und strukturschwachen Regionen bewirken kann. Seit 2002 ist die von Moorlandschaften durchzogene Region als erstes Schweizer Biosphärenreservat anerkannt und vermarktet erfolgreich ihre Naturbesonderheiten und Lebensmittel-spezialitäten.

Evaluation regionaler Entwicklungsprozesse ist Gegenstand der Forschung

Nach gut 20 Jahren Erfahrung mit bottom-up-Prozessen in der Regionalentwicklung stehen aktuell Fragen zur Wirksamkeitsmessung im Raum. In einer Tagung zu Evaluations- und Monitoringinstrumenten erläuterte Prof. Dr. Thomas WEITH, Universität Potsdam, drei Möglichkeiten der Evaluation: Vor Beginn eines Prozesses kann eine ex-ante-, nach Beendigung eine ex-post-Bewertung vorgenommen werden. Zunehmend wird als dritte Variante die prozessbegleitende Evaluation eingesetzt, die korrigierende Steuerungseingriffe erlaubt.

Evaluation solle stets zur Wirkungsanalyse dienen, so Weith, um zukünftige Prozesse effektiv gestalten zu können. Schwierig sei der Einsatz in der Regionalentwicklung durch den hohen An-

teil informeller Akteure/-innen und das Fehlen komplexer Ursache-Wirkungs-Modelle, wofür auch empirische Studien fehlten.

Dr. Peter WIRTH, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR), Dresden, wies darauf hin, dass die Ausgestaltung einer Evaluation immer auch vom Auftraggeber abhängig sei. Dieser könne möglicherweise die EU sein, die ein sehr traditionelles Verständnis von Evaluation aufweise und in erster Linie quantitative Messungen verlange. Auch die Länder könnten in strukturpolitischen Programmen Auftraggeber sein. Im Zunehmen begriffen sei die Selbstevaluation regionaler Akteure/-innen, die sich einen großen Lerneffekt von einer Evaluation versprechen. Diese Form sollte verstärkt in den Blick der Forschung rücken.

Auch müsse überlegt werden, so Wirth, welche Ebene evaluiert werden solle. Die Qualität des theoretischen Entwicklungskonzepts könne ebenso im Zentrum der Untersuchung stehen wie die Frage nach der Selbsttragungsfähigkeit eines Kooperationsprozesses. Es sei zu überlegen, ob eine erfolgreiche Entwicklung sich an den realisierten Projekten bewerten lasse oder an auf den Prozess folgende Entscheidungen in der Region.

In der Forschungsarbeit des IÖR, das aktuell die Evaluation regionaler Entwicklungskonzepte untersuche, sei festgestellt worden, dass es für jede Region effektiv sei, zunächst ein Entwicklungskonzept zu entwerfen und erst dann geeignete Förderinstrumentarien zu suchen. Noch würden Entwicklungskonzepte zu sehr auf die Anforderungen der jeweiligen Förderinstitution abgestimmt und seien daher nicht wirklich frei, eigene Stärken zu entwickeln. Die Konzepterstellung an sich sei bereits ein effizienter Prozess, der einen deutlichen Schub für die Region bringen könne.

In seinem Vortrag zu effizienten Instrumenten und Strategien der Regionalentwicklung erläuterte Dirk SCHUBERT, Nova-Institut, Bonn, das die Koordination des Modellwettbewerbs REGIONEN AKTIV übernommen hat, die Schwierigkeit, klar definierte und somit messbare Ziele am Anfang eines Regionalentwicklungsprozesses festzulegen. Der besondere Charakter der integrierten Entwicklung nach REGIONEN AKTIV bestünde darin, dass sich regionale Akteure zusammenschließen. Ein Versuch operationelle Ziele zu Beginn des Entwicklungsprozesses festzulegen könne diese Partnerfindung jedoch erschweren, da zunächst Erfahrungen mit der Zusammenarbeit vorliegen müssten, bevor gemeinsame Visionen entwickelt werden könnten. Es sei daher durchaus effektiv, die anzustrebenden Ziele erst in der Halbzeitphase festzulegen. Andererseits sei eine Evaluation ohne messbare Ziele, sprich Indikatoren, nicht möglich. Schubert

inhalte aus Fehlern zu lernen und nicht nur die eigene Region als erfolgreich präsentieren zu wollen.

Dr. Günther SCHEER, ÖAR-Regionalberatung GmbH, Wien, erläuterte, dass die Aufgabe eines/-r Regionalmanagers/-in österreichischen Erfahrungen zufolge nach wie vor eine der unklarsten Definitionen in der Regionalentwicklung sei. Würde diese Aufgabe an regionale Akteure/-innen übertragen, bräuchten diese zwar viel Motivation, aber unzureichende Kompetenzen mit. Eine qualifizierte Ausbildung für das Regionalmanagement sei deshalb sehr wichtig.

■ Studiengänge „Regionalmanagement“ nehmen zu

Auch durch die Neuformulierung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz wurde das Berufsfeld Regionalmanagement aufgewertet. Verschiedene



Foto: C. Busch

Initiativen und Institutionen aus dem Bereich Regionalentwicklung präsentieren sich in den Leipziger Messehallen

bekannte, selbst noch auf der Suche nach geeigneten Möglichkeiten zu sein um diesen Zwiespalt zu überwinden. Wichtig sei jedoch, Evaluation als Teil einer Lernkultur zu sehen, die auch be-

Universitäten haben hierzu Ausbildungsangebote entwickelt, die sie auf der EUREGIA vorstellten. Bereits seit fünf Jahren gibt es den Vertiefungsstudiengang „Nachhaltige Regionalentwick-

lung“ an der Universität Kassel, der sich insbesondere auf die Gestaltung partizipativer Prozesse sowie die Konzeption von Prozessen eigenständiger Regionalentwicklung spezialisiert hat und mit einem Master oder Universitätsdiplom abgeschlossen werden kann. Einen mehr ökonomischen Ansatz zeigt die Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen, an der seit 2004 der Masterstudiengang „Regionalmanagement und Wirtschaftsförderung“ angeboten wird. Ebenfalls seit diesem Jahr bietet die Fachhochschule Weihenstephan den Masterstudiengang „Regionalmanagement“ an und betont dabei

insbesondere den interdisziplinären Charakter dieses Berufsfeldes. Berufsbegleitend führt das Europäische Institut für postgraduale Bildung an der TU Dresden e.V. (EIPOS) in Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur, Wien, einen Masterstudiengang „Regionalmanagement“ durch, der praxisorientiert die verschiedenen Aspekte regionaler Entwicklung in einzelnen Modulen behandelt.

Einen grundsätzlich neuen Weg beschreitet die Fachhochschule Eberswalde, die erstmalig einen Bachelor-Studiengang „Regionalmanagement“ anbietet, der nach seinem ersten Durchlauf im Jahr

2007 durch einen Masterstudiengang „Regional Consulting“ ergänzt werden soll. Hier werden ökonomische Grundlagen, Vermarktungsstrategien, kommunikative Methoden, Rechtsgrundlagen und Projektmanagement gelehrt.

Ergänzt werden diese Angebote durch praxisorientierte, berufsbegleitende Maßnahmen. Zu den Pionieren gehört die Akademie der Katholischen Landjugend, Bad Honnef, die seit mehr als zehn Jahren Schulungen in Regionalberatung und -management durchführt.

cb

Europäischer Dorferneuerungspreis – Sieger 2004: Ummendorf

Am 7. Oktober 2004 wurde der Europäische Dorferneuerungspreis zum achten Mal vergeben. In Raggal, Großes Walsertal (Vorarlberg, Österreich) trafen rund 800 Dorferneuerungsakteure aus 15 europäischen Staaten zusammen, um sich gegenseitig ihre Dörfer und Regionen und ihr einzigartiges und beispielhaftes Engagement vorzustellen.

Seit 1990 ist der Wettbewerb nicht nur ein Ansporn für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum, sondern auch eine Plattform der Begegnung. Der im zweijährigen Rhythmus ausgelobte Wettbewerb der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung verbindet Menschen vieler europäischer Regionen in ihrem Engagement für ein zu-

kunftsorientiertes Leben im ländlichen Raum.

Im Mittelpunkt des Festaktes standen die 32 Dörfer bzw. Gemeinden aus elf europäischen Nationen, die sich den anspruchsvollen Wettbewerbskriterien zur ganzheitlichen und nachhaltigen Entwicklung unter dem Motto „Aufbruch zur Einzigartigkeit“ gestellt hatten.



Fotos: H. Gertz

Ummendorfer/-innen holen die Erntekrone auf überlieferte Art ein

Ummendorf Sieger 2004

Mit dem 8. Europäischen Dorferneuerungspreis wurde die Gemeinde Ummendorf (Börde), Sachsen-Anhalt, ausgezeichnet. Matthias REICHENBACH-KLINGE (Juryvorsitzender): „Ummendorf ist es über eine vorbildhafte Bürgereinbindung und einen intelligenten Umgang mit den eigenen Stärken gelungen aufzuzeigen, wie man aus einer fast aussichtslosen Ausgangsposition eine unglaubliche Eigenkraft von großer Ausstrahlung entwickeln und den Aufbruch zur Einzigartigkeit schaffen kann.“

Ummendorf liegt am Rand der Magdeburger Börde und ist heute

mit seinen knapp 1 000 Einwohnern/-innen eine lebendige Dorfgemeinschaft, die mit ihrer Wirtschaftsentwicklung und ihren kulturellen Aktivitäten weit ins Umland ausstrahlt. Ummendorf liegt aber auch nur zehn Kilometer von der ehemaligen innerdeutschen Grenze entfernt und war jahrzehntelang von jeglicher Entwicklung ausgeschlossen.

Der erste Anstoß für eine einzigartige Entwicklung kam bereits 1990 durch die Patenschaft mit der niedersächsischen Landgemeinde Polle. Ummendorf begann ein Dorferneuerungsprogramm und 30 Bürger/-innen fanden sich in einer „Arbeitsgruppe Dorferneuerung“ zusammen, die ihr Augenmerk zunächst auf die bauliche Gestaltung des Dorfes legte.

Die Kraft der Dorfgemeinschaft

1991 hat das Dorf zum ersten Mal am Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden, unser Dorf hat Zukunft“ teilgenommen und seither zahlreiche Auszeichnungen erhalten. Eine solche Entwicklung geht nicht ohne das breite Engagement vieler Menschen. Initialwirkung hatte, so Bürgermeister Reinhard FALKE, der Umbau einer großen Scheune im Ort zu einem modernen Feuerwehrhaus. Die Freiwillige Feuerwehr packte mit Unterstützung der Gemeinde an und demonstrierte so die Kraft der Dorfgemeinschaft. Die 850-Jahr-Feier mobilisierte 1995 weitere 40 Einwohner/-innen für ein Festkomitee und der im selben Jahr gegründete Verein „Ummendorfer Burgtheater e.V.“ hat bereits 80 Mitglieder, darunter 50 Laiendarsteller/-innen.

Heute sind zahlreiche Bürger/-innen in 28 aktiven Vereinen organisiert. Auf der sanierten Burganlage locken das „Börde-Museum Burg Ummendorf“, die Freiluftspiele im Schlosshof sowie vielfältige Veranstaltungen, u. a. ein Weihnachtsmarkt, über 50 000 Touris-

ten und regionale Besucher/-innen in das Dorf.

Hohe Lebensqualität durch Engagement

Die Ummendorfer/-innen haben aber noch viel mehr erreicht – für ihr Dorf und ihre Lebensqualität. Wertvolle Bausubstanz wurde behutsam saniert und wird heute sinnvoll genutzt. In der ehemaligen Schlossanlage ist neben dem Börde-Museum die Grundschule untergebracht. Der historische und regionaltypische Vierseithof „Heinemanns Hof“ wurde zu einem kulturellen Zentrum mit Schwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit ausgebaut. Innovative pädagogische Konzepte zeichnen diese Initiativen aus.

Wohnraum wurde vorwiegend in der direkten Ortslage und im Schloss geschaffen, indem zunächst 50 kommunale Wohneinheiten instandgesetzt und erst nachrangig kleinere Neubaugebiete ausgewiesen wurden.

48 Betriebe und Unternehmen bieten ca. 200 Menschen Beschäftigung vor Ort. Neue Unternehmen wurden gegründet und vorhandene Ressourcen wie die Schlossanlage und das Museum werden geschickt wirtschaftlich genutzt. Ein biologisch wirtschaftender Ziegenhof überzeugt mit seiner modernen Verarbeitung und einer Vermarktung via Internet. Ein Dorfladen dient seit 2000 nicht nur der Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln, sondern auch der Begegnung und dem Gespräch.

Kultur und Umwelt Hand in Hand

Im europäischen Dorferneuerungswettbewerb wurden besonders das ökologische und das kulturelle Engagement der Dorfbewohner/-innen hervorgehoben. Die Ummendorfer/-innen haben viel Geschick bewiesen, die Menschen für Fragen der Ökologie zu sensibilisieren und gleichzeitig kulturell zu aktivieren. Im

zweijährigen Turnus werden Umwelttage veranstaltet, bei denen sowohl die Ökologie hautnah erlebt werden kann als auch das Gemeinschaftsgefühl gefördert wird. Mit viel Fantasie und körperlichem Einsatz wird Getreide wie vor 60 Jahren geerntet oder es wird zur traditionellen Kohlernte geladen, wofür Monate zuvor viele fleißige Helfer/-innen die Grundlage geschaffen hatten.

Beim ersten Umwelttag 1999 wurde die Übergabe des Heinemanns Hof als Kulturzentrum gefeiert. Der zweite Umwelttag brachte anlässlich ihrer 10-jährigen Freundschaft auch die Partnergemeinde Polle wieder ins Dorf.

Auszeichnung und Ansporn für alle Bewerber

Für die Ummendorfer/-innen ist die Auszeichnung mit dem Europäischen Dorferneuerungspreis 2004 Bestätigung für ihre langjährige Arbeit, ein Gewinn an internationalen Kontakten und sicher ein Ansporn, weiterzumachen – denn bisher hat sich die Dorfgemeinschaft nie auf ihren Erfolgen ausgeruht. Immer neue Ideen und Initiativen blühen in diesem Dorf, dem es gelungen ist, generationenübergreifende Konzepte in vielen schönen Projekten lebendig werden zu lassen.

Der Wettbewerb um den Europäischen Dorferneuerungspreis zeichnet auch in diesem Jahr nicht nur einen Sieger aus. Auf den Plätzen zwei und drei finden sich das Steirische Vulkanland (Österreich), das für eine einzigartige, kreative und zeitgemäße Entwicklung im regionalen Verbund steht, und Heinerscheid (Luxemburg) als herausragendes Beispiel für nachhaltige, innovative kommunale Wertschöpfung.

Die elf Besten im Wettbewerb wurden mit einem „Europäischen Dorferneuerungspreis für ganzheitliche, nachhaltige und mottogerechte Dorfentwicklung von herausragender Qualität“ belohnt.

Weitere Auszeichnungen für „besondere Leistungen in einzelnen oder mehreren Bereichen der Dorfentwicklung“ gingen in diesem Jahr an 13 der teilnehmenden

Von deutscher Seite wurden in diesem Jahr Teilnehmer aus zehn Bundesländern gemeldet, Österreich war mit sieben Bundesländern vertreten, Polen schickte

rationsbereitschaft geprägte Methodik der Umsetzung.

Die Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung mit Sitz in Wien wurde 1988 gegründet. Unter den mehr als 20 Mitgliedern sind neben einzelnen Staaten der EU (Luxemburg, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) zahlreiche deutsche und deutschsprachige Bundesländer und Regionen (Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Thüringen, Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Vorarlberg, die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Opeln) und die Niedersächsische Akademie Ländlicher Raum in der Gemeinschaft assoziiert.

Unter dem Vorsitz des niederösterreichischen Landeshauptmanns Dr. Erwin PRÖLL entscheidet der Offizielle Beirat, dem je Mitgliedsregion ein/e politische/-r und ein/e beamteter/-e Vertreter/-in angehören, über Aktivitäten und inhaltliche Schwerpunkte. Somit erhalten Mitglieder nicht nur Informationen, sie haben auch ein volles Mitspracherecht. Darüber hinaus erhalten Mitglieder für ihre Bewerbungen eine ermäßigte Teilnahmegebühr am Wettbewerb um den Europäischen Dorferneuerungspreis.

Zentrale Anliegen der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung sind, neben Information und Öffentlichkeitsarbeit die Pflege der Kontakte zu den europäischen Institutionen und der Erfahrungsaustausch untereinander – nicht zuletzt über den Wettbewerb um den Europäischen Dorferneuerungspreis. s k



Kindertheater – Aufführung der Schneekönigin im Rahmen des Ummendorfer Weihnachtsmarktes

Gemeinden und sieben weitere durften sich über eine „Lobende Anerkennung“ freuen.

Europa im Wettbewerb

Bewerbungen kommen mittlerweile aus einer Vielzahl europäischer Regionen. Jede Region kann allerdings nur eine Bewerbung abgeben. So garantiert der Wettbewerb immer wieder die Begegnung mit dem Anderen, denn Ziel war es von Anfang an, den Erfahrungsaustausch zu fördern und einer breiten europäischen Öffentlichkeit die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der ländlichen Regionen bewusst zu machen.

Im Allgemeinen fällt den jeweiligen Landes-, Staats- oder Bundesministerien die Aufgabe zu, Bewerber in den Wettbewerb zu schicken. Das Reglement sieht aber auch die Möglichkeit vor, dass Nicht-Regierungs-Organisationen Bewerber nennen, sofern von offizieller, behördlicher Seite keine Bewerbung vorliegt.

Bewerber aus vier Regionen in den Wettbewerb, Ungarn und die Tschechische Republik meldeten je zwei Teilnehmer und die Slowakische Republik, Slowenien, Belgien, Luxemburg, Liechtenstein und die Niederlande waren mit jeweils einer Bewerbung im Wettbewerb vertreten.

„Innere Qualitäten“ zählen

Bewertet werden heute neben dem äußeren Erscheinungsbild vor allem die „inneren Qualitäten“ der teilnehmenden Dörfer und Gemeinden. Dabei spielen Fragen der Architektur und Siedlungsentwicklung, der Ökologie und Energieversorgung ebenso eine Rolle wie soziale Einrichtungen, kulturelle Initiativen und die Bemühungen um eine regionsangepasste wirtschaftliche Entwicklung. Wesentlich für die Bewertung aber sind ein ganzheitlicher Ansatz, eine Orientierung hin zur Nachhaltigkeit und eine von Bürgerbeteiligung, Eigeninitiative und Koope-

■ Weitere Informationen:
Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung, Franz Josefs-Kai 13,
A-1010 Wien,
Fon (0043) 1 533 07 97-21
www.landentwicklung.org

Ummendorf zeigt sich im Internet unter
www.ummendorf-boerde.de

Welternährung

Ernährung als Menschenrecht – Leitlinien von FAO verabschiedet

Reinhold Hemker*

Am 23. September 2004 wurden in Rom die zweijährigen Verhandlungen zu den internationalen Leitlinien zum Recht auf Nahrung abgeschlossen. In diesen freiwilligen Leitlinien werden die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche nationale Ernährungssicherung festgeschrieben. Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen haben damit Menschenrechts, Entwicklungs- und Landwirtschaftsexperten/-innen von mehr als 120 Regierungen, von Institutionen der Vereinten Nationen und zahlreichen internationalen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) gemeinsam „gutes Regierungshandeln“ zur Hungerbekämpfung definiert. Dadurch wurde ein Instrument geschaffen, das die Staaten dabei unterstützt, Ernährungssicherheit im eigenen Land zu gewährleisten.

Der Verhandlungsprozess, den die Bundesrepublik von Beginn an inhaltlich und finanziell aktiv mitgestaltete, war anfangs von sehr weit auseinander liegenden Positionen gekennzeichnet. Es ist daher ein großer Erfolg, dass jetzt Leitlinien mit klaren Politikvorgaben und einem umfangreichen menschenrechtlichen Instrumentarium festgelegt werden konnten. Dabei haben die intensiven und ständigen Kontakte, insbesondere mit den Entwicklungsländern und NGOs, erheblich zum Erfolg der Verhandlungen beigetragen.

Hunger in der Welt nimmt wieder zu

Hintergrund zur Aufstellung der Leitlinien war die ernüchternde Erkenntnis, dass der Hunger in der Welt wieder zunimmt. Nach anfänglichen Erfolgen bei der Umsetzung der Millennium-Vereinbarung von 2000, den Anteil der an Hunger leidenden Menschen bis 2015 zu halbieren, ist die Be-

kämpfung des Hungers ins Stocken geraten. Die Zahlen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) belegen, dass ungeachtet der Möglichkeiten zur Nahrungsmittelproduktion weltweit heute etwa 840 Mio. Menschen ständig unterernährt sind.

Leitlinien enthalten Empfehlungen an nationale Regierungen

Hier setzen die Leitlinien, denen insbesondere im Spannungsfeld von Handelsliberalisierung und Ernährungssicherung große Bedeutung zukommt, an. Sie richten sich schwerpunktmäßig an Staaten, denen sie drei Grundverpflichtungen abverlangen: Sie müssen den Zugang zu Nahrung respektieren, schützen und gewährleisten!

Die Leitlinien beschreiben die zentralen Herausforderungen und Ansatzstellen bei der Hungerbekämpfung, integrieren sie in ein

schlüssiges Konzept und ergänzen die traditionellen Ernährungs-sicherungsmaßnahmen durch die Verankerung des Menschenrechts auf Nahrung, also durch auf Rechte gestützte Ansätze.

Die Leitlinien enthalten insbesondere die Aufforderung bzw. Verpflichtung der nationalen Staaten

- Hunger und Armut nachhaltig zu bekämpfen. Sie konkretisieren somit die im UN-Sozialpakt enthaltenen wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte.
- die Voraussetzungen für ein funktionsfähiges marktwirtschaftliches System zu schaffen, das eine Kombination von einheimischer Erzeugung, Handel, Lagerung und Verteilung als Maßnahme zur Ernährungssicherung beinhaltet.
- den Aufbau regionaler und lokaler Märkte zur Stärkung der Absatzmöglichkeiten für Kleinbauern zu fördern.

* Reinhold Hemker, MdB, Berlin, Fon (030) 2 27 - 711, Fax (030) 2 27 - 7 60 92, reinhold.hemker@bundestag.de, www.reinhold-hemker.de

- zur Entwicklung nationaler Ernährungssicherungs- und Armutsbekämpfungsstrategien, in denen der Antidiskriminierung der Gleichberechtigung von Frauen ein wichtiger Platz einzuräumen ist.
- zur Stärkung von Koordinations- und Partizipationsmechanismen, bei denen das Know-how der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zur effizienten Nutzung der vorhandenen Ressourcen einfließen soll.
- zur Schaffung eines Rechtsrahmens zur Ernährungssicherung beizutragen und Hungerbekämpfung inkl. Klage- und Beschwerdemechanismen sowie Öffentlichkeitsarbeit dazu zu ermöglichen.
- zur Prüfung von Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Produktionsressourcen bzw. Einkommensmöglichkeiten.
- zur Verstärkung und Überprüfung von Landreformen mit dem Ziel, den Zugang von Frauen und armen Bevölkerungsgruppen zu verbessern.
- wirksame nationale Mechanismen zu schaffen, die den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen und eine nachhaltige Landnutzung sicherstellen.
- zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes im Ernährungsbereich.
- zur Einrichtung wirksamer nationaler Menschenrechtsinstitutionen und funktionierender Monitoring-Mechanismen und zur Schaffung von Schutzmechanismen für Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihren Ländern für die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzen.

Obwohl diese Leitlinien ihre Empfehlungen primär an die nationalen Regierungen richten, betonen sie auch den völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechts-

charakter des Rechts auf Nahrung. Sie verweisen auf die bereits im UN-Sozialpakt festgeschriebene Notwendigkeit eines für die Hungerbekämpfung förderlichen, internationalen Umfeldes sowie einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit zur Unterstützung der Regierungen der armen Länder bei der Umsetzung der Leitlinien.

Forderungen an den deutschen Bundestag

Hier setzen die Forderungen an, die jetzt in einem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an den deutschen Bundestag gerichtet wurden. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, das Aktionsprogramm 2015 zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele weiter zu stärken, um das Ziel der Halbierung von Hunger und Armut bis 2015 erreichen zu können. Hierzu ist es notwendig, in den Ländern und Regionen den Aufbau angepasster Frühwarnsysteme zu unterstützen. Innerhalb der Bundesregierung ist ein frühzeitig wirksamer Mechanismus zu etablieren, der bei drohenden landwirtschaftlichen Katastrophen die erforderlichen Schritte zur Bewertung der Situation und der notwendigen Maßnahmen zu ihrer Bewältigung einschließlich der kurzfristigen Bereitstellung der erforderlichen Mittel einleitet und koordiniert. Kurzfristige Hilfsmaßnahmen sowohl bei der Nahrungsmittelhilfe als auch bei Naturkatastrophen sind auf akute Notsituationen zu beschränken und müssen in längerfristige, strukturelle Entwicklungskonzepte eingebunden werden. Ausgewählte Modellvorhaben sollen die Umsetzung der freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung in den ärmeren Ländern im Rahmen der normativen und standardsetzenden Arbeit der FAO sowie der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen. Dabei sind angesichts weltweit zunehmender Probleme durch Fehlnahrung Maßnahmen zur Ernährungs- und Gesundheitsaufklärung einzubeziehen.

Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, bei den WTO-Verhandlungen die Auswirkungen einer zunehmenden Liberalisierung – Chancen wie Risiken – auf die Gruppe der Unterernährten besonders zu berücksichtigen. Künftige Regelungen sind so zu gestalten, dass die nachhaltige Verwirklichung des Rechts auf Nahrung bestmöglich unterstützt wird. Entwicklungsländer sind demnach durch entsprechende Maßnahmen besonders zu begünstigen bei der einheimischen Grundnahrungsmittelproduktion als wichtigem binnenwirtschaftlichen Sektor in ländlichen Räumen, in denen der Großteil der weltweit Armen lebt, bzw. in einkommens- und beschäftigungsinintensiven Exportsektoren im agrarischen, industriellen und Dienstleistungsbereich.

Die Förderung des fairen Handels als wichtige Marktnische zur Integration armer Produzenten/-innen in den zunehmenden weltweiten Handel sollte zukünftig selbstverständlich sein. So kann beispielsweise das Informationsangebot zum Transfair-Siegel, wie die „Fair feels good“-Kampagne, weiter intensiviert und die Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft verstärkt werden.

Die Initiatoren des Antrags empfehlen, bei den Neuverhandlungen zum internationalen Nahrungsmittelhilfe-Abkommen die o. g. Kriterien, vor allem aber die Auswirkungen der Nahrungsmittelhilfe auf die Erzeugerpreise zu berücksichtigen und einen Bezug zu den freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung herzustellen. Erforderlich ist es, die internationalen Bemühungen zur Kodifizierung des „Rechts auf Nahrung“ zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, dass die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung als Zielvorgabe in die Präambel des WTO-Agrarabkommens aufgenommen wird.

Insbesondere im Zusammenhang mit den entsprechenden

Fachkonferenzen der FAO für pflanzen- und tiergenetische Ressourcen ist es weiterhin dringend angeraten, sich international nachdrücklich für den Erhalt der Biodiversität als einer wichtigen Voraussetzung für die Sicherung der Welternährung einzusetzen.

Starker Hebel zur Bekämpfung des Hungers

Am 22.10.2004 fand eine Debatte zum Thema im Deutschen Bundestag statt. Debattiert wurde der Antrag von SPD und B90/Die Grünen „Ernährung als Menschen-

recht“ (BT-Drs.15/3956) sowie der Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Welternährung sichern – eine globale Verantwortung für die nationale und europäische Agrarpolitik“ (BT-Drs. 15/3940).

Der Rat der UN-Ernährungsorganisation FAO hat am 23.11.2004 die freiwilligen Leitlinien verabschiedet. Ihm gehören 49 der rd. 180 Mitgliedsstaaten an. Er ist das Exekutivorgan dieser UN-Organisation. In dem nicht von der Mehrheit des Bundestages verabschiedeten CDU/CSU-Antrag wur-

de noch besonderer Wert auf die Förderung der Biotechnologie gelegt und eine Steigerung der Mittel für die internationale Agrarforschung gefordert.

Der verabschiedete Leitlinienkatalog und der damit verbundene Menschenrechtsansatz stellen nun einen starken Hebel zur Bekämpfung des Hungers auf der Welt dar. Er trägt damit nicht zuletzt zur Überwindung der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Hunger- und damit auch der Armutsbekämpfung bei.

Internationales Reis-Jahr 2004:

Zur weltweiten Ernährungssicherung muss die Reisproduktion ausgeweitet werden

Reis gibt es in unzähligen Sorten, die auf unterschiedliche Weise kultiviert werden können. Der Nassbau wird vor allem in Asien, der Trockenbau hauptsächlich in Afrika und Südamerika praktiziert. Nirgendwo wird mehr Reis produziert und konsumiert als in China, dem Ursprungsland dieser Nahrungspflanze. Noch heute gibt es in China über 75 000 verschiedene Reissorten. In Vorder- und Hinterindien, dem Malaiischen Archipel, China und Japan nimmt der Reisbau die erste Stelle bei der landwirtschaftlichen Produktion ein. Doch auch in Europa ist der Reisbau in Norditalien und Spanien von Bedeutung. Er spielt außerdem in Teilen der USA eine Rolle. Für mehr als 50 % der Weltbevölkerung ist Reis das Hauptnahrungsmittel. Erstmals haben die Vereinten Nationen (VN) daher ein Internationales Jahr der Bedeutung eines Nahrungsmittels gewidmet.

Unter dem Motto „Reis ist Leben“ soll unterstrichen werden, dass der umweltverträgliche Reisanbau für die Beseitigung von Armut und Hunger eine wichtige Rolle spielt. Reis stellt insgesamt 20 % der weltweiten Nahrungsmittel, während Weizen und Mais im Vergleich dazu Anteile von 19 % bzw. 5 % abdecken. Für fast eine Milliarde Haushalte in Afrika, Asien und Amerika ist die Reisproduktion Hauptnahrungs- und Einkommensquelle.

Nachhaltigkeit und Produktivität der Reisproduktion sichern

1998 wurden weltweit 563 Mio. t Reis geerntet. Die wichtigsten Anbaugelände mit mehr als 90 % der Weltproduktion liegen in Asien. Die übrigen 10 % werden in Afrika, auf dem amerikanischen Kontinent und in der EU angebaut. Da Reis in den meisten Reis anbauenden Ländern als Grundnahrungsmittel dient, werden nur etwa

5 % der Welternte international gehandelt. Größter Reisesporteur ist Thailand, gefolgt von den USA und Vietnam.

Nach international anerkannten Schätzungen wird der Reisbedarf zur Sicherung der Welternährung bis zum Jahr 2020 auf jährlich 780 Mio. t geschätzt. Vor dem Hintergrund der wachsenden Weltbevölkerung wird der Zugang zu Land und Wasser jedoch immer schwieriger. Deshalb wird

auf der einen Seite der Entwicklung neuer, ertragreicherer genmanipulierter Reissorten eine große Bedeutung beigemessen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das 1960 gegründete Internationale Reisforschungsinstitut (International Rice Research Institute, IRRI) auf den Philippinen. Gegner der Gentechnik sehen auf der anderen Seite vor allem in der Wiederaufwertung einheimischer Sorten sowie der Förderung von Anbaumethoden, die zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit beitragen und die Umwelt schonen, einen Weg, die Erträge zu steigern.

Um die Nachhaltigkeit und Produktivität der Reisproduktion bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt zu sichern, bedarf es des gemeinsamen Engagements von Zivilgesellschaft, Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen. In diesem Sinne bot das Internationale Reis-Jahr eine wichtige Gelegenheit, sich mit den komplexen Problemstellungen zu beschäftigen, die die nachhaltige Entwicklung von Reisanbausystemen beeinträchtigen.

Charakteristika von Reisanbausystemen

Wie kaum ein anderes Produkt zeigt Reis die Verflechtungen zwi-

schen Kultur, Landwirtschaft, Biodiversität, Ernährungssicherheit, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wirtschaft und Beschäftigung, Gender und Wissenschaft auf:

- Reis ist in vielen Gesellschaften nicht nur Nahrungsmittel und Nutzpflanze, sondern ein wichtiges Kulturgut. In zahlreichen asiatischen Sprachen bedeutet „essen“ stets „Reis essen“. Reis steht zudem im Mittelpunkt sakraler Riten und Zeremonien (Kultur).
- Reisanbau lässt sich gut mit der Produktion anderer landwirtschaftlicher Güter, wie z. B. von Fischen, Enten, Kokospalmen und Bananen kombinieren (Landwirtschaft und Biodiversität).
- In dieser Hinsicht bietet der Reisanbau auch durch seine Vielfalt und Anpassungsfähigkeit eine große Chance für bessere Ernährung, eine diversifizierte Landwirtschaft und höheres Einkommen (Ernährungssicherheit).
- Reis ist das einzige Getreide, das unter Wasser wachsen kann. Der Terrassenanbau verhindert Bodenerosion (Umwelt und Wasserwirtschaft).

- Für einige Länder ist Reis als Exportprodukt wichtig. Mit dem WTO-Abkommen von 1994 hat sich der Reishandel stark ausgeweitet (Wirtschaft und Beschäftigung).

- Frauen spielen eine wichtige Rolle in der Reisproduktion sowie in der Verarbeitung. Gleichzeitig haben sie weniger Zugang zu Land, Krediten und Beratungsdiensten und sind daher im Vergleich zu den Männern von den Vorteilen der verbesserten Reisproduktion oft ausgeschlossen (Gender).

- Verbesserte Technologien erlauben es Reisbauern mehr Reis auf weniger Land und mit weniger Wasser, Arbeit und Einsatz von Chemikalien zu produzieren. Gleichzeitig führt die Züchtung und Verbreitung einiger weniger Hohertragssorten jedoch zu einer dramatischen genetischen Verarmung (Wissenschaft).

Öffentliches Bewusstsein für die Komplexität von Reisanbausystemen schärfen

Mit dem Internationalen Reis-Jahr, dessen Aktivitäten die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN (FAO) in Zusammenarbeit mit Regierungen, dem Entwicklungsprogramm der VN, den Zentren der Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung und nichtstaatlichen Organisationen koordiniert, sollte das öffentliche Bewusstsein dafür geschärft werden, welchen Anteil Reisanbausysteme zu Ernährungssicherung, Armutsbekämpfung und Verbesserung des Lebensstandards beitragen. Es sollte über Diversität und Komplexität der Reisanbausysteme informieren und die nachhaltige Entwicklung von Reis und Reisanbausystemen auf globaler, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene unterstützen. Nicht zuletzt sollte es die Konservierung und Herstellung von Reisprodukten zum ökonomischen,



Foto: FAO/14829/P. Johnson

Reisbauern in Thailand beim Einpflanzen von Reissetzlingen

sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Vorteil der Bevölkerung fördern.

Um diese Ziele zu erreichen wurden Workshops, Konferenzen, Wettbewerbe und Benefizveranstaltungen abgehalten. Zu den rund 60 Veranstaltungen, die während des Internationalen Reis-Jah-

res in allen Teilen der Welt stattfanden, gehörten u. a. Trainingskurse zur Reisproduktion in Brasilien, die internationale Reiserforschungs-Konferenz in Tokio sowie verschiedene Veranstaltungen am Sitz der FAO in Rom, darunter die FAO Reis-Konferenz sowie eine Veranstaltung zum Thema „Gender und Reis“. Des Weiteren gab

es Benefizveranstaltungen wie das Konzert „Rock for Rice“ auf den Philippinen und als eine der letzten Aktionen das Kochen des weltgrößten Risottos im November 2004 in Australien. 2005 sollen die Ergebnisse des internationalen Reis-Jahres ausgewertet und weitere Schritte beschlossen werden.

OS

Termine

8. Wissenschaftstagung zum Ökologischen Landbau

1. bis 4. März 2005, Kassel

Seit Anfang der 90er Jahre koordiniert die Stiftung Ökologie & Landbau im zweijährigen Turnus die Wissenschaftstagung zum Ökologischen Landbau, auf der Forschungsergebnisse aus Deutschland, Österreich und der Schweiz vorgestellt werden. Die 8. Tagung steht unter dem Motto „Ende der Nische“ und befasst sich schwerpunktmäßig mit den Ansprüchen an den Ökologischen Landbau sowie den Zwängen, die durch seine zunehmende Verbreitung entstehen und mit seinen originären Zielen in Konflikt geraten können.

Folgende Themen sollen wissenschaftlich diskutiert werden:

- Agrogentechnik und Ökologische Landwirtschaft,
- Umweltschutz und Ökologischer Landbau,
- Risiken der Intensivierung,
- Ökonomie des Ökologischen Landbaus,
- Lebensmittelqualität.

Neben Vorträgen werden auch Plakate zu Erzeugung, Ökonomie, Soziologie und Politikwissen-

schaft präsentiert. Einführend finden drei große Exkursionen statt, die zum Versuchshof der Universität Kassel, zur Upländer Bauernmolkerei und der Supermarktkette tegut... führen.

Nähere Informationen: Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, Witzenhausen
Fon (05542) 98 15 16
Fax (05542) 98 15 17
8wita@uni-kassel.de
www.wissenschaftstagung.de

Personalien

Mariann Fischer Boel neue EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Die Dänin Mariann FISCHER BOEL hat Franz FISCHLER als EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung abgelöst. Im Sinne einer Berücksichtigung der neuen EU-Mitgliedsstaaten in der Kommission wurden die Zuständigkeiten des bisherigen Kommissars für Landwirtschaft und Fischerei aufgeteilt. Für den Bereich Fischerei und Schifffahrt ist künftig Joe BORG aus Malta zuständig.

Die 61-jährige Fischer Boel studierte Sprachen und Wirtschafts-

wissenschaften in Belgien und arbeitete nach ihrem Examen als Vorstandsassistentin bei einem Exportunternehmen in Kopenhagen. Dort war sie später auch als Finanzmanagerin tätig. Ihr politischer Werdegang in der Liberalen Partei Dänemarks begann in der Regionalpolitik. 1990 wurde sie als Abgeordnete ins Dänische Parlament gewählt. Von 1994 bis 2001 war sie nacheinander Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei, des Ausschusses für Handel und Industrie sowie des

Ausschusses für Steuerliche Angelegenheiten. Von 2001 bis zu ihrer Nominierung als Agrarkommissarin war Fischer Boel dänische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei. Ihr neues Amt in Brüssel hat Sie am 22.11.2004 angetreten und damit Verantwortung für gut die Hälfte des EU-Haushalts übernommen.

Die ASG gratuliert Mariann Fischer Boel und wünscht ihr viel Erfolg im neuen Amt.

Stanislaw Tillich neuer Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft in Sachsen, Wolf-Eberhard Kuhl weiterhin Amtschef

Mit der Bildung einer Koalitionsregierung nach den Landtagswahlen in Sachsen wurde Stanislaw TILLICH (CDU) zum neuen Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft ernannt. Amtschef im Ressort bleibt Wolf-Eberhard KUHL. Tillich trat sein Amt am 11. November 2004 an.

Der 1959 in Neudörfel, Kreis Kamenz, geborene Sorbe studier-

te an der TU Dresden Konstruktion und Getriebetechnik. Bis zur Wende arbeitete Tillich in einem Elektronikunternehmen sowie bei der Kreisverwaltung Kamenz. Im Zuge der Wiedervereinigung übernahm er den Posten des Beobachters beim Europäischen Parlament. 1994 wurde Tillich Abgeordneter des Europäischen Parlaments und 1999 wiedergewählt. Im selben Jahr erhielt er die Er-

nennung zum Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Freistaates Sachsen beim Bund.

Die ASG gratuliert Stanislaw Tillich und Wolf-Eberhard Kuhl und wünscht ihnen viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Für Sie gelesen

Medienpaket Direktvermarktung



KTBL-Datensammlung: Direktvermarktung 2004 – Daten zur Kalkulation der Kosten und des Arbeitszeitbedarfes, 111 S., 20 Euro, 3. Auflage, ISBN 3-7843-2155-0

aid-CD Wirtschaftlichkeitsrechnung Direktvermarktung 29,50 € bei Einzelbestellung beim aid, ISBN 3-8308-0320-6

Bestellung als Medienpaket beim KTLB oder aid: Vorzugspreis 40 €

Die Datensammlung Direktvermarktung bietet eine umfassende Planungsgrundlage für die Kalkulation von Kosten und Arbeitszeitbedarf für die Aufbereitung und Vermarktung hofeigener Produkte. Management und Werbung werden dabei ebenso berücksichtigt wie einzelne Produktgruppen von Gemüse über Käse und Wurstwaren bis zum Honig. In der dritten Auflage wurde der Umfang an Maschinen- und Gerätedaten

erweitert, und sämtliche Preisangaben sowie Hinweise auf die gesetzlichen Grundlagen wurden aktualisiert und ergänzt. Die sehr übersichtlich gestaltete Zusammenstellung richtet sich sowohl an konventionell wie auch an ökologisch wirtschaftende Höfe und ermöglicht eine ökonomische Einschätzung dieses Betriebszweiges.

Erste Anhaltspunkte zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit sind im Anhang als fünfteiliger Formularsatz enthalten.

Für eine detailliertere Kalkulation steht die aid-CD Wirtschaftlichkeitsrechnung Direktvermarktung zur Verfügung. Sie ermöglicht die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit vor dem Einstieg in den Betriebszweig, vor geplanten Veränderungen und auch am Ende bestimmter Zeiträume. Unterschiedliche Szenarien können mit der Access-Anwendung „durchgespielt“ werden. z ö

„...es soll nicht aufhören Saat und Ernte“ (Gen 8,22)

Ein Praxisbuch zum Mehr-Wert nachhaltiger Landwirtschaft

Beatrice van Saan-Klein, Clemens Dirscherl, Markus Vogt: „... es soll nicht aufhören Saat und Ernte“ (Gen 8,22) – Ein Praxisbuch zum Mehr-Wert nachhaltiger Landwirtschaft. Hrsg.: Clearingstelle Kirche und Umwelt u. a., Don Bosco Verlag München, 2004, 168 S., 9,90 € ISBN 3-7698-1453-3.

Bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung und weltweiter Gerechtigkeit spielt die Landwirtschaft eine Schlüsselrolle. Und Nachhaltigkeit bedeutet Mehr-Wert – nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für uns alle.

In einem breiten Bündnis für eine nachhaltige Landwirtschaft haben zehn Verbände, Einrichtungen und Initiativen kirchlicher Landarbeit unter Federführung der Clearingstelle Kirche und Umwelt und finanziert durch die Bundesstiftung Umwelt in Osnabrück eine Arbeitshilfe für Multiplikatoren/-innen in der kirchlichen Erwachsenenbildung zur nachhaltigen Landwirtschaft vorgelegt.

Motiviert durch das Leitbild der Nachhaltigkeit und ethische Leitperspektiven für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wird ein breites Spektrum an Themen rund um die moderne Landwirtschaft, das soziale Leben auf dem Lande, Verbraucherverantwortung und Welthandel beleuchtet.

Über 40 Autoren/-innen greifen in ihren Beiträgen schlaglichtartig Themen wie Gentechnik, Landwirtschaft und Naturschutz, Bioenergie und Welternährung auf. Daneben werden gleichberechtigt Fragen der Seelsorge im Seuchenfall sowie ethische Fragen der Tierhaltung, der Spiritualität und der Werte von Landwirten/-innen behandelt.

Einen Schwerpunkt des Buches bildet die Vielzahl von Beispielen, wie und wo sich Menschen im kirchlichen Bereich bereits für eine nachhaltige Landwirtschaft engagieren. Die Herausgeber wollen nicht allein durch ethische und politisch motivierte Appelle aufrufen, sie wollen gerade durch diese Beispiele, die Schule machen können, Mut zu neuen eigenen Ideen vermitteln.

Neben übersichtlichen, oft als Grafik oder Glossar aufgearbeiteten Hintergrundinformationen werden Anregungen für die Diskussion in kirchlichen Verbänden und Gemeinden gegeben. Jedes Kapitel wird durch Literaturtipps, Adressen und Hinweise zum Bezug weiterer Materialien abgerundet.

Grundsätzliche Gedanken und Rahmeninformationen ergänzt durch ethische Denkanstöße ergeben ein gutes und fachlich fundiertes Instrumentarium für die kirchliche Bildungsarbeit und einen Bewusstseinswandel im Umgang mit Tieren und Lebensmitteln.

Praktische Hinweise sensibilisieren z. B. für die Frage „Was gibt's bei uns frisch im Winter“ (Tipps zur Fastenzeit und Regionalvermarktung) oder können bei der Gestaltung eines Erntebittgottesdienstes dienlich sein.

In klarer, für Laien verständlicher Sprache liegt hier ein engagiertes Buch vor, das den Gedanken der Nachhaltigkeit von den Schreibtischen der Experten/-innen in die Herzen der Menschen bringen will – ein Plädoyer für den Werterhalt und die ethische Neubesinnung in der Landwirtschaft, im ländlichen Raum und nicht zuletzt jeder/-s Einzelnen.

Wer in diesem reichhaltigen Praxisbuch Anregungen für sich und seine Arbeit finden will, muss ein wenig Geduld und Lesebemühen aufbringen, wird dann aber auch in überraschender Weise durch unerwartete Gedanken und das eine oder andere Gedicht belohnt.

SK



Gender-Mainstreaming



Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.): *Gender Mainstreaming. Ein neuer Ansatz in der Regionalentwicklung. Broschüre, Bonn, Juni 2004, 33 S.* Bezug über: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung

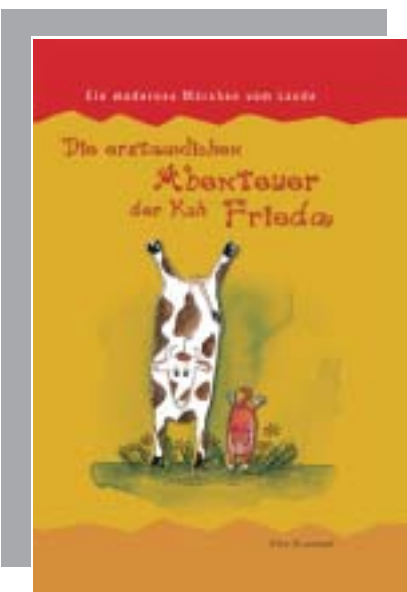
und Landwirtschaft (BMVEL), Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 301163, 53191 Bonn, Fon 0180-522-1996, E-Mail: broschuerenbestellung@bmvel.bund.de.

Die als Leitfaden für Regionalberater/-innen vorgelegte Broschüre gibt einen Überblick über den Begriff Gender-Mainstreaming, der in den letzten Jahren verstärkt Einzug in die gesellschaftliche Diskussion gefunden hat. In der Definition wird deutlich herausgestellt, dass es sich hierbei nicht – wie oft vermutet – um eine neue Form von Frauenförderpolitik, sondern vielmehr um eine Denkweise handelt, die berücksichtigt, dass Männer und Frauen unterschiedliche Sicht- und Handlungsweisen haben. Neben einem historischen Überblick über die Geschichte des Begriffs wird er in Zusammenhang mit der Regionalberatung gestellt, indem

die Vorteile einer genderorientierten Politik und die noch vorhandenen Hindernisse in der Umsetzung aufgezeigt werden.

Für Laien in Sachen Geschlechterpolitik stellt sich die Broschüre in mancher Hinsicht etwas intellektuell-abstrakt dar. Begriffe wie „Gender-Gaps“, „Gender-Impact-Assessment“ und „Gender-Budgeting“ weisen auf eine Fachsprache hin, die den Zugang zum Thema erschwert, auch wenn sie in einem Glossar erklärt werden. Hilfreich für Regionalberater/-innen ist die Auseinandersetzung mit der Relevanz von Gender-Mainstreaming für die ländliche Entwicklung. Eine Indikatorentabelle, die Richtlinien zur qualitativen und quantitativen Bewertung von Einzelprojekten der Regionalberatung aufweist und somit die Umsetzung einer geschlechterorientierten Herangehensweise deutlich vereinfacht, sticht positiv hervor. **cb**

Die erstaunlichen Abenteuer der Kuh Frieda



Elke Grasshof: *Die erstaunlichen Abenteuer der Kuh Frieda.* Landwirtschaftsverlag, Münster-Hiltrup 2003, 79 S., 9,95 € ISBN 3-7843-3262-5.

Als „modernes Märchen vom Lande“ betitelt die Autorin, die im Hauptberuf als Partnervermittlerin für Jungbauern tätig ist, ihr neues Buch. Dem wird sie anhand des intakten Familienbetriebs und der idyllischen Stallszenen, die sie beschreibt, nicht ganz gerecht. Der aufmunternde Blick Grasshofs auf das Landleben, wobei sie nicht mit Seitenhieben auf die unwissenden Städter/-innen spart, soll jedoch dazu beitragen, Stolz und Selbstbewusstsein der in der Landwirtschaft tätigen Menschen zu heben.

Die Kuh Frieda ist der Liebling von Bauerssohn Max Timpe, der sich engagiert für ihr Gnadenbrot auf dem elterlichen Hof einsetzt. Nicht ganz uneigennützig, wie sich herausstellt, schließlich ist Frieda der menschlichen Sprache

mächtig und geizt nicht mit Lebensweisheiten, die dem kleinen Max über die Tücken des Alltags hinweg helfen. Gemeinsam mit Schutzengelschwein Emil und einigen esoterischen Hilfsmitteln gelingt es Frieda ihren Willen durchzusetzen und nebenbei auch noch den Familienfrieden der Timpes zu retten.

Das Ganze ist nett und anschaulich in dem hübschen kleinen Buch geschildert. Die teilweise farblich hervorgehobenen Wörter machen es zu einem besonderen Leseerlebnis für die Kleinen. Aber auch die Großen können mit einem stillen Schmunzeln die leichte Kost genießen und, wenn sie selbst Landwirte/-innen sind, den Blick in den Stall wieder etwas liebevoller ausfallen lassen. **cb**



**Eine frohe, gesegnete
Weihnacht und ein
gesundes Neues Jahr
2005 wünscht Ihnen
das Team der ASG-
Geschäftsstelle**

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 11 44 / 11 45, 37001 Göttingen

Geschäftsführer
Dr. Dieter Czech

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
(0551) 49 70 9 - 26
Layout: Nicolo Martin, Elisabeth Wegerle
(0551) 49 70 9 - 0

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr

Druck Konrad Pachnicke
Güterbahnhofstraße 9
37073 Göttingen

Papier 100 % Recycling-Papier

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe (Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Ländlicher Raum, ggf. Autor) erlaubt; Belegexemplar erbeten.

Bestellungen und Abonentenservice
Fon (0551) 49 70 9 - 0
Fax (0551) 49 70 9 - 16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Die letzten drei Ausgaben können als pdf-Datei von der ASG-Hompage heruntergeladen werden.

Preise Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum“ beträgt 36 Euro inkl. Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der ASG-Mitgliedsbeitrag beträgt 72 Euro, Studenten zahlen 36 Euro.

Konto Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 108 700 6
BLZ 260 500 01

Stiftungswettbewerb 2005

Staatsminister a.D. Dr. Dr. h.c. Tassilo Tröscher († 2003) hatte 1992 aus Anlass seines 90. Geburtstages die STIFTUNG TASSILO TRÖSCHER begründet. Aus den Erträgen der privaten, gemeinnützigen Stiftung werden seitdem in zweijährigem Turnus Preise für beispielhafte Initiativen verliehen.

Stiftungszweck

Zweck der Stiftung ist die Anerkennung herausragender Leistungen in einem umfassend definierten agrarsozialen Bereich, der sich aus den Aufgaben und Zielen der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. (ASG) in Göttingen ergibt.

Hierunter fallen Maßnahmen zur

- €Verbesserung der Agrarstruktur
- €Dorfentwicklung
- €umweltverträglichen Landbewirtschaftung und artgerechten Tierhaltung
- €agrarsozialen Sicherung
- €Einkommensoptimierung sowie Erwerbs- und Einkommenskombinationen in Landwirtschaft und ländlichen Räumen
- €Gestaltung landwirtschaftlicher Betriebsmodelle

Preiswürdige Initiativen können sein

- €eine bemerkenswerte **wissenschaftliche** Arbeit
- €eine **publizistisch** hervorragende Darstellung
- €eine **innovative** Konzeption
- €eine **administrativ** außergewöhnliche Entscheidung oder Maßnahme
- €ein innovatives **praktisches** Beispiel

Im Jahr 2005 beträgt der **Stiftungspreis 3 000 Euro.**

Meldungen

Formlose Meldungen für den Stiftungswettbewerb bitte **bis zum 31. März 2005** an:

Agrarsoziale Gesellschaft e. V.
Kurze Geismarstr. 33
37073 Göttingen

Fon (0551) 49 709 - 0
Fax (0551) 49 709 - 16
wettbewerb@asg-goe.de
www.asg-goe.de